

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

3'77 März



105 Bunker bereits instandgesetzt

BREMEN: 47 500 öffentliche Schutzplätze

Bisher wurden in der Hansestadt rund 28 Millionen DM für den Schutzraumbau aufgewandt

Die Farbfotos auf den Außenseiten des Umschlags dieses Heftes sind einem speziellen Thema gewidmet: Der Instandsetzung von Schutzbauwerken aus dem Zweiten Weltkrieg in Bremen.

Bisher 105 Bauten instandgesetzt

Als „Erbe“ aus Beton und Stahl übernahm das Land Bremen 129 Bunker – hauptsächlich Hochbunker – und sieben Stollenanlagen. Von diesen Luftschutzbunkern sind zwischenzeitlich 105 instandgesetzt worden. Für 19 700 Menschen ist Platz in den 92 Anlagen, die für einen Kurzzeit-Aufenthalt vorgesehen sind. 13 Bunker und zwei moderne Mehrzweckanlagen können weitere 22 500 Menschen aufnehmen, sie sind für einen längeren Aufenthalt ausgestattet (mit Filter- und Belüftungsanlagen, Notbrunnen, Notstromaggregaten etc.).

28 Millionen DM aufgewandt

Die weitere Instandsetzung von alten Luftschutzanlagen ist in Arbeit oder geplant. Zwei Schutzbauwerke werden derzeit hergerichtet (insgesamt 4 000 Schutzplätze, Kosten 6,2 Millionen DM Bundesmittel), eine weitere Anlage mit 1 200 Plätzen ist in der Planung.

Nach Abschluß dieser Projekte werden in Bremen etwa 47 500 öffentliche Schutzplätze (für Kurz- und Langzeit-Aufenthalt) zur Verfügung stehen. Rund 28 Millionen DM an öffentlichen Mitteln wurden bisher für diesen Zweck aufgewandt.

Dem Stadtbild angepaßt

Parallel mit den Bemühungen, die Zahl an Schutzplätzen kontinuierlich zu steigern, laufen Bestrebungen, die von den Bürgern als schön empfundenen Hochbunker besser dem Stadtbild anzupassen. Welche Wege man dazu in Bremen beschritten hat, zeigen die Farbbilder auf der Umschlagseite 4.

„Kunst im öffentlichen Raum“

Die Bemalung von Schutzbauwerken in Bremen gehört zu dem umfangreichen Programm öffentlicher Wandmalereien, das der Senator für Wissenschaft und Kunst seit 1975 im Rahmen seiner Konzeption „Kunst im öffentlichen Raum“ gestartet hat. Außer den bereits fertiggestellten Bildern werden dieses Jahr noch vier weitere Maleereien an Schutzbauwerken in Bremen zur Ausführung kommen. Interessant ist die künstlerische Konzeption der Wandbilder, die inzwischen bundesweit Beachtung gefunden hat.

Eigeninitiative von Bürgern

Die „Schienen“-Darstellung stammt beispielsweise von Bürgern – in Eigeninitiative erstellt – die dem Bunker vis-à-vis wohnen und sich so den Anblick selbst verschönert haben. Die riesige „Kornähre“ ist ein Entwurf von Jürgen Andermatt, die „Häuser“-Darstellung (längliches Bauwerk) eine Konzeption von Gerd Garbe.

Jugendliche beteiligt

Die künstlerische Gestaltung des Motivs „Hausquerschnitt“ stellt den gelungenen Versuch der Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Jugendlichen dar. Vertreter des Jugendamtes und die Leitung eines Freizeitheimes hatten auf Wunsch vieler Jugendlicher darum gebeten, daß die Künstler nicht einen bereits vorher festgelegten Entwurf realisieren, sondern diesen mit den Benutzern des Heimes entwickeln. Das Thema des Bildes, die Darstellung gemeinsamer Aktivitäten von jung und alt in einem zukünftigen Bürgerzentrum, stammt von den Jugendlichen. Das auf dieser Seite reproduzierte Foto zeigt den Hochbunker am Bremer Hauptbahnhof, dessen Instandsetzung im Dezember 1976 abgeschlossen wurde und der über 750 Schutzplätze verfügt.



Bildnachweis: Titelbild Günter Sers (Blick in einen instandgesetzten Hochbunker); Umschlagseite 4 Michael Weisser, Bremen (vier Fotos).



MAGAZIN

3/77



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Horst Pieper

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Bremen: 47 500 öffentliche Schutzplätze“ U 2

Bisher wurden in der Hansestadt rund 28 Millionen DM für Schutzraumbau aufgewandt.

„DFV-Bilanz zum Jubiläum“ 4

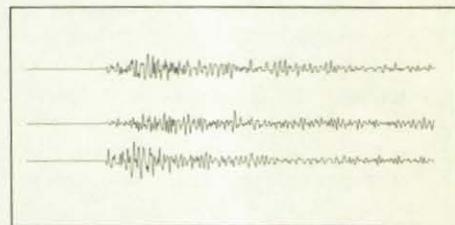
Bürger: „Beirat der Dienenden“ als Helfervertretung beim Innenminister.

„Über 1 500 Tote geborgen“ 6

Erdbeben richtete in Bukarest schwere Schäden an.

„Wissenschaftler sieht Chancen für Erdbebenprognosen“ 8

Forschung soll dazu beitragen, zumindest größere Beben frühzeitig zu lokalisieren.



„Deutsches Eck – ein Erfolg?“ 11

Gedanken über die Mitwirkung von Einheiten des THW bei der Übung des WBK IV.

„Wir haben uns prima verstanden“ 12

Schülerredakteure trafen sich in der BVS-Schule Körtlinghausen.

„Schnelle Hilfe per Knopfdruck“ 14

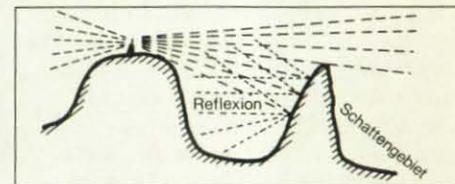
Neue Nachrichtentechnologien sollen Zeitspanne zwischen Unfall und Notfallmeldung verringern.

„Gedanken und Überlegungen zum Thema: Führung im Katastrophenschutz“ 19

Leitung und Führung als unteilbare Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten.

„Physik im Funkverkehr“ 24

Schwingungsgrundlagen und Ausbreitung elektromagnetischer Wellen.





UMSCHAU

Hohe Auszeichnung für THW-Bundessprecher Merck

Für seine Verdienste um den Katastrophenschutz wurde der THW-Bundessprecher, zugleich Kreis- und Ortsbeauftragter für Darmstadt, Direktor Peter Merck, mehrfach ausgezeichnet. Im Rahmen eines Empfangs zu seinem 50. Geburtstag erhielt er aus der Hand des hessischen Ministers des Innern das Bundesverdienstkreuz am Bande. In Gegenwart zahlreicher Ehrengäste sagte Minister Ekkehard Gries bei der Verleihung unter anderem: „Ich wäre froh, wenn sehr viele Menschen in ihrem Engagement für die Gesellschaft diesem Vorbild Peter Merck nacheifern wür-



Der hessische Minister des Innern, Ekkehard Gries, und THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Peter Merck nach der Ordensverleihung.

den". Für seine Verdienste um den Ausbau der Feuerwehr seines ehemaligen Wohnortes Alsbach und für seine Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und dem THW wurde Merck das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz

in Gold vom Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, verliehen.

Der Landesbeauftragte des THW für Hessen, Dr.-Ing. Reß, überreichte dem engagierten Bundessprecher Merck das vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Zielinski, für seine Verdienste um den Ortsverband Darmstadt verliehene THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz.

DGzRS rettete 2098 Menschen

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat im letzten Jahr 2098 Menschen Rettung aus Wassernot bringen können. Diese Zahl wurde im Jahresbericht der Organisation genannt, den Geschäftsführer Hermann Wende vorlegte. Es wurden 337 Schiffe geborgen und 607 weiteren Wasserfahrzeugen geholfen. Über eine verstärkte Zahl von Fehlalarmierungen hatte die Gesellschaft zu klagen. 380 Einsätze waren vergeblich, weil blinder Alarm ausgelöst worden war oder andere Fahrzeuge schon geholfen hatten. Die Zahl der Hilfsfahrten erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 1975 um 263 Einsätze.

Luftrettungsstaffel Bayern: 143 Flugzeuge und 325 Piloten

Ende Januar wurde dem Bayerischen Staatsministerium des Innern der neueste Alarmierungsplan der Luftrettungsstaffel übergeben. Danach stehen 137 Flächenflugzeuge und erstmals auch 6 Hubschrauber sowie 325 Piloten zur Verfügung (1976: 101 Flugzeuge, keine Hubschrauber, 277 Piloten). In dem neuen Alarmierungsplan wurden die Erfahrungen der Einsätze des letzten Jahres berücksichtigt. So konnte durch die Aufnahme von sieben neuen Stützpunkten (Erding, Freising, Eggenfelden, Landshut, Cham, Burg Feuerstein, Bad Kissingen) das Beobachtungsnetz über Bayern nahezu geschlossen werden. Lediglich im Alpenraum verfügt die Staffel über nur zwei Stützpunkte. Dies ist auf das Fehlen von Sportflugplätzen in diesem Gebiet zurückzuführen. Ein Stützpunkt wurde aufgegeben (Regensburg).

1976 flogen die Flugzeuge der Staffel

430 gemeldete Einsätze, davon 14 zur Verkehrsüberwachung, 10 für die Denkmalpflege, 380 zur Waldbrandüberwachung, wobei neben den 191 Bränden im Juni/Juli noch 31 weitere Wald- und Flurbrände entdeckt wurden. Ferner wurden Flüge zur Suche nach vermißten Personen und Flugzeugen sowie ein Krankentransport aus Südfrankreich durchgeführt.

Schwerpunkte waren im vergangenen Jahr auch die Aus- und Weiterbildung von Flugbeobachtern, die Verbesserung der Organisation und der Einsatzbereitschaft der Staffel.

Unfallentwicklung 1976: 7 % weniger Tote auf Autobahnen

Die vorläufigen Unfallzahlen für 1976 liegen jetzt vor. Trotz einer Zunahme des Fahrzeugbestandes um 5,2 % und der Fahrleistung um 4,7 % ist, wie der ADAC feststellt, gegenüber 1975 die Zahl der Verkehrstoten um 1,9 % gesunken. Insgesamt waren im vergangenen Jahr zu verzeichnen: 356 500 Unfälle mit Personenschaden (+ 5,7 %), 14 560 tödlich Verunglückte (- 1,9 %), 475 700 Verletzte (+ 3,9 %).

Bei den einzelnen Straßenarten ergibt sich ein unterschiedliches Bild:

Autobahnen: Hier stieg die Fahrleistung um 9 % auf 58,1 Mrd. Kilometer, die Zahl der Unfälle mit Personenschaden dagegen nur um 2 % auf 13 850. Ein erheblicher Rückgang, nämlich um 7,2 % auf 880, war bei den tödlich Verunglückten zu registrieren, während die Zahl der bei Autobahn-Unfällen Verletzten um 3,8 % auf 23 200 gestiegen ist. **Außerorts-Straßen ohne Autobahn:** Auch hier ein im großen und ganzen positives Bild. Das Mehr an Unfällen mit Personenschaden (96 100 = + 3,8 %) blieb deutlich hinter dem Zuwachs der Fahrleistung (138 Mrd. = + 6 %) zurück. Während die Zahl der tödlich Verunglückten um 3,9 % auf 7530 sank, stieg die Verletztenzahl um 7,5 % auf 153 700.

Innerorts-Straßen: Die überaus positive Entwicklung des Jahres 1975 hielt nicht an, denn es sind ausnahmslos Steigerungen zu verzeichnen. Die Fahrleistung stieg um 0,2 % auf 93 Mrd. km, die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 6,2 % auf 245 640, die der tödlich Verunglückten um 1,5 % auf 6150 und die der Verletzten um 2,1 % auf 298 800.

Zivilschutz-Experten aus sechs Ländern diskutierten aktuelle Probleme

Zu einem internationalen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes hatte Mitte März der Österreichische Zivilschutzverband (ÖZSV) Vertreter aus fünf westeuropäischen Ländern nach Österreich eingeladen. Zum Auftakt des Besuchs informierten die österreichischen Gastgeber die Teilnehmer aus den Niederlanden, Luxemburg, Lichtenstein, der Schweiz und der Bundesrepublik über Zivil- und Katastrophenschutzmaßnahmen sowie den Selbstschutz in Österreich. Eine umfangreiche Ausstellung, die aus Anlaß der Wiener Frühjahrsmesse in großem Rahmen über diese Bereiche unterrichtete, zeigte Ausschnitte aus der Arbeit des ÖZSV, der Hilfsorganisationen, des Ministeriums für Inneres sowie des österreichischen Bundesheeres. An der Feuerwehr- und Zivilschutzschule des Bundeslandes Steiermark in Lebring – der modernsten und großzügigsten Anlage dieser Art in

Österreich – nahmen die Gäste einen Einblick in die praktische Vorsorge für die Zivilbevölkerung. Ein weitreichender Erfahrungsaustausch der Vertreter der sechs Länder zeigte übereinstimmend, daß gerade im Hinblick auf die Information der Bevölkerung und die Motivierung des einzelnen noch sehr viel zu tun ist. Man war sich darüber einig, daß die Probleme auf dem Gebiet des Schutzes der Bürger in den Ländern Europas im allgemeinen die gleichen sind. In den differenzierten Methoden und Mitteln der staatlichen und privaten Vorsorge ergaben sich interessante Diskussionspunkte und Anregungen.

Unser Foto zeigt von links nach rechts: ÖZSV-Generalsekretär Hans; BVS-Landesstellenleiter Bayern, Hinderberger; den Vertreter des niederösterreichischen Zivilschutzverbandes, Lothar Käferböck; Direktor Jung, Luxemburg; Ministerialdirektor van Asbeck, Niederlande; BVS-Direktor Franke; BVS-Ausbildungsreferent Häusler; Ministerialrat Dr. Dworak, Bundesorganisationsreferent des ÖZSV.



DLRG: 2,5 Millionen freiwillige Wachstunden

Die Schwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft haben im vergangenen Jahr 1500 Menschen vor dem Ertrinken bewahrt. Diese Angaben macht die DLRG, die 450 000 Mitglieder in zwölf Landesverbänden und 20 Auslandsgruppen

zählt. In 47 372 Fällen wurde Erste Hilfe geleistet. Die aktiven DLRG-Mitglieder bargen 5070 Boote mit 5476 Personen aus Wassernot. Nach der Statistik hat damit die DLRG seit 1950 fast 45 000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet und über

752 000mal Erste Hilfe geleistet. 904 000 Schwimm- und 140 000 Rettungsschwimmerprüfungen wurden 1976 von der Organisation abgenommen. In den letzten 26 Jahren wurden damit 14,1 Millionen Menschen ausgebildet, davon 2,1 Millionen Rettungsschwimmer. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft unterhält in der Bundesrepublik und in Westberlin 998 feste und 341 bewegliche Rettungswachstationen. Dort wurden 1976 fast 2,5 Millionen freiwillige Wachstunden geleistet.

Internationale Konferenzen in London und Amsterdam

Im ersten Halbjahr 1977 finden zwei internationale Konferenzen statt, die sich besonders mit vorbeugendem Brandschutz, der Harmonisierung der Vorschriften für den bautechnischen Feuerschutz, Fragen des Feuerschutzes in der Industrie sowie allgemeinen Sicherheitsfragen beschäftigen.

So ist für den 25. bis 29. April in London die „IFSS-International Fire, Security and Safety Exhibition and Conference“ terminiert. Parallel zu einer Ausstellung der einschlägigen Hersteller von Produkten für den Brandschutz, die Betriebssicherheit, Berufshygiene usw. treffen sich international bekannte Fachleute zu einem Kongreß. Themen der Tagung sind die Beseitigung giftiger Abfallstoffe, Mängel des baulichen Feuerschutzes, Harmonisierung der Vorschriften für den baulichen Feuerschutz, Schutz elektrotechnischer Anlagen gegen Brandgefahren, Überwachungsanlagen u. a. Einzelheiten sind anzufordern bei Victor Green Publications Ltd. 106 Hamstead Road, London NW 1 2 LS.

Ein Symposium, veranstaltet vom CIB-International Council for Building Research Studies and Documentation, steht unter dem Thema „Fire Safety in Buildings-Needs and Criteria“. Die Konferenz findet am 2. und 3. Juni in Amsterdam statt. Namhafte Vertreter aus den Bereichen Forschung, Industrie, Versicherungen, Verwaltungen und der Brandschutz-Praxis werden über die Notwendigkeit und die Anforderungen des Brandschutzes in Gebäuden diskutieren. Auskünfte erteilt das Institut TNO for Building Materials and Building Structures, POB 49, Delft, Niederlande.

Horst Pieper

25 Jahre Deutscher Feuerwehrverband

Bürger: „Beirat der Dienenden“ als Helfervertretung beim Innenminister

DFV-Bilanz zum Jubiläum: 956 000 Feuerwehrmänner

Eine beeindruckende Bilanz konnte DFV-Präsident Albert Bürger beim Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes in Fulda vorlegen. „Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über eine Feuerwehrorganisation auf kommunaler Ebene unter staatlicher Aufsicht, die in ihrer Funktion und Ausrüstung als einmalig in Europa, ja in der Welt bezeichnet werden darf!“ analysierte Bürger den Stellenwert der von ihm vertretenen Organisation. Nach den Zahlen des letzten Jahres beträgt der Gesamtpersonalbestand 956 000 Personen, darunter 826 000 freiwillige Wehrmänner, 19 000 Berufsfirewehrmänner, 41 000 Mitglieder der Werkfeuerwehren und 70 000 Jungmänner der Jugendfeuerwehr. Die Zahl der selbstfahrenden Feuerwehrfahrzeuge wird auf 29 600 Wagen taxiert. Darunter fallen 27 000 Lösch- und Tanklöschfahrzeuge, 900 Hubrettungsfahrzeuge, 1200 Rüst- und Gerätewagen und 500 sonstige Fahrzeuge.



DFV-Präsident Albert Bürger regte die Bildung eines Beirats für die Organisationen des Katastrophenschutzes beim Bundesinnenministerium an.

Mitwirkungsmöglichkeiten für Helfer

Präsident Bürger, der vor rund 1000 Gästen in der Orangerie in Fulda sprach, plädierte engagiert dafür, die Freiwilligkeitsstruktur im Brandschutz unangetastet zu lassen und den Feuerwehrmännern in Fragen ihres Dienstes Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. „Dies ist auch deshalb besonders geboten, da den traditionellen Aufgaben des Brandschutzes weitere zugewachsen sind wie technische Hilfeleistung, Rettungsdienst, Öl- und Wasserabwehr, Strahlenschutz, Umweltschutz, und dem auch künftig weitere Aufgaben zugewachsen werden.“ Bürger forderte in seinem Bericht

die Länder auf, die Rahmenentwürfe der Bundesregierung bei der Erstellung von Gesetzentwürfen zur Regelung des Rettungsdienstrechtes und die Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Landesinnenminister, die für die Katastrophenschutzgesetzgebung eine Richtlinie verabschiedet hat, im Gesetzgebungsverfahren für Ländergesetze zum Katastrophenschutz zu berücksichtigen.

Beirat der „Dienenden“

„Härtesten Widerstand“ kündigte Bürger gegen eine „Aufwärmung“ des Zivilschutzkorps-Gedankens an, zumal seinerzeit das Gesetz zur Aufstellung einer solchen Einrichtung aus finanziellen Gründen suspendiert worden sei. Bürger betonte ausdrücklich, daß „die heutigen Kontakte zum Bundesministerium des Innern und dem ihm nachgeordneten Bundesamt für Zivilschutz eine erfolversprechende Zusammenarbeit gewährleisten“. Vor allem forderte der höchste Repräsentant des Deutschen Feuerwehrverbandes die Bundesregierung auf, die Bildung des schon längst in Aussicht genommenen Beirats der Basisorganisationen des Katastrophenschutzes zu realisieren und die Verwaltungsarbeit hinunter zur Basis einzuschränken. „Die Männer und Frauen, die als Helfer den Dienst im Katastrophenschutz tragen, haben ein Anrecht darauf, für ihre freiwillig übernommene Pflicht in den Fragen des Katastrophenschutzes, die sie unmittelbar berühren, gehört zu werden und den Bundesminister des Innern beraten zu können.“ In diesem „Beirat der Dienenden“, in dem nach Auffassung des DFV keine Institution von Bund, Ländern und Gemeinden vertreten sein sollen und der auch keine Weisungsrechte beanspruche, sieht Bürger eine „Helfervertretung beim Bundesminister des Innern“.

Intensivierte Ausbildung

Eine verstärkte Ausbildung der Führungskräfte der Feuerwehr kündigte DFV-Präsident Albert Bürger an. Vor allem sollten diese Männer dadurch in die Lage versetzt werden, im Katastrophenfall Einheiten zu führen oder die Aufgaben der technischen Einsatzleitung zu übernehmen. Die Einfüh-

rung der neuen bundeseinheitlichen Feuerwehrausbildung mit den neuen Rahmenvorschriften und Ausbildungsplänen werde eine „neue Phase der fachlichen Wissensvermittlung“ einleiten.

Bürger forderte gemeinsame Ausbildungsveranstaltungen der Führungskräfte der Feuerwehr und der Sanitätsorganisationen, zumal der Deutsche Feuerwehrverband keinen Grund sehe, den eingespielten, nach Landesrecht organisierten und den nach Aufgaben zwischen Feuerwehr und Sanitätsorganisationen abgegrenzten Dienst zu ändern. Dazu fordert der Deutsche Feuerwehrverband nach den Worten seines Präsidenten eine klare Aufgabenabgrenzung zum Technischen Hilfswerk auf der Grundlage des Beschlusses der Innenministerkonferenz des Jahres 1975. Bürger kritisierte, daß das THW „Aufgaben aus dem gesetzlichen Pflichtkatalog der Feuerwehren vor allem im Verkehrshilfsdienst“ durchzuführen wünsche. Dadurch seien Spannungen zwischen beiden Organisationen entstanden, die ein auf Bundesebene gebildeter Ausschuss ausräumen soll.

Abgrenzung gefordert

Vor allem im Bergungsdienst und bei Sonderdiensten, aber auch bei der Ausrüstung sollte eine Abgrenzung der Aufgaben zwischen Feuerwehr und THW vorgenommen werden. Bürger: „Schweres Räumgerät sollte, eventuell auch im Rahmen der Aufstellung von Kadereinheiten für den Katastrophenschutz, für das THW durch den Bund beschafft werden, und nicht Rettungsscheren, die dort notwendig sind, wo schnell alarmierbare, dafür gesetzlich bereitgestellte Einheiten auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebenen Rettungsdienst und technische Hilfe leisten müssen. Der Deutsche Feuerwehrverband ist uneingeschränkt bereit zu Kooperationsgesprächen mit dem Ziel, Übereinstimmung zu erzielen.“

Öffnung für Frauen

In allen drei Sparten kann der Deutsche Feuerwehrverband eine Zunahme an Bewerbern verzeichnen, sowohl bei den hauptberuflichen als auch bei den freiwilligen Kräften, selbst

bei der Jugendfeuerwehr hat sich dieser Trend deutlich fortgesetzt. Dazu ist vor Jahren der Feuerwehrdienst für Frauen geöffnet worden. Besonders im Fernmeldedienst, im sozialen Bereich, in Verwaltung und Aufklärung sind Frauen tätig. „In Pendlergemeinden der Industrieballungsräume tragen aber auch Frauen während des Tages die Last der Einsatzbereitschaft!“ berichtete Präsident Bürger. Er stellte dazu die Forderung, auf Kreisebene zumindest einen feuerwehrärztlichen Dienst aufzubauen, um im verstärkten Maße medizinische Eignungs- und Überwachungsuntersuchungen durchzuführen. Vor allem die Zunahme der tödlichen Dienstunfälle durch Herzversagen und schicksalsbedingte Leiden habe die Verantwortlichen zu diesem Konzept angeregt. Auch sollte die Altersbegrenzung im Einsatzdienst aufgrund der steigenden psychischen und physischen Belastungen herabgesetzt werden. Bürger betonte, daß mit der Zahl von 826 000 freiwilligen Feuerwehrmännern eine Größe erreicht sei, die ausreiche, alle personel-



Eine große Zahl von Festgästen war aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes nach Fulda gekommen. Unser Bild zeigt (von rechts) DFV-Präsident Bürger mit Gattin, Hessens Innenminister Gries, Fuldas Oberbürgermeister Hamberger mit Gattin, Parlamentarischer Staatssekretär von Schoeler und Dr. Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz.

len Anforderungen abzudecken. Nun gehe es darum, „dieser großen Zahl freiwilliger Feuerwehrleute eine qualitativ der wachsenden Technologie der Schadensbekämpfung gemäße, verbesserte Ausbildung zu vermitteln“.

Für Eigeninitiativen

Hessens Landesminister Gries stellte bei der Festveranstaltung in Fulda heraus, daß die Leistung der ehrenamtlichen Kräfte der Feuerwehr sonst vom Staat nicht finanzierbar sei. Vor allem solle sich der Staat davor hüten, durch den finanziellen Engpaß Initiativen in diesem Bereich zu ersticken. Adererseits müsse sich der Gesetzgeber überlegen, ob er die Entwicklung

akzeptiere, daß die Feuerwehr langsam durch die ansteigende Palette von Aufgaben „zum Mädchen für alles“ werde. Gries forderte die Wehrführer auf, gesellschaftspolitische Aufgaben wahrzunehmen. „Wir müssen auch die Neubürger in einer Gemeinde für die Feuerwehr gewinnen können!“ forderte der hessische Innenminister. Die Integration dieses Personenkreises durch die Mitarbeit in der örtlichen Wehrorganisation sei eine wichtige Aufgabe, der sich die Feuerwehr durchaus stellen kann.

Verlässlicher Partner

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, bezeichnete den Deutschen Feuerwehrverband als „verlässlichen Partner“ beim Aufbau eines einheitlichen Katastrophenschutzes. Er kündigte an, daß das Bundesinnenministerium in absehbarer Zeit ein Programm für die Zivilverteidigung im Deutschen Bundestag zur Diskussion stellen wird. Von Schoeler erklärte dazu, das Ministerium erwarte auch in dieser Frage einen „konstruktiven Beitrag“ vom DFV.

Aus der Geschichte

Seit dem 18. Juni 1853 gibt es eine überörtliche Feuerwehrorganisation. Der Kommandant der im Jahr 1847 gegründeten Ulmer Feuerwehr, C. D. Magirus, hatte dieses erste Zusammentreffen von Wehrvertretern in Plochingen organisiert, nachdem sich in den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts freiwillige Lösch- und Rettungskorps in Meißen, Barmen, Basel, Durlach, Ulm und anderen Städten gebildet hatten. Ab 1860 erschien eine deutsche Feuerwehrzeitung. In der Folgezeit wurden die ersten Landesverbände gegründet. Durch die stärkere Betonung der Innenpolitik durch das Deutsche Reich stieg in den siebziger Jahren auch die Bedeutung des Brandschutzes. Ausschüsse wurden gebildet, um die Organisationsarbeit zu straffen und zu organisieren. Im Jahr 1928 wurde der „Deutsche Reichsfeuerwehrverband“ in „Deutscher Feuerwehrverband“ umbenannt. Er zählte im Jahr 1932 über 39 000 Wehren mit insgesamt 1 888 750 Feuerwehrmännern.

Auflösung der Organisation

Bereits 1934 wurden die Feuerwehreinheiten unter die Aufsicht der Polizeibehörden gestellt. Vier Jahre später wurden die Organisationen des Deut-

schen Feuerwehrverbandes aufgelöst. Die Brandschutzaufgaben übernahm eine Hilfspolizeitruppe unter staatlicher Aufsicht. Nach dem Kriege wurde das Feuerwehrwesen den Gemeinden als deren Einrichtung unter Aufsicht der Länder zugeordnet. Im Sommer 1950 begannen dann die Vorbereitungen zur Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes. Bereits 1951 konnte sich in Münster die „Arbeitsgemeinschaft der Landesfeuerwehrverbände“ konstituieren. Im Januar 1952 wurde in Fulda der Deutsche Feuerwehrverband wiedergegründet. Im August 1952 wurde, dank der Vermittlung des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, der DFV wieder in das Internationale Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerwehrwesen (CTIF) aufgenommen, dem die deutschen Feuerwehren seit der Gründung des Komitees im Jahre 1904 bis zur Auflösung im Jahr 1938 angehört hatten.



Bei der Eröffnung der ersten Halle des Feuerwehrmuseums (erste Reihe von links): Albert Bürger, Hessens CDU-Oppositionsführer Alfred Dregger, Landesinnenminister Gries und Andreas von Schoeler, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenministerium.

Feuerwehrmuseum im Bau

Von Präsident Bürger wurde nunmehr auch der erste Bauabschnitt des Deutschen Feuerwehrmuseums der Öffentlichkeit übergeben. In einer Halle in der Nähe der Feuerwache in Fulda konnten zunächst zwanzig historische Feuerwehrfahrzeuge untergebracht werden. Ältestes Stück in diesem Fahrzeugpark ist die Knittlinger Leiter aus dem Jahr 1808. Der hessische Innenminister Gries rief die Feuerwehrleute auf, diese Einrichtung mit ihren Ausstellungsstücken „nicht als Kuriosität, sondern als Beispiel technischer Hilfe anzusehen“. Rund 70 Fahrzeuge stehen dem Deutschen Feuerwehrverband bereits zur Verfügung. Das gesamte Projekt des Deutschen Feuerwehrmuseums wird 3,5 Millionen DM kosten.

Erdbeben richtete in Bukarest schwere Schäden an

Über 1500 Tote geborgen

In der rumänischen Hauptstadt haben vermutlich 80 000 Menschen ihre Wohnungen verloren

Genauere Zahlen über die Opfer der rumänischen Erdbebenkatastrophe vom 4. März liegen noch nicht vor, aber die letzten amtlichen Angaben sprechen von 1541 Toten und 11 275 Verletzten. Besonders die Hauptstadt Bukarest ist von dem großen Beben stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Hochhäuser in der Innenstadt stürzten ein und begruben Tausende von Menschen unter sich. Schwere Schäden werden aber auch aus der Provinz gemeldet. Die Städte Craiova im Norden und Turnu Magurele, Alexandria und Zimnicea in der Donauregion sind hart betroffen worden, ebenso die Erdöl- und Petrochemie-Industrie im Gebiet um Ploesti.

Hochhäuser hielten nicht stand

Die Ermittlung der Opfer gestaltete sich schwierig, weil viele Bukarester nicht in eigenen Häusern vom Erdbeben überrascht wurden, sondern sich oft bei Bekannten, im Kino, in Restaurants oder auf der Straße aufhielten. Vor allem die höheren Bauwerke, die in den zwanziger und dreißiger Jahren errichtet wurden, hielten den Erdbebenwellen nicht stand. Jedoch auch Gebäude aus neuerer Zeit wie ein Rechenzentrum oder mehr als zehnstöckige Häuser im Westen der Stadt stürzten in sich zusammen. Etagen fielen buchstäblich aus den Verankerungen heraus und schichteten sich aufeinander. Etwa 80 000 Menschen haben vermutlich allein in Bukarest ihre Wohnung verloren.

Soldaten eingesetzt

Bei den Bergungs- und Aufräumarbeiten wurden vor allem Soldaten eingesetzt. Durch Straßensperren vor Neugierigen abgeschirmt, nahmen sie die Aufräumarbeiten auf. Eine große Zahl von Baumaschinen stand sofort zur Verfügung, die Geräte waren zuvor bei den großen Wohnungsbauprogrammen in der rumänischen Metropole eingesetzt worden. Selbst nach mehreren Tagen konnten aus den Trümmern in der Hauptstadt noch



Schwere Schäden richtete das Erdbeben in mehreren Stadtteilen der rumänischen Hauptstadt an. Vor allem höhere Gebäude brachen in sich zusammen und begruben Tausende von Menschen unter sich.

Verschüttete lebend geborgen werden. Da sich manche Personen in Hohlräume retten konnten, überlebten sie die Katastrophe. Die Katastrophenhunde der Schweizerischen Rettungswacht spürten bei ihren Einsätzen zahlreiche Verschüttete unter den Trümmern auf. Die Obdachlosen fanden in kurz vor der Vollendung stehenden Wohnblocks der Hauptstadt kurzfristig ein neues Dach über dem Kopf. Versorgungsschwierigkeiten konnten rechtzeitig durch umfangreiche Lieferungen aus der Provinz verhindert werden.

Bebenherd in großer Tiefe

In rund 150 Kilometern Tiefe soll der Bebenherd gelegen haben. Dies ermittelten deutsche Wissenschaftler. Das Epizentrum soll ein isolierter Bebenherd in den Karpaten, die sogenannte

„Bebenzone von Vrancea“, gewesen sein, die Seismologen ermittelten den Wert von 7,2 auf der Richterskala. Während die kurzen Bebenwellen auf dem Weg durch die Erdkruste zur Oberfläche abgefiltert wurden, erreichten die längeren Wellen auch entferntere Gebiete mit ausreichender Energie, um dort hohe Bauwerke zum Schwanken zu bringen. An bestimmten Stellen an der Erdoberfläche können diese Wellen, in Verbindung mit den Eigenschwingungen dieser Bauwerke, die Widerstandsfähigkeit der Baumaterialien überschreiten. So erklärten Seismologen die hohen Sachschäden in Rumänien. Eine Gruppe von Wissenschaftlern und Technikern des Geophysikalischen Instituts in Karlsruhe ist seit dem Beben in Rumänien mit Messungen beschäftigt, um Nachbeben rechtzeitig zu erkennen und Material für eine zukünftige Warnmethodik zu erarbeiten.

Ausläufer in Moskau registriert

Selbst in Moskau und in Neapel wurden die Ausläufer des rumänischen Bebens beobachtet. Auch dort gerieten hohe Gebäude ins Schwanken, Schäden traten jedoch nicht auf. Im benachbarten Bulgarien wurde die Zahl der Todesopfer auf 130 Personen geschätzt, 140 Personen wurden verletzt. In Jugoslawien wurden ebenfalls Sachschäden an Fabrikanlagen, an Wohnhäusern und an Hafenanlagen der Donaustädte gemeldet.

Bauvorschriften als Sicherung

Bereits in den Jahren 1908, 1934 und 1940 hatte es, ausgehend vom Zentrum „Vrancea“, Erdbeben in Rumänien und in den anderen Balkanstaaten gegeben. So forderte jetzt Rumäniens Staatschef Ceausescu erdbebensichere Gebäude; die Experten mußten feststellen, daß auch höhere Häuser mit Stahlbetonskeletten nicht unbedingt erdbebensicher sind. Da die Seismologen zur Zeit eine Vorhersage von Beben mit tief im Erdinneren gelegenen Zentren noch nicht machen können, soll nun in Rumänien eine strikte Vorsorge durch erdbebensicheres Bauen getroffen werden.

Schnelle deutsche Hilfe

Die Regierung in Rumänien nahm zwischenzeitlich ein Angebot der Bundesregierung zur Hilfeleistung an. Vor allem wurden medizinisch-technische Geräte, Medikamente und Nahrungsmittel benötigt. Bundesinnenminister Professor Dr. Maihofer hatte zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen einen Arbeitsstab im Bundesinnenministerium gebildet, dem neben den beiden federführenden Ressorts (Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt) Vertreter weiterer Bundesministerien und der deutschen Hilfsorganisationen angehörten. Auf rund zwei Millionen DM belief sich die Ersthilfe der Bundesregierung, die vier für den Transport von Notfallpatienten vorgesehene Rettungswagen, Beatmungsgeräte, Operationstische und -geräte, Notstromaggregate, Röntgenfeldgeräte und dringend benötigte Medikamente umfaßte. Fahrer für die Rettungswagen und Rettungssanitäter begleiteten die Lieferungen. Ein komplettes Hilfslazarett mit 105 Betten und 470 Zelten wurde ebenfalls nach Rumänien geflogen. Auch die deutschen Hilfsorganisationen beteiligten sich mit umfangreichen Lieferungen an der Hilfe für Rumänien.



Pionieroffiziere der Armee leiteten die Aufräumarbeiten im Bukarester Stadtzentrum. Da schweres Räumgerät sofort zur Verfügung stand, konnten die blockierten Verkehrswege bald wieder freigegeben werden.



Links: Erdbebenwellen mit langen Frequenzen brachten Hochhäuser zum Einsturz. Nun soll ein größeres Augenmerk auf eine erdbebensichere Bauweise gelegt werden. – Rechts: Auch die Landbevölkerung wurde hart betroffen. In der Stadt Craiova waren die Zerstörungen besonders groß.



Links: Zehn Katastrophenhunde waren aus der Schweiz eingeflogen worden. Die Tiere, sonst zur Rettung von Lawinenverschütteten eingesetzt, konnten unter den Trümmern noch zahlreiche Menschen aufspüren. Ein 19jähriger junger Mann überlebte, obwohl er elf Tage in einem Hohlraum ausharren mußte, bis die Retter zu ihm vordringen konnten. – Rechts: Schnell reagierte die Bundesregierung auf das Hilfeersuchen der rumänischen Regierung. Maschinen der Bundesluftwaffe transportierten Notarztwagen und medizinisches Gerät vom Flughafen Köln-Bonn nach Rumänien.

Horst Pieper / Fotos: Günter Sers

Hamburger Wissenschaftler sieht Chancen:

Kurzfristige Erdbebenprognosen – in zehn Jahren möglich

Erdbebenforschung soll zumindest größere Beben frühzeitig lokalisieren

Die ungewöhnlich schadenträchtige Serie von Erdbeben des letzten Jahres, die sich im laufenden Jahr durch das Bukarest-Beben fortsetzt, hat die Forschung, deren Ziel eine exakte Erdbebenvorhersage ist, wieder in den Blickpunkt gerückt. Die Beben in Guatemala, in Norditalien, in China, in Indonesien, den Philippinen, dem sowjetischen Zentralasien und in der Osttürkei kosteten nach konservativen Schätzungen Zehntausende von Menschenleben und richteten verheerende Schäden an. Dabei hatten vor allem die Bedingungen am Katastrophenort zu diesen hohen Opfern und Schäden geführt.

Häufigkeit in Grenzen

Dabei werten die Wissenschaftler die aufgezeichnete Seismizität als durchaus nicht ungewöhnlich. „Die Häufigkeit der Erdbeben hielt sich durchaus in Grenzen“, urteilt auch der Hamburger Geophysiker Professor Dr. Seweryn Duda, der kürzlich an der „Sechsten Weltkonferenz für Erdbeben-technologie“ in Neu-Delhi teilgenommen hatte, in einem Gespräch mit dem ZS-MAGAZIN. Nach seinen Worten zeigte sich im letzten Jahrzehnt eine „geringere Aktivität als z. B. während des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts“.

Doch die Wissenschaftler wagen die Prognose, daß sich diese „Phase geringer Seismizität“ nicht fortsetzen wird. Ohne Berücksichtigung der Erdbeben in China, von denen heute noch keine offiziellen Angaben vorliegen, sollen in den letzten zehn Jahren über 100 000 Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen sein.

Relevanz für Bundesrepublik

Aber auch in der Bundesrepublik sind Erdbeben möglich. Der Südwesten, der Oberrheingraben, der Niederrhein und Hessen sind als seismisch gefährdete Regionen von den Erdbebenforschern eingestuft worden. Das Werratal wurde vor zwei Jahren durch ein

starkes Beben, das den Magnitudenwert von fünf erreichte, erschüttert. Der Leiter der Erdbebenwarte in Bensberg, Dr. Ludwig Ahorner, erklärte vor wenigen Tagen, daß sich in den letzten 200 Jahren in der Kölner Bucht 55 Beben ereignet hätten. Im Jahre 1951 hätte es beim letzten größeren Beben in Euskirchen elf Verletzte und mehrere Millionen DM Schaden gegeben.

Industrie interessiert

Für Präzisionsmaschinen in den Fertigungsbetrieben können diese Erschütterungen eine Gefahr bedeuten. Die Frage nach der Stabilität des Untergrundes wird immer wieder gestellt. Aber auch die Planung von Kraftwerken wird davon berührt. „Das Interesse der Wirtschaft nimmt deutlich zu“, beobachtet der Hamburger Geophysiker Professor Duda. Gerade die Exportindustrie sollte nach Meinung der Seismologen die Techniken des



Professor Seweryn Duda (rechts) untersucht im Geophysikalischen Institut der Universität Hamburg die wissenschaftlichen Möglichkeiten einer Erdbebenvorhersage.

Erdbebenschutz beherrschen, wenn in erdbebengefährdete Bestimmungsländer geliefert wird. Auf dem Gebiet der Erdbebenwarnung könne auch ein Beitrag der Entwicklungshilfe geleistet werden. Die UNESCO hat inzwischen ein umfassendes Programm in Südostasien begonnen. Observatorien auf den Philippinen, auf Taiwan und in Thailand wurden zu einem Netz zusammengeschlossen. Auch in den Balkanländern wurde ein größeres Forschungsprojekt der UNESCO vor kurzem abgeschlossen.

Wichtig für Katastrophenschutz

So plädiert Professor Duda für eine stärkere Nutzung der Warnmöglichkeiten vor großen Beben für den Katastrophenschutz, um die Präventivmaßnahmen bei der Vorsorge zu verbessern. Dieser Bereich sei bisher kaum von den Verantwortlichen und der Fachwelt in den Vordergrund gestellt worden.

Nach der Meinung des Hamburger Wissenschaftlers können erhebliche Entwicklungsfortschritte erreicht werden, wenn Seismologen mit den Hilfsmannschaften zur Messung der Nachbeben in die Unglücksgebiete fliegen könnten. In den Vereinigten Staaten sei eine ähnliche Praxis bezüglich der Beben in den USA, aber auch in Mittel- und Südamerika durchaus üblich.

Schäden müssen reduziert werden

Zwischen zwei Extremen versuchen die Erdbebenforscher bei der Vorsorge den richtigen Weg zu finden. Das absolut erdbebensichere Haus hätte bunkerähnliche Strukturen, würde ohne Vorhersagen und Warnungen Erschütterungen überstehen, wäre aber sehr kostenintensiv. Ein gut ausgebautes Warnsystem mit den angestrebten präzisierten Vorhersagen andererseits würde zwar rechtzeitige Evakuierungen der ungesicherten

Strukturen ermöglichen, aber dennoch große materielle Schäden nicht ausschließen. So versuchen die Geophysiker und Erdbebentechnologen den Kompromiß dazwischen zu finden, um auch den finanziellen Möglichkeiten gerecht zu werden.

USA als Schrittmacher

In den letzten zwanzig Jahren hat vor allem der US-Staat Kalifornien der Erdbebenvorsorge große Aufmerksamkeit gewidmet. Bedeutende Spannungen in der Erdkruste haben die Forscher zu der Prognose veranlaßt, daß im Bereich südlich von Los Angeles (Palmdale) ein großes Beben bevorsteht. Fernsehspots informieren die Bevölkerung über die richtige Verhaltensweise im Falle eines Bebens. Baunormen wurden erlassen, die die Widerstandsfähigkeit der Gebäude verbessern sollen. Ebenso hat sich die japanische Hauptstadt Tokio auf einen solchen Notfall vorbereitet. Beide Regionen sind bereits in diesem Jahrhundert von Großkatastrophen heimgesucht worden. Inzwischen bauen japanische Ingenieure Hochhäuser, die selbst das gleichzeitige Eintreten eines Taifuns und eines Erdbebens ohne Einsturz überstehen.

Langfristige Prognose schon möglich

Das Problem der langfristigen Erdbebenvorhersage ist heute schon weitgehend gelöst. „Wir wissen, in welcher Region welche Arten von Beben vorkommen“, erläutert Professor Seweryn Duda den derzeitigen Erkenntnisstand. Beobachtungswerte liegen vor, seismologische Karten zeigen die Erdbebenswerpunktgebiete. Überraschungen, daß nicht in die Vorhersage einbezogene Bereiche von schweren Erdbeben betroffen werden, sind äußerst selten. Durch den Vergleich der Werte, der durch die große Verbreitung des in Göttingen entwickelten Wiechert-Seismographen erst nach der Jahrhundertwende ermöglicht wurde, lassen sich besonders gefährdete Regionen ermitteln. Über 100 Instrumente dieses Typs wurden in den verschiedenen Kontinenten aufgestellt. „Wir können inzwischen die Frage beantworten, wie viele Beben mit etwa welcher Stärke in einem Gebiet von der Größe der Bundesrepublik in den kommenden zehn Jahren auftreten werden“, erläutert Professor Duda.



Links: Bei der „Sechsten Weltkonferenz der Erdbebentechnologie“ in Neu Delhi im Januar 1977 vertrat der Hamburger Wissenschaftler (ganz rechts) die Auffassung, daß bereits in absehbarer Zeit kurzfristige Warnungen von Erdbeben möglich sein werden. – Rechts: 73 Jahre alt ist dieser noch mechanisch betriebene Seismograph, der vom Göttinger Professor Wiechert konstruiert wurde. Damit begann die organisierte Erdbebenforschung. Selbst heute arbeiten noch 50 Exemplare dieses Gerätes in den verschiedenen Forschungsstationen der Erde.

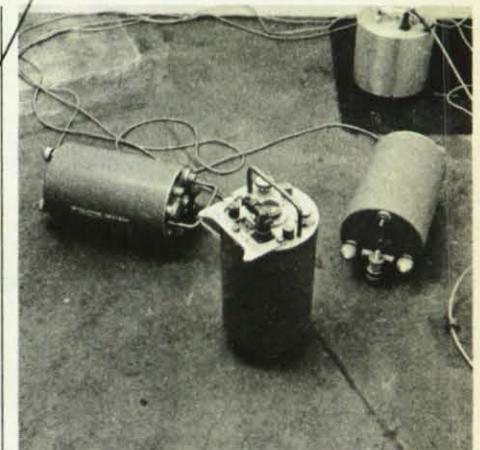
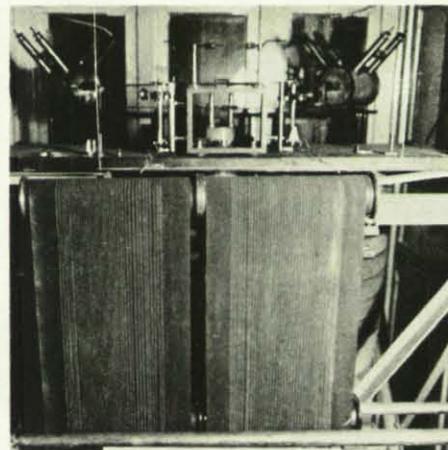
Kurzfristige Vorhersage schwierig

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, China und Japan sind zur Zeit die führenden Nationen in der Erdbebenvorhersageforschung. Gerade aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre wird der Forschung auf diesem Gebiet größere Bedeutung beigemessen. Physikalisch meßbare Werte der Vorläufer von Erdbeben bilden die Grundlage der Prognosenversuche. Mit Schallwellen, die das Gestein für die Forscher „durchsichtig“ machen, können Spannungsammlungen geortet werden, die dann auf bevorstehende Erdbeben schließen

lassen. Die Vorgänge laufen in zehn bis 50 Kilometer Tiefe unter der Erdoberfläche ab. An diese Messungen knüpfen die Seismologen ihre Hoffnungen.

Geringe Werte kaum erfaßbar

Für die Bundesrepublik, so urteilt der Hamburger Geophysiker, sind jedoch diese Erdbebenvorboten noch nicht erfaßbar, da die Erdstöße nicht die Stärke erreichen, die in den gefährdeten Zonen gemessen werden. Nach der Meinung Professor Dudas hätte allerdings die Katastrophe in der Türkei bei entsprechenden regel-



Links: Auf Rußplatten werden die Schwingungen der Erdoberfläche sichtbar gemacht. Als wissenschaftliches Kleinod gehütet, arbeitet der Wiechert-Seismograph noch heute in der Erdbebenwarte in Hamburg-Harburg. – Rechts: Die heutigen Meßinstrumente sehen anders aus. Feine geotechnische Apparaturen auf einer Betonplatte übertragen die Erderschütterungen. Die „Extremwerte“, wie Schwingungen durch den Autoverkehr oder durch die Schritte der Wissenschaftler, werden herausgefiltert.

mäßigen vorbeugenden Messungen in Anatolien beim heutigen Stand der Technik wahrscheinlich vorhergesagt werden können. Gerade die Verhältnisse in der Osttürkei hätten im Bereich des nordanatolischen Werfungssystems große Parallelen mit den Verhältnissen in Kalifornien.

Chemische Methoden

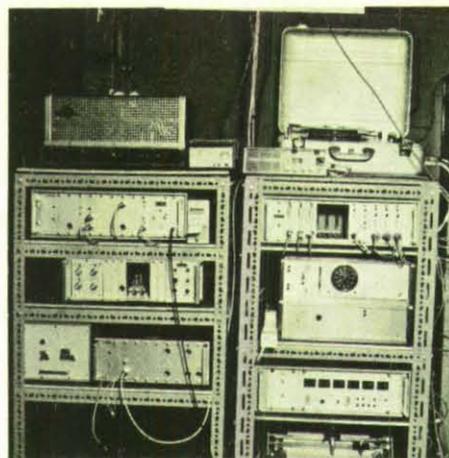
Nach den Erfahrungen in der Sowjetunion, verbunden mit den Beobachtungen bei der großen Katastrophe in Usbekistan im Jahr 1966, das Taschkent fast völlig zerstörte, gibt es vor Eintritt von Erdbeben chemische Veränderungen im Grundwasser. Laufend durchgeführte Analysen brachten die Sowjets auf die Spur. Aber auch in den USA wird diese Möglichkeit wissenschaftlich erforscht.

Juristische Probleme

Das kalifornische „Institute of Technology“ in Pasadena mußte erkennen, daß auch umfassende juristische Probleme mit einer funktionierenden Erdbebenvorhersage verbunden sind. Wissenschaftler, die ein Beben in einer genau umrissenen Region vorhersagten, sahen sich plötzlich massiven Schadensersatzklagen privater Grundstückseigner in dem betroffenen Gebiet gegenüber. Durch die Warnung des Institutes war für die Besitzer eine Wertminderung von beträchtlicher Größe aufgetreten.

Vorhersage bald möglich

In rund zehn Jahren hoffen die Wissenschaftler in der Bundesrepublik, das Problem einer Vorhersage von Beben mit einer größeren Magnitude als dem Wert fünf gelöst zu haben. Diese Auffassung wird auch von Professor Duda geteilt. Die Tatsache, daß in Kalifornien ein Beben der Größenordnung wie in Anatolien nicht unerkannt geblieben wäre, müsse auch dazu bewegen, daß die Zusammenarbeit zwischen den seismologisch-gefährdeten Staaten und den forschungstechnisch führenden Nationen intensiviert wird. Für die Bundesrepublik ergibt sich die Notwendigkeit, in der Entwicklung „up to date“ zu bleiben. Die Sammlung aller Erdbebendaten und die Erstellung von Seismizitätskarten nach den aktuellsten Ergebnissen für möglichst eng umrissene Regionen hätte verhindern



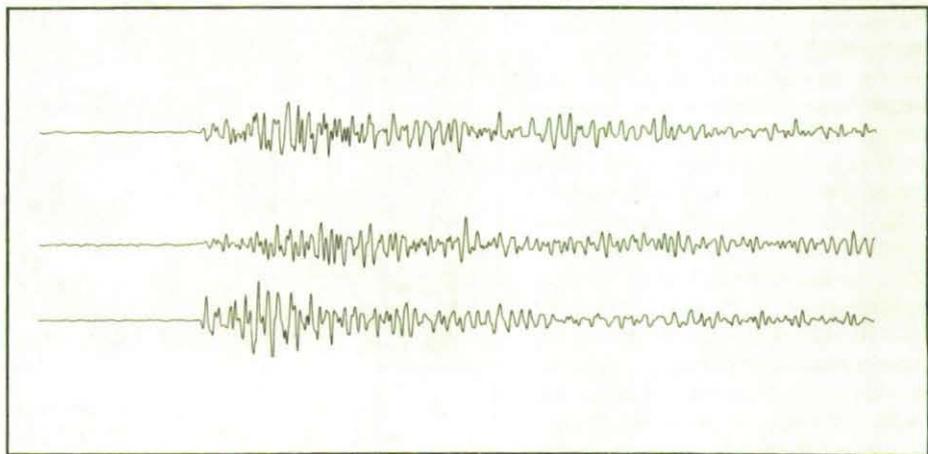
Links: Fortwährend werden die Werte der Sensoren aufgenommen. Aufzeichnungsgeräte, automatisch ausgelöst, auf die Hundertstelsekunde genau abgestimmte Zeitmesser, anspruchsvolles elektronisches Gerät im Hamburger geophysikalischen Institut. – Rechts: Erst die Analyse von zahlreichen Beben und ihre Lokalisierung auf der Karte machen eine Prognose möglich. So gehört auch der Balkan, der in den letzten Wochen wieder von einer Großkatastrophe heimgesucht wurde, zu den besonders gefährdeten Gebieten der Erde. Wissenschaftler werten täglich die Daten aus.

können, daß das viermal durch Erdbeben zerstörte jugoslawische Skopje nicht immer wieder – trotz seiner Lage in einem Epizentrum – an gleicher Stelle aufgebaut worden wäre. Eine Verlegung um nur einige Kilometer hätte einen weit besseren Schutz ermöglicht.

Verschiedene Bebenarten

Inzwischen können die Seismologen auch verschiedene Bebentypen unterscheiden. Während Beben, die bevorzugt langperiodische Erdbebenwellen abstrahlen, weniger gefährlich sind und aufgrund ihrer technischen Identifizierung „rote Beben“ genannt werden, gelten die explosionsartig auftretenden „blauen Beben“ mit ihren kur-

zen Frequenzen als besonders schadensträchtig. Die Wissenschaft ist zur Zeit dabei, eine Typologie der Erdbeben aufzubauen, die dann auch in den Warndienst einfließen soll. Bei der technischen Abwicklung von Warnungen wird die Einrichtung einer Vermittlungsbehörde erörtert, die Prognosen entgegennimmt, dann regional verbreitet. Allerdings sollten strenge Maßstäbe an die Objektivität der Vorhersagen gestellt werden. Die Verhaltensänderungen bei Tieren vor Erdbeben – des öfteren in der Presse diskutiert – seien zwar nicht irrelevant, ließen sich allerdings derzeit nicht meßbar darstellen. Auch meteorologische Phänomene könnten aus diesem Grund nicht berücksichtigt werden.



So registrierte die Erdbebenwarte der Universität Hamburg die Erdstöße am 16. August des vergangenen Jahres in China. Nach inoffiziellen Angaben sollen bei dieser Katastrophe über 650 000 Menschen ums Leben gekommen sein.

„DEUTSCHES ECK“ – ein Erfolg?

Gedanken über die Mitwirkung von Einheiten des Technischen Hilfswerks bei der Übung des WBK IV

Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit einer Übung auseinander, bei der erstmalig zivile Dienststellen und Hilfskräfte gemeinsam mit militärischen Stäben und Einheiten die Zusammenarbeit in der Praxis erprobt haben. Die Auswertung der Übung ist noch nicht abgeschlossen, insofern kann dieser Artikel aus der Sicht des THW als ein Diskussionsbeitrag gewertet werden.

Die Redaktion

Im September 1976 führte das Wehrbereichskommando IV in Mainz eine Gefechtsübung durch, die unter ihrem Namen „Deutsches Eck“ Sinnbild für den beginnenden Zusammenfluß zwischen den militärischen und den zivilen Schutzkräften unseres Landes sein dürfte. Die Übung war ein Anfang, den Begriff „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (abgekürzt: ZMZ) mit Leben zu erfüllen. Inwieweit dieser Anfang ein Erfolg gewesen ist, versucht die folgende Analyse aufzuzeigen. Sie geht dabei, entsprechend dem Tätigkeitsfeld des Verfassers, aus dem Blickwinkel des Technischen Hilfswerks (THW) heraus vor und soll in dieser Teilperspektive ein Beitrag für die Zukunft der ZMZ sein.

Übungsanlage

Zunächst einige Bemerkungen zur Struktur und Funktion des WBK IV. Das WBK IV ist eine von insgesamt sechs gleichartig organisierten Kommandobehörden innerhalb des Bundesgebietes, deren Aufgabe darin besteht, das „Hinterland“ der zumeist der NATO unterstellten Truppen zu sichern. Die Behörden sind ferner zuständig für den Nachschub an Waffen und Gerät sowie für den Einsatz in personeller Hinsicht. Sie haben damit im wesentlichen wichtige Ver-

sorgungsaufgaben. In Friedenszeiten bestehen sie hauptsächlich aus Kader-Kommandostellen, denen bestimmte Volltruppenteile – in der Regel Einheiten der ehemaligen Territorialen Verteidigung (TV) – unterstellt sind. Das WBK ist in sich unterteilt in Verteidigungsbezirks- (VBK) und Verteidigungskreis-Kommandos (VKK). Die räumlichen Gebiete der VBK's entsprechen etwa den Regierungspräsidien bzw. Bezirksregierungen, die VKK's den kommunalen Aufteilungen in Stadt- oder Landkreise. Flächenmäßig erfaßt das WBK IV die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Auch die VBK's und VKK's sind friedensmäßig mit Kader-Kommandos besetzt, denen u. a. eine Reihe von sogenannten Wallmeister-Trupps unterstehen; d. h. Teileinheiten – bestehend aus 3–4 Feldwebeldienstgraden der Pionierwaffe –, welchen die allgemeine Objektsicherung (Brücken, Straßen, Versorgungsunternehmen) obliegt.

Die Übung „Deutsches Eck“ verfolgte in ihrer Anlage drei Ziele: 1. die Mobilisierung der den Kader-Kommandostellen zugeteilten Reservisten; 2. die Durchführung der dem WBK obliegenden Aufgaben; und 3. die Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Stellen im Rahmen der Verteidigung. Entsprechend dieser Dreiteilung war auch der Aufbau der Übung konzipiert: Phase 1 Mobilisierung, Phase 2 Aufgabenwahrnehmung im Spannungs- und Verteidigungsfall, Phase 3 ZMZ. Für die hier zu analysierende Teilperspektive ist lediglich Phase 2 von Interesse, da sich in diesem Bereich die ZMZ mit dem THW ausgewirkt hat; bei Phase 3 war das THW nicht mehr beteiligt.

Durchführung

Der Übungsraum begrenzte sich auf das Gebiet der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz. Das Saarland

war nur auf militärischer Seite durch ein Pipeline-Pionierbataillon aus Zweibrücken vertreten.

Rheinland-Pfalz

Es wurde an zwei Tagen – Samstag/Sonntag – geübt. Samstag als Übungslage ein Waldbrand, der ein Munitionsdepot gefährdete, und sonntags ein Flugzeugabsturz. Nachteilig war, daß die Übungsanlage ohne Mitwirkung des THW-Landesbeauftragten erarbeitet worden war. Der Einsatz des THW zur Bergung von Verletzten war daher in gut fünf Minuten beendet. Führungsmäßig lag diese Übung allein in der Hand der Feuerwehr. Die militärischen Führer waren über die Organisation und die Aufgaben des Katastrophenschutzes leider wenig informiert. So herrschte nicht immer eine klare Übersicht über die Entwicklung der Lage.

Hessen

Übungsannahmen waren samstags die Verschüttung eines militärisch wichtigen Versorgungstollens und sonntags ein Flugzeugabsturz in einem unwegsamen Steinbruch. Zwar hatte man in Hessen den THW-Landesbeauftragten an der Ausarbeitung der Übung beteiligt, doch sind die Ergebnisse recht mager zu nennen. Man merkte wenig von einer ZMZ, es dominierte das THW, ohne daß ein allgemeiner Bezug zur Gesamtübung hergestellt war. Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz traten keine organisatorischen Schwierigkeiten auf, was wohl auch der Anlage der Übung zu verdanken war.

Folgerungen

Die Übung entsprach in Bezug auf ZMZ, die ja geübt werden sollte, nicht ihrer Zielrichtung. Im Gegenteil. Man bemühte sich in den Lagezentren der

Hauptverwaltungsbeamten (HVB) redlich darum, eine gewisse Linie hinein-zubekommen, jedoch scheiterte das Bemühen vielfach an den Unzulänglichkeiten der Lage und des Führungspersonals, den Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Katastrophenschutz-Organisationen und nicht zuletzt an einem – dem Verfasser unverständlichen – gewissen Hochmut mancher der beteiligten Übenden. Ein Katastrophen- oder hier ein Verteidigungs- bzw. Spannungsfall ist nicht dazu da, Profilierungen oder Kompetenzen zu erwerben oder zu erweitern. Den Erfolg solchen Handelns hat die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen deutlich genug vor Augen geführt. Hier gilt es, schnell, richtig und wirksam aufzutreten und zu handeln. Das heißt: es müssen die Organisationen beteiligt und eingesetzt werden, die ihrer Ausbildung und Ausstattung nach zu einer Lösung der Probleme in der Lage sind. Das heißt aber auch weiter, daß diese Organisationen – weil es eine Übung ist – an der Ausarbeitung der Lagen zu beteiligen sind, damit im „Ernstfall“ die Sache klappt. Hieran mangelt es in großem Maße. Zum anderen fehlt es offenbar auch dem Militär an Informationen über Potential und Einsatzmöglichkeiten der Katastrophenschutz-Organisationen. Man kann nicht in einer militärisch konzipierten Übungsanlage denken und zu handeln versuchen, wenn die Ausführenden des Handelns ehrenamtliche Helfer – Zivilisten – sind. Hierfür gelten andere Voraussetzungen.

Im großen und ganzen war der Versuch dieser Übung lobenswert. Doch sollte man in Zukunft sich mehr der Instrumentarien bedienen, die zu diesen Zwecken bereits vorhanden sind.

Das gilt vor allem für die Organisation des THW, die als Bundesanstalt von unten bis oben einen Führungsstrang anbieten kann, der bei der Anlage derartiger Übungen wie auch bei deren Durchführung mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. Gleiches ist mehr oder weniger auch von den anderen Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz zu sagen.

Das Resümee ist folglich: ein Versuch, der Teile des Erfolges, aber auch des Mißerfolges in sich trägt. Nicht erst seit der Übung „Deutsches Eck“ ist das THW bemüht, alle Stellen, die mit der ZMZ befaßt sind, zu informieren über Aufgaben Organisation und Arbeitsweise der Organisation, damit solche Übungen künftig besser ablaufen.

Marion Lanfers

Schülerredakteure trafen sich auf
Schloß Körtlinghausen

WIR HABEN UNS PRIMA VERSTANDEN

Eine 12jährige Kollegin berichtet



Marion Lanfers ist mit 12 Jahren sicher eine der jüngsten Chefredakteurinnen einer Schülerzeitung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie besucht das Gymnasium in Volkhoven-Weiler, einem nördlichen Stadtteil von Köln. Marion arbeitet seit einigen Jahren an der in ihrem Gymnasium herausgegebenen Schülerzeitung „Hallo Schüler“ mit. Ihre besonderen Liehbereien sind Musik, Lesen und Fremdsprachen. Ihr sehnlichster Wunsch: später einmal Studienrätin zu werden. Hier ihr Bericht über eine Informationstagung des BVS:

Auf Einladung des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Landesstelle Nordrhein-Westfalen, trafen sich auf der BVS-Landesschule Körtlinghausen Redakteure von Schülerzeitungen, um sich über den Selbstschutz und die Zivilverteidigung informieren zu lassen. Sie kamen aus Hagen, aus Höxter, Dortmund, Varenholz, Köln und anderen Orten.

Nachdem auch die letzten Teilnehmer mit dem schuleigenen Kleinbus vom Bahnhof abgeholt worden waren, fand die Begrüßung durch den Leiter

der BVS-Schule statt. Dabei erfuhren wir auch gleich, was alles wir in der Zeit dort – vom 24. bis zum 26. November 1976 – machen wollten. Nach dem Mittagessen begannen denn auch gleich die Vorträge. Wir erfuhren eine ganze Menge; zunächst einmal ging es um die Gefahren, denen der Mensch täglich ausgesetzt ist.

Daß im Haushalt sogar mehr Unfälle passieren als am Arbeitsplatz, war vielen von uns noch nicht bekannt.

Der Grund war aber einleuchtend, während am Arbeitsplatz ein gesetzlicher Unfallschutz vorgeschrieben ist, bleibt es einem im Haushalt selbst überlassen, ob man Sicherheitsvorkehrungen trifft oder nicht. Die meisten scheinen das eben nicht zu tun, daher die Vielzahl der Unfälle. Außer den bekannten Unfallquellen Haushalt, Kindergärten, Schulen, Hof und Garten, Arbeitsplatz und Straßenverkehr gibt es viel schwerwiegendere Gefahrenquellen. Diesen fallen oft Hunderte und Tausende von Menschen zum Opfer, bei Katastrophen wie Überschwemmungen, Flugzeugabstürzen, Erdbeben oder Großbränden.

Als schlimmste Katastrophe aber drohen der Menschheit die Kriege. Um sich gegen einen Krieg zu schützen, hat der Staat das Militär. Die Regierung versucht im Rahmen der Sicherheitspolitik ebenfalls, einen Krieg zu verhindern.

Diese Sicherheitspolitik muß die Gewähr bieten für das Überleben der Bundesrepublik und ihrer Bürger.

In einem Vortrag wurden uns die Grundzüge unserer Sicherheitspolitik aufgezeigt. Drei Hauptpunkte wurden herausgestellt: 1. Die Mitwirkung an der Aufrechterhaltung eines militärischen Gleichgewichtes; 2. Die Festigung des Friedens durch Überwinden des politischen Gegeneinanders; 3. Ständiges Bemühen um die Begrenzung und Kontrolle der Rüstung aller Staaten.

Ein weiterer Punkt der Information war die Darstellung der Zusammenhänge in der Gesamtverteidigung.

Dabei wurden uns einprägsame Statistiken gezeigt. Der Grundgedanke war eigentlich, daß vorbereitende Maßnahmen für den Schutz der Bevölkerung unerlässlich sind. Die Gegenüberstellung von Verlusten in einer Stadt mit 130 000 Einwohnern bei einem Kriegsfall war schon einprägsam. So gibt es in dieser Stadt, wenn keine Schutzmaßnahmen getroffen sind, 30 % Tote und 35 % Verletzte unter der Bevölkerung, nur 35 % der Einwohner können sich in Sicherheit bringen. Wenn es in dieser Stadt aber Schutzräume gibt und die Bevölkerung vorher gewarnt wird, können sich rund 90 % der Menschen in Sicherheit bringen, nur 8 % werden verletzt und nur etwa 2 % getötet.

Der Zivilschutz in der Bundesrepublik steht im Verteidigungssystem des Westens auch keinesfalls allein, er ist in den Bereich der Zivilverteidigung der NATO eingebunden.

Der Begriff Selbstschutz wurde für die Schülerredakteure besonders herausgestellt, er ist neben dem Katastrophenschutz, dem Schutzbau, dem Warn- und Alarmdienst, dem Gesundheitsdienst, der Aufenthaltsregelung und dem Schutz von Kulturgut ein wesentlicher Teil des Zivilschutzes. Selbstschutz, das ist: Vorbeugen. Es kann der Mensch von vielem Ungemach betroffen werden. Deshalb heißt Selbstschutz auch: Abwehren, sich und anderen helfen! Denke man nur an Unfälle. Durch Herbeirufen von Hilfe über Telefon, durch Aufstellen von Warndreiecken, durch Vorhandensein von Arzneyschränken oder Erste-Hilfe-Kästen, durch Erste-Hilfe-Ausbildung konnte schon manches Mißgeschick behoben werden. Wichtig ist, daß man den Zeitraum zwischen dem Unfall und dem Eintreffen anderer Hilfe überbrücken kann.

Ein großer Bereich wurde durch die Information über die Organisation des Selbstschutzes erfaßt. Es wurde uns gesagt, welche Aufgaben die Gemeinde im Selbstschutz erfüllen muß. Daß die Gemeinde für den Aufbau des Selbstschutzes zuständig ist – und die Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz fördern muß. Außerdem leitet sie den Selbstschutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfalle. Ich habe es genau notiert: Der Selbstschutz umfaßt Maßnahmen,

die dazu dienen, eine Bedrohung der Bevölkerung in ihrem Wohnbereich durch Waffeneinwirkungen zu verhindern und eingetretene Schäden zu mildern oder zu beseitigen. Man darf den Begriff Selbstschutz aber nicht nur auf den Verteidigungsfall beziehen, sondern genauso auch auf den Katastrophenfall. Über den Katastrophenschutz wurde ebenfalls ein längerer Vortrag gehalten.

Ein wesentlicher Punkt des Zivilschutzes ist der Schutzraumbau. Man sagte uns, welchem Zweck ein Schutzraum dient und welche Voraussetzungen er dazu erfüllen muß.

Ein Schutzraum soll die Menschen, die ihn aufsuchen, gegen herabfallende Trümmer schützen, aber auch gegen Brandeinwirkungen, radioaktive Strahlen und gegen biologische und chemische Kampfmittel, das ist zu verstehen. Aber sicher ist es ein guter Rat, wenn gesagt wird, man solle vor dem Bau eines „Bunkers“ fachliche Informationen einholen.

Wie der Bundesverband für den Selbstschutz seine Öffentlichkeitsarbeit ausübt, wurde uns zum Abschluß der Tagung ausführlich dargestellt. Daß der Selbstschutz in den letzten Klassen der Schulen auch Unterrichtsfach sein kann, wenn sich der Bundesverband an die Schulleitung wendet und seine Fachleute abstellt, ist uns zum Teil aus den eigenen Schulen bekannt. Interessant ist aber trotzdem, was er so alles in der Öffentlichkeit tut. Er inseriert in der Presse, gibt Informationen an die Presse, an den Rundfunk und an das Fernsehen. Eine Aktion in diesem Rahmen war ja auch diese, unsere Tagung. Ausstellungen werden veranstaltet und öffentliche Vorträge gehalten. An vielen Orten sind Beratungsstellen eingerichtet. Die Dienststellen veranstalten Sicherheitsfahrten für Kraftfahrer, zeigen Filme und legen auch Drucksachen über den Selbstschutz in Zeitschriften für Lesezirkel bei. Plakate sind natürlich auch sehr wirksam.

Neben diesen Vorträgen, die wir hörten, haben wir Teilnehmer an der Tagung auch praktisch geübt. Da mußten wir Feuer löschen, haben Menschen aus einem Unfallwagen geholt und wurden als „Verletzte“ abgeseilt. Es ist erklärlich, daß alle diese Einzelheiten hier nicht beschrieben werden können.

In den – leider nur kurzen – Pausen wurde dann „gefachsimpelt“ – über

die abgehandelten Themen oder über „unsere“ Schülerzeitungen.

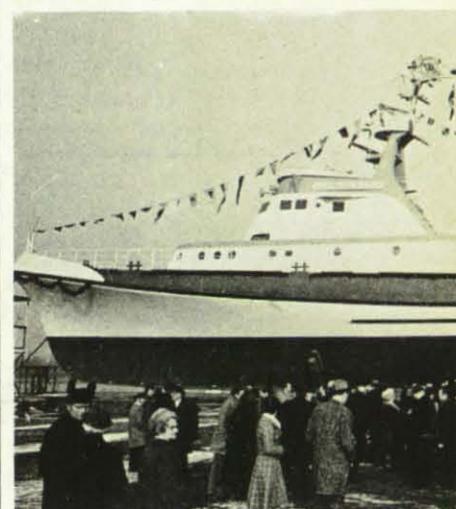
An den Abenden ging es „hoch“ her. Am ersten Abend wurde bei Bier – nur für die Älteren –, Cola und Fanta die Ankunft gefeiert, am zweiten Abend dann schon der Abschied.

Aber, das muß einmal herausgestellt werden, wir haben uns alle – Schülerredakteure und Lehrpersonal – prima verstanden.

NRW erhöht Zuschüsse zum Rettungsdienst

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die Zuweisungen für die Betriebskosten der Rettungsdienste beträchtlich erhöhen. Auf eine Anfrage von acht Landtagsabgeordneten der CDU teilte Gesundheitsminister Prof. Dr. Farthmann in Düsseldorf mit, die Zuschüsse zum Rettungsdienst sollen im Haushaltsjahr 1977 um 66 Prozent auf insgesamt 25 Millionen DM steigen. Der Rettungsdienst, der sich noch in einer Anfangsphase befinde, hat die Aufgabe, eine „flächendeckende, gleichmäßig leistungsfähige Versorgung der Bevölkerung“ sicherzustellen.

Seenotrettungskreuzer „Hermann Ritter“



Auf den Namen „Hermann Ritter“ wurde am 18. Januar 1977 in Bardenfleth an der Weser dieser zweite modernste Seenotrettungskreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) getauft.

Das Schiff der „John T. Essberger“-Klasse ist 44 Meter lang und erreicht eine Geschwindigkeit von 30 Knoten. Die „Hermann Ritter“ wird eine ständige Position im östlichen Teil der Deutschen Bucht beziehen.

Horst Pieper

Auto-Notfunk für jeden Kraftfahrer:

Schnelle Hilfe per Knopfdruck

Neue Nachrichtentechnologien sollen Zeitspanne zwischen Unfall und Notfallmeldung verringern

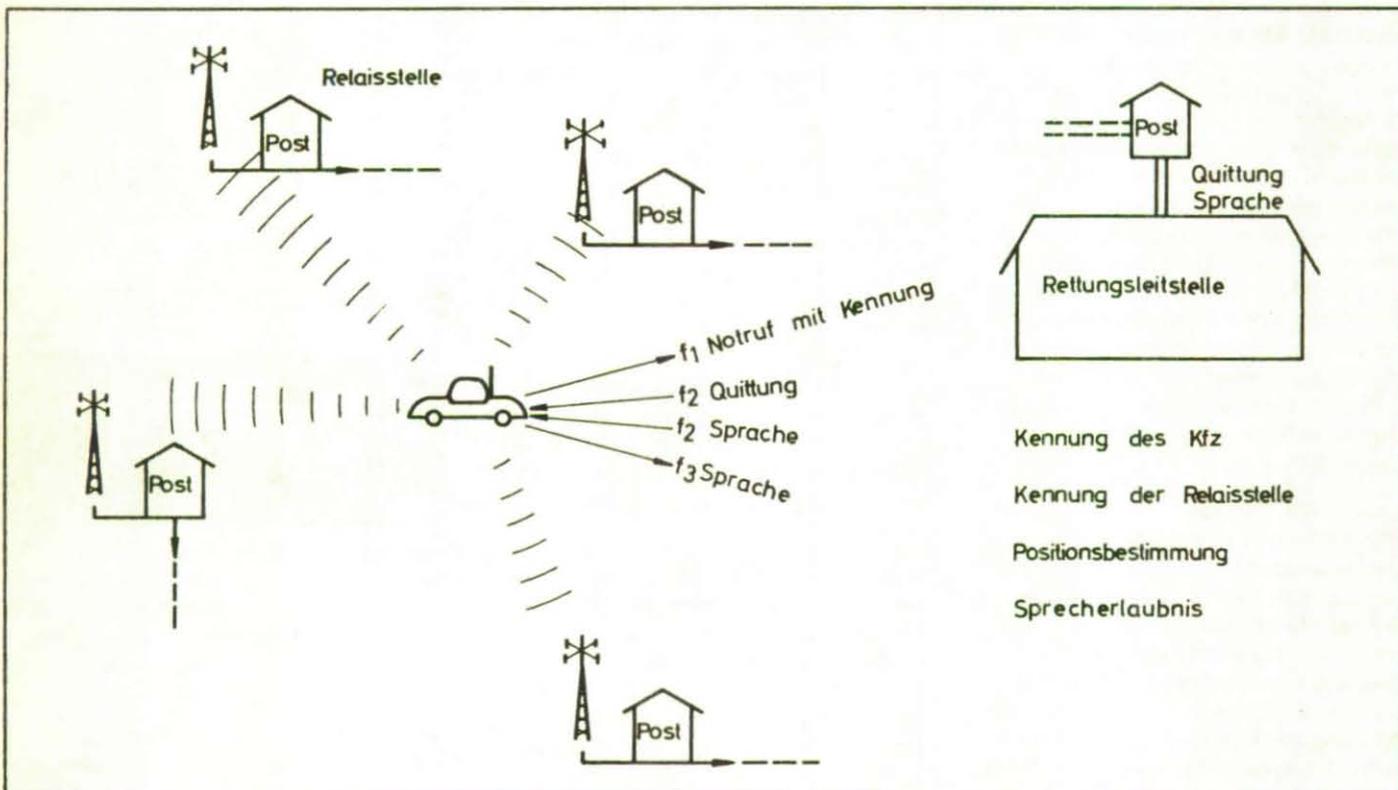
Die Zeitspanne zwischen dem Unfallzeitpunkt und der Unfallmeldung, von Experten seit längerer Zeit unter die Lupe genommen und bei mehreren Kongressen über das Rettungswesen als zu lang kritisiert, soll sich nun durch ein neuartiges technisches System verkürzen lassen. „Auto-Notfunk“ heißt das Ergebnis, das als Systemstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom Fachbereich Hochfrequenztechnik der AEG-Telefunken vorgelegt wurde. Allerdings soll das bisherige Meldesystem mit Notrufsäulen und Notrufleitungsschaltungen nicht abgelöst werden. Dr. Klaus Rupf, Referent für Nachrichtentechnik im Bundesministerium für Forschung und Technologie: „Wir wollen dieses System in die bestehende Infrastruktur auf dem Gebiet des Rettungswesens einordnen und betrachten es nur als zukunftsweisende Ergänzung zur drahtgebundenen Kommunikation.“

Täglich 3 000 Straßunfälle

„Neue Möglichkeiten von Notmeldesystemen“ nennt sich die Studie, die inzwischen auch der Ständigen Konferenz für Rettungswesen übermittelt wurde und dort entsprechende Beachtung fand. Denn bei der Untersuchung der Rahmenbedingungen errechneten die Wissenschaftler, daß sich täglich rund 3 000 Unfälle im Straßenverkehr ereignen, bei denen es 1 000 Leichtverletzte, 500 Schwerverletzte und 40 Tote gibt. Nach den statistischen Angaben hat der Straßenverkehr beim Personentransport den Löwenanteil bestritten, im Güterverkehr hinter der Eisenbahn die zweite Position behauptet. Nach den Zahlenstatistiken aus dem Jahr 1972 sind allein 300 Milliarden Personenkilometer im Privatbereich auf der Straße abgewickelt worden. So fordert der Report die Reduzierung der Unfallbelastung und der dadurch entstehenden Schäden.

Bedeutung der Notfallmeldung

Die Notfallmeldung wird von den Gutachtern als „schwächstes Glied“ der Rettungskette bezeichnet. Nach dem Eintreten eines Unfalles folgen nach eingespielter Methodik die Maßnahmen zur Absicherung des Unfallortes, das Leisten der Ersten Hilfe, dann die Notfallmeldung, das Eintreffen des Rettungsdienstes und nach dem Transport die klinische Behandlung. Allein tagsüber in urbanen Gebieten sei die Unfallmeldung recht problemlos. Der Anruf vom nächsten Geschäft oder von der nächsten Gaststätte aus sei unproblematisch. Außerhalb geschlossener Ortschaften sehe das Bild jedoch anders aus. Auf weniger befahrenen Straßen seien bei schweren Unfällen die Betroffenen von der Hilfe der Passanten abhängig, die erst vom zumeist Kilometer entfernten Notruftelefon oder einem Hauptanschluß aus die Rettungszentralen be-



So stellt sich das Projektteam die Konzeption des Auto-Notfunks vor. Per Funk wird die kodierte Meldung vom Unfallauto über Relaisstationen, von dort über Telefonleitungen der Bundespost zur Rettungsleitstelle übermittelt.

nachrichtigen könnten. Wenn diese Abhängigkeit vom zufällig vorbeikommenden Passanten aufgelöst werden soll, kann dies nach Meinung der Projektgruppe nur durch Meldesysteme geschehen, die den Notruf am Ort des Unfalls oder in seiner unmittelbaren Nähe absetzen können.

Dokumentationsstudie des DRK

Das Deutsche Rote Kreuz nahm zu dieser Problematik in einer Studie Stellung, die den Rettungsdienst und den Krankentransport zum Gegenstand hatte. In einer Zahlenstatistik schlüsselte das DRK in Verbindung mit anderen Hilfsorganisationen auf, welche Zeitspanne zwischen dem Eintritt des Unfalls und der Abgabe der Meldung verstreicht. Die Werte machten deutlich, daß in 64,2 Prozent der Fälle die Notfallmeldung bereits bis vier Minuten nach dem Unfallzeitpunkt abgesetzt werden konnte. In 19,9 Prozent der Fälle belief sich diese Zeitspanne auf vier bis acht Minuten, in 6,9 Prozent der Fälle sogar auf acht bis 15 Minuten. In 1,4 Prozent der Fälle war die Zeitdifferenz größer als eine Viertelstunde. 7,6 Prozent der Unfallaufzeichnungen machten darüber keine Aussagen.

Kritische Auswertung

Bei der Analyse dieser Werte zogen die Wissenschaftler aber auch in Betracht, daß rund zwei Drittel der Unfälle mit Personenschäden sich in den Innenstädten (41 Prozent), in den Randgebieten der urbanen Zentren (20,4 Prozent) und auf den Autobahnen (3,9 Prozent) ereignen. Hier ist es mit den bisher bestehenden Systemen möglich, einen Notruf innerhalb von fünf Minuten abzusetzen. In anderen Fällen dauert es wesentlich länger. In der Bewertung der statistischen Aussagen stellt die Projektgruppe außerdem fest, daß bei 35 Prozent der Verkehrsunfälle, insbesondere bei Unfällen auf Bundes- und Landstraßen, die Temporärdifferenz zwischen dem Eintritt des Notfalls und der Notfallmeldung größer als vier Minuten ist. Und darin seien etwa zehn Prozent an Unfällen enthalten, bei denen Verletzte länger als acht Minuten warten müßten, bis der Notruf abgesetzt wird. Diese nicht zufriedenstellende Situation betrifft nach den Angaben der Studie täglich rund 50 Schwerverletzte. Bei sieben Unfällen mit Schwerverletzten dauert es

täglich länger als 15 Minuten, bis Hilfe herbeigerufen wird. Drei Schwerverletzte müssen nach diesen Zahlenbilanzen länger als eine halbe Stunde warten, bis überhaupt erst einmal Hilfe herbeigerufen wird.

Schneller Einsatz

Andererseits läßt sich aus der Studie des Deutschen Roten Kreuzes und anderen Hilfsorganisationen ebenfalls entnehmen, daß es nur zwei Minuten dauert, bis nach Eingang des Notrufes bei der Rettungszentrale der Notfallwagen abfährt. Dies sei zumindest in 91 Prozent der Fälle nachgewiesen. Deshalb fallen nach Ansicht der Ulmer Techniker die Zeitversäumnisse bei der Notfallmeldung besonders ins Gewicht. Dies sei auch der Grund, warum in der Rettungskette die Maßnahmen zur Absicherung der Unfallstelle und die Leistung der Ersten Hilfe vorgezogen werden. Nach der Auswertung der DRK-Statistik sei es aber sinnvoll, die Notfallmeldung an den Anfang der Rettungskette zu setzen, ohne jedoch dadurch eine spürbare Verzögerung für die Sicherungsmaßnahmen und die Erste Hilfe zu verursachen.

Neues Postulat

Aus dieser Situationsanalyse formuliert die Projektgruppe bei AEG-Telefunken ihre Anforderungen an das Notmeldewesen. Nach der Auffassung der Wissenschaftler ist das Notrufsystem so zu verbessern, daß es „überall und jederzeit möglich ist, Notfallmeldungen über entsprechende Einrichtungen abzusetzen“. Das figurative Postulat: Das Notmeldewesen soll ein starkes, belastbares Glied innerhalb der Rettungskette werden, und es soll auch dann noch halten, wenn die anderen Kettenglieder wie der Rettungsdienst und die klinische Behandlung weiter verstärkt werden. Nach dem Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hatte die Projektgruppe die Aufgabe, einen technisch, finanziell und organisatorisch realisierbaren Entwurf zur Lösung dieser Probleme zu erarbeiten.

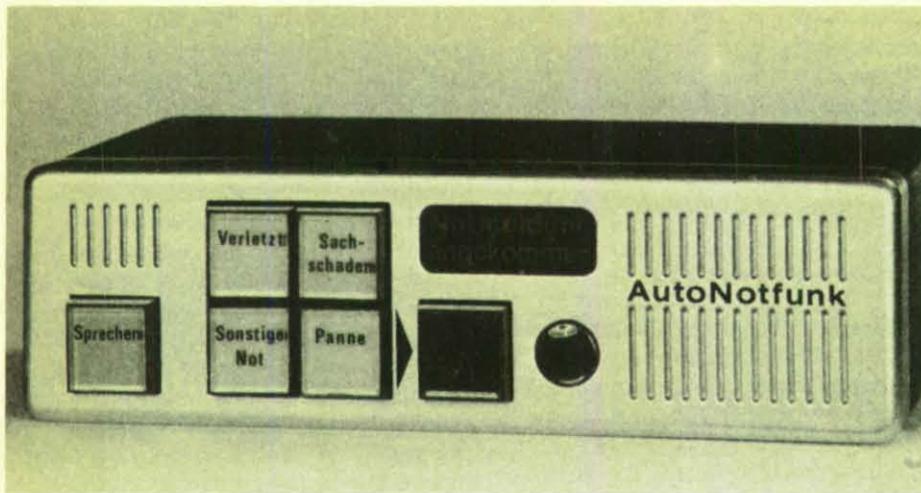
Die Forderungen

Das Vorhaben dient dem von Minister Matthöfer besonders unterstrichenen

Ziel, die Fortschritte im Bereich der Nachrichtentechnologie gezielt zur Lösung von Problemen einzusetzen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen. Dabei soll besonders darauf geachtet werden, daß solche neuen technischen Systemlösungen konzipiert werden, die bei einer späteren Einführung auch finanziell realisierbar sind. Die Kosten für das Notmeldesystem sollen zum überwiegenden Teil von den Kraftfahrern selbst finanziert werden. Denn nach Meinung des Forschungsministeriums sollen die Kosten für das System von den Teilnehmern getragen werden. So gehöre die finanzielle Effektivität zu den Grundforderungen an dieses technische Projekt. Das Bordgerät habe außerdem robust, zuverlässig und räumlich klein zu sein. Eine leichte Handhabung und die notwendige Integration in das bereits stark belegte Funkfrequenznetz sind weitere Anforderungen. Notmeldezeiten mit Zeitdifferenzen unter einer Minute sollen durch den Auto-Notfunk ermöglicht werden. Das Gutachten aus Ulm: „Die Zeit der Notfallmeldung sollte gegenüber der gesamten Zeit vom Notfalleintritt bis zum Eintreffen eines Rettungsfahrzeuges am Notfallort vernachlässigbar klein sein, damit die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes voll ausgeschöpft werden kann.“ Nach den Vorstellungen der Ulmer Projektgruppe soll das gesamte Straßennetz des überörtlichen Verkehrs erfaßt werden. Es muß eine Wahrscheinlichkeit von nahezu 100 Prozent bestehen, daß ein Notruf auch die Rettungsleitstelle erreicht. Dazu muß jedem Teilnehmer auch mitgeteilt werden können, ob sein Notruf in der Rettungsleitstelle angekommen ist oder nicht. Die Studie: „Er muß in irgendeiner Form seinen Notruf von der Leitstelle quittiert bekommen.“ Außerdem soll eine Sprechverbindung mit dem Notrufteilnehmer ermöglicht werden.

Kostenanalyse

Beim Kostenvergleich mit dem herkömmlichen Notrufsystem taxieren die Gutachter die Verkabelung aller 130 000 Straßenkilometer auf einen Investitionsaufwand von 1,6 Milliarden DM. Dazu kämen noch 330 Millionen DM für das Aufstellen der Notruftelefone, die pro Stück 5 000 DM kosten. Jedoch müßte – auch bei kürzeren Abständen der Notrufapparate – ein Zeitverzug durch den Fußmarsch von mindestens drei Minuten eingerechnet werden. Somit wäre trotz der enorm hohen Kosten, die bei einer wesentlichen



Die Form eines Autoradios soll der Bordapparat haben, der auch über ein Mikrofon und eine Sprechta-
ste (links) verfügt. Mit Aufleuchten des Zeichens „Notmeldung angekommen“ wird die Information von der Leitstelle quittiert.



So könnte das Zusatzgerät bei einem herkömmlichen Autoradio aussehen.

Verkürzung der Abstände der Notruf-
telefone bis auf insgesamt drei Milliar-
den DM steigen könnten, die zweite
Anforderung der schnellen Übermitt-
lung nicht mehr zu erfüllen.

Technische Bedingungen

In einigen Versuchen haben die Exper-
ten festgestellt, daß eine Nachrichten-
verbindung zwischen Notrufer und
Rettungszentrale durch ein mobiles
Sende- und Empfangsgerät geschaffen
werden kann. Die Kostenvorstellung
für ein solches Bordgerät im eigenen
Kraftfahrzeug liegen bei etwa 150 DM.
Eine große Stückzahl – rund 20 Millio-
nen Bordgeräte – gilt als Zielvorstel-
lung bei der späteren Nutzungsquote.
Dazu wird mit weiteren technischen
Fortschritten in der Entwicklung von
linearen Schaltungen gerechnet.
Mit elektromagnetischen Wellen soll
die Verbindung zwischen Notrufenden
und Rettungszentrale gewährleistet
werden. Bei näheren Untersuchungen
schied die Nutzung bereits bestehen-

der Funknetze wie des Europäischen
Funkrufdienstes oder des Verkehrs-
rundfunks aus. Das Notrufsystem soll
auf der gleichen Frequenz im gesamt-
en Einsatzgebiet arbeiten, um Neu-
einstellungen beim Ortswechsel für
den Benutzer zu vermeiden und um
die Kosten für das mobile Bordgerät
nicht zu verteuern. So kommen die
Verfasser der Ulmer Studie zu dem
Schluß, daß ein neues Relaisstellen-
netz für das Notmeldekonzept ge-
schaffen werden muß.

3 000 Relaisstellen

Mit einer Sendeleistung von einem
Watt und einer ortsfesten Antennen-
höhe von zehn Metern bei einer Über-
tragungsfrequenz von 160 Megahertz
wird die Einzelanlage nach dem AEG-
Telefunken-Report auszustatten sein.
Ein Abstand der Relaisstationen von
zehn Kilometern zueinander soll die
geforderte fast hundertprozentige

Wahrscheinlichkeit der Notrufübertra-
gung sicherstellen. 3 000 Relaisstellen
wären für ein rautenartiges Netz, das
als optimale geometrische Darstellung
ausgewählt wurde, notwendig, um
das Gebiet der Bundesrepublik von
den Alpen bis zur Küste zu überzie-
hen. Die Kosten für eine Relaisstation
werden auf 100 000 DM geschätzt.
Die Gesamtkosten für das bundesweite
System würden also 300 Millionen
DM betragen.

Positionsangaben automatisch

Wegen der zu langen Übermittlungs-
zeiten kann nach Meinung der Wis-
senschaftler eine Positionsübermitt-
lung durch den Notrufteilnehmer an
die Rettungszentrale nicht in Frage
kommen. Außerdem erfordert dies,
daß der Notrufende seinen eigenen
Standort kennt. Auch die Anbringung
von Positionsmarkierungen auf den
130 000 Straßenkilometern in einem
Abstand von jeweils 100 Metern würde
einen Investitionsaufwand von insge-
samt 13 Millionen DM erwarten lassen.
Zur Koordinierung müßte für die Mar-
kierungen eine neunstellige Buchsta-
ben-Ziffern-Kombination herangezogen
werden, die aber in der Streßsituation
eines Notfalles den Betroffenen nicht
zugemutet werden könnte. Aufgrund
dieser Gegenargumente käme nur
eine automatische Positionsbestim-
mung in Frage. Das für die Übermitt-
lung notwendige Relaisstellennetz
soll ohne großen technischen Aufwand
auch die Aufgaben der Lokalisierung
übernehmen können.

Mehrfachpeilung nutzen

Die Studie zum Projekt des Auto-Not-
funks bewertet die Mehrfachpeilung
als das günstigste System für die Posi-
tionsbestimmung. Es würde keine
weiteren Forderungen an die zu über-
tragenden Funksignale stellen, die
Organisation nicht beeinflussen und
auch keinen technischen Aufwand
in den Geräten an Bord der Kraftfahr-
zeuge bedeuten. Der Fehlbereich einer
Messung könne höchstens Werte bis
zu 300 Metern erreichen.

Kostenvergleich

Besonders eindrucksvoll ist der Ko-
stenvergleich, den die Studie zwischen
den Notruftelefonen und dem Auto-
Notfunk vornimmt. Während beim
Funksystem rund 333 Millionen DM

an Kosten auf die öffentlichen Stellen zukommen, wird der Hauptanteil der Kosten beim Auto-Notfunksystem durch den Kauf der Bordgeräte aus privaten Mitteln aufgebracht. Die Unterhaltungskosten der Relaisstellen und die Telefonleitungsgebühren werden insgesamt neun Millionen DM nicht überschreiten, während der Unterhaltungsaufwand der Bordgeräte – auf 150 Millionen DM taxiert – ebenfalls privat finanziert wird.

Ohne private Investitionen müßte dagegen das Notruftelefon auskommen. 2,9 Milliarden DM an Leitungs- und Aufstellungskosten hätte die öffentliche Hand allein aufzubringen. Auch die Unterhaltung in Höhe von 280 Millionen DM, davon 100 Millionen DM an Leitungskosten, müßte der Staat finanzieren. Die Ulmer Techniker rechnen vor, daß die Umrüstung eines herkömmlichen Autoradios etwa 150 DM kosten wird. Eine private finanzielle Beteiligung am Auto-Notfunk durch die Teilnehmer wird für gerechtfertigt gehalten, da „dem Einzelnen auch direkt gegenüber dem Notruf-System ein größerer Nutzen für seine Daseinsvorsorge geboten“ würde.

Individuelle Kenn-Nummern

Jedes Bordgerät soll nach dem Ulmer Konzept mit einer individuellen Kennnummer ausgestattet werden, die mit der Nummer des Kraftfahrzeugbriefes identisch sein kann. Auf Knopfdruck soll ein Notfunktelegramm in digitalisierter Form abgesetzt werden können. Es muß als Grundsatzinformationen die Kennung des Fahrzeuges und die Schwere des Notfalls enthalten. Die Aufnahme des Notrufes bei der Relaisstelle, wo die Umsetzung auf drahtgebundene Nachrichtenleitungen erfolgt, wird ergänzt mit den Informationen über den Peilwert, die Kennnummer der Relaisstation, der Qualität des empfangenen Signals und der Uhrzeit. In der Leitstelle können die von den verschiedenen Relaisstationen eingehenden Telegramme gesammelt und geordnet werden. Durch die Auswertung der Peilungsergebnisse kann im Schnittpunkt der Unfallort lokalisiert werden. Am Bedienungspult stellt eine Schalttafel in einem Anzeigenfeld diese Daten zusammen. Über die räumlich und funktechnisch am günstigsten zum Unfallort gelegene Relaisstation wird von der Leitzentrale dann eine Bestätigung des Empfangs des Notrufes als sogenannte „Quittung“ übermittelt, die vom Bordgerät empfangen wird.

Sprecherlaubnis auf Zeit

Der Einsatzleiter in der Zentrale kann mit der Bestätigung des Notrufs dem Betroffenen auch eine Sprecherlaubnis auf Zeit geben, die etwa eine Minute beträgt und noch mehrfach verlängert werden kann. Der Notrufende muß die Sprechtafel an seinem Bordgerät dabei bestätigen. Für diese Abwicklung werden bundesweit im Zwei-Meter-Band drei 20-Kilohertz-Kanäle benötigt. Neben den Erstellungskosten für die Relaisstationen, die auf jeweils 100 000 DM geschätzt werden, muß die Ausstattung der zur Zeit bestehenden 300 Rettungszentralen ergänzt werden. Hier wird pro Leitstelle ebenfalls mit Kosten von rund 100 000 DM gerechnet. Die Fahrer der mit Bordgeräten ausgerüsteten Autos sollen neben den Anschaffungskosten für das Bordgerät noch eine jährliche Teilnehmergebühr von sechs bis zwölf DM bezahlen. Mit den auf diese Weise einkommenden 120 bis 240 Millionen DM soll die Wartung und der Betrag für die Leitungskosten an die Bundespost bestritten werden. Die Wissenschaftler versichern in ihrem Bericht, daß dieses Konzept in seiner Kapazität auch noch Raum für einen starken Anstieg der Meldungen ließe, der durch die Mitbenutzung des Systems für die Pannenhilfe eintreten könnte.

Zwei Richtungen

Sowohl auf der Funkstrecke zwischen Bordgerät und Relaisstelle als auch auf der Leitungsstrecke zwischen Relais und Rettungszentrale muß nach der erarbeiteten Konzeption ein Informationsfluß in beiden Richtungen möglich sein. Die Datensicherung über die gesamte Übertragungsstrecke ist gewährleistet, wenn der Notrufteilnehmer an seinem Bordgerät die „Quittung“ als Empfangsbestätigung seines Notrufes angezeigt erhält. Durch die technische Korrekturmöglichkeit bei entsprechender Datensicherung wird die Kapazität der Auswertung vergrößert. Wenn mindestens die Teilnehmerkennung richtig übertragen wurde, kann bereits eine Auswertung vorgenommen werden. Für die restlichen Informationen besteht durch Rufwiederholung oder Herstellung der Sprechverbindung eine Möglichkeit zur Ergänzung oder Richtigstellung, die von der Leitzentrale initiiert werden kann. Auf diese Weise wird auch der technische Aufwand im Bordgerät gering gehalten.

Antennenfrage gelöst

Das vorgesehene Zwei-Meter-Band für die Notfunk-Frequenz wird aber nicht über die zur Zeit gebräuchlichen Autoradioantennen empfangen werden können. Geringe Überreichweiten und eine zufriedenstellende Funkbedeckung bei hügeligem Gelände sind nach Auffassung der Ulmer Projektgruppe wesentliche Bedingungen, zumal auch eine speziell für den Auto-Notfunk konstruierte Antenne zugleich für das Autoradio genutzt werden kann.

Leichte Handhabung, bei zugleich aufgeschlüsselter Information soll garantieren, daß im Notfall auch ein Verletzter das Gerät in Betrieb nehmen kann. Vier Meldekriterien stehen zur Auswahl: „Verletzt“, „Sachschaden“, „Sonstige Not“ und „Panne“ ist die Beschriftung der dazugehörigen Tasten. Soll der Rettungszentrale ein Notfall gemeldet werden, so gibt der Betroffene die Art des Notfalls über die entsprechenden Tasten, die nach Bestätigung aufleuchten, in das Gerät ein. Durch nochmaliges Drücken der entsprechenden Taste kann eine falsche Angabe korrigiert werden. Kombinationsmöglichkeiten sind ebenfalls gewährleistet. Wird die Sendetaste betätigt, wird der Notruf gesendet. Die Taste leuchtet dann auf.

Eine unbeabsichtigte Notmeldung wird dadurch vermieden, daß auf jeden Fall durch Bedienung von Informationstaste und Sendetaste zur Übermittlung des Notfalltypus die Auslösung von zwei Impulsen notwendig ist. Das Bordgerät kann auch außerhalb des Fahrzeuges in Betrieb genommen werden. Am Gerät ist eine herausziehbare Antenne angebracht. Eingebaute Akkus übernehmen die Stromversorgung. Mikrofon und Sprechtafel sollen den Sprechverkehr zwischen Notfallauto und Rettungszentrale ermöglichen.

Geregelter Betriebsablauf

Bei Überschreiten extremer Beschleunigungswerte kann sich das Bordgerät automatisch einschalten, um eine Notfallmeldung abzusetzen. Das Mobilgerät ist nach dem ersten Einschalten rund 15 Minuten betriebsbereit. Der Ruf kann auf Anforderung der Leitstelle wiederholt werden. Von der Rettungszentrale kann dazu auch die Umschaltung des Bordgerätes auf Sprechverkehr gesteuert werden. Zur Steuerung des Ablaufes wurden verschiedene Zeitglieder eingebaut. Erst



Bundesminister Matthöfer stellte bei einer Pressekonferenz in Darmstadt das Auto-Notfunksystem der Öffentlichkeit vor. Dort soll auch Ende nächsten Jahres der Feldversuch gestartet werden, bei dem das System praktisch erprobt wird.

30 Sekunden nach dem Aussenden einer Notfallmeldung kann dieser Ruf wiederholt werden. Durch diese Sperre wird ein dauerndes absichtliches Belegen des Meldekanals verhindert. Der Sprechkontakt zwischen Notrufer und Zentrale wird auf eine Minute begrenzt, kann aber von der Rettungsleitstelle so oft wie erforderlich verlängert werden.

Änderungen in der Leitstelle

In den Ländergesetzen über den Rettungsdienst werden Rettungsdienstbereiche festgelegt. Diese stimmen in der Regel mit kommunalen Grenzen überein. Durch die Verbindung der Rettungsdienstzentralen mit dem Meldeverfahren des Auto-Notfunks wird die technische Ausrüstung der Leitstellen umfangreicher. Ein erhöhter Personalbestand wird aber nicht notwendig sein, solange das Meldeaufkommen nicht beträchtlich ansteigt. „Die Einsatzpriorität des neuen Systems liegt eindeutig im Straßenverkehr“, erläutert das Ulmer Projektteam seine Arbeit. Das Angebot, auch bei Pannen mit dem Auto-Notfunk Hilfe herbeizuholen, könnte nach den Erwägungen der Wissenschaftler eine Neuorganisation des Pannerrufes nach sich ziehen. Diese These soll bei einem praktischen Versuch untersucht werden.

Arbeitsweise der Zentrale

Die Aufbereitung der von den Relaisstationen eingehenden Meldedaten

steht am Beginn der Operation. Die Positionsbestimmung ermöglicht den Start der Rettungsaktion. Auf dem Bedienungsgerät in der Leitstelle kann dazu aufgeschlüsselt werden, um welche Notlage es sich handelt, welcher Kraftfahrzeugtyp die Meldung abgegeben hat (Pkw, Bus, Lkw oder Lkw mit gefährlicher Ladung wie Säuren, Öl, Gas etc.). Es kann die Nationalität festgestellt werden, und ob der Ruf durch den Beschleunigungsmesser automatisch ausgelöst wurde. Die Notfallbearbeitung endet zu dem Zeitpunkt, wenn die Einsatzfahrzeuge ihre Ankunft am Notfallort melden. Durch besonderen Tastendruck kann der Vorgang der Notmeldung protokolliert werden. Nach der Konzeption der Ulmer Forschungsgruppe sollen mehrere Geräte dieser Art, nach den Schätzungen der Studie werden vier bis sieben Bedienungsplätze notwendig sein, in jeder Leitstelle aufgestellt werden. Mit der Möglichkeit der Sprechverbindung ergibt sich für die Lokalisierung, die gerade in Stadtgebieten aufgrund einer möglichen Reflexion der Funksignale komplizierter sein kann, eine Verbesserung. Nach den Vorstellungen der Verfasser dürfte ein Fehlerkreis von 500 Metern nicht überschritten werden, bei höchstens 50 Prozent aller Notrufverbindungen dürfte eine Sprachübermittlung aus diesem Grunde notwendig werden. Wenn mehr als zwei Stationen den Notruf empfangen, ist eine Begrenzung der Fehlerwerte auf 100 Meter möglich.

In Form einer Schlüsselkarte soll die Kennkodierung des Auto-Notfunkgerätes zusammen mit dem Kraftfahrzeug-

brief dem Fahrzeugbesitzer übergeben werden. Das Mobilgerät ist dann erst einsatzbereit, wenn die Schlüsselkarte in die vorgesehene Aussparung eingesteckt worden ist. Bei der Verschrottung eines Fahrzeuges wird die Karte zusammen mit dem Fahrzeugbrief an die Zulassungsstelle zurückgegeben. Beim Verkauf eines Fahrzeuges wird die Karte mit den Fahrzeugpapieren an den neuen Besitzer übergeben.

Praktischer Versuch

Dr. Klaus Rupf, Leiter des Referates für Nachrichtentechnik im Bundesministerium für Forschung und Technologie, kündigte im Gespräch mit dem ZS-MAGAZIN eine praktische Erprobung des neuen Konzeptes an, die im kommenden Jahr im Raum Darmstadt durchgeführt werden soll. 300 Fahrzeuge sollen mit einem Prototyp des Auto-Notfunk-Bordgerätes ausgerüstet werden. Die Rettungsleitstelle wird in der Funkleitstelle Hessen-Süd in Darmstadt eingerichtet. „Wir werden dann alle möglichen betrieblichen Situationen erproben“, erläutert Dr. Rupf. Selbst Massenkarambolagen sollen in praktischen Übungen dargestellt werden, wenn 30 bis 40 Notrufe fast gleichzeitig bei der Leitstelle einlaufen. Die Frequenzen und auch die sachgerechte Ausstattung des Bordgerätes sollen unter die Lupe genommen werden. Dazu hofft man, Erfahrungen über den möglichen Dialogablauf zu sammeln, der von Laien unter Streß gestaltet wird. Besondere Aufmerksamkeit wird auch der automatischen Version gewidmet, wenn der Notruf beim Überschreiten von bestimmten Beschleunigungswerten ausgelöst wird. Bundesminister Matthöfer hat zur Beratung dieses Feldversuchs einen Ad-hoc-Ausschuß „Funknotmeldesystem“ ins Leben gerufen. „Mit diesem Feldversuch, an dem auch neben dem hessischen Innenministerium die Deutsche Bundespost beteiligt ist, wollen wir Möglichkeiten einer Verbesserung der nachrichtentechnischen Infrastruktur am Beispiel der Notmeldung praxisnah demonstrieren“, begründete Dr. Rupf die Initiative. Träger werden das hessische Innenministerium und die örtlichen Darmstädter Hilfsorganisationen sein. Projektleiter Albert Simianer, Diplomingenieur bei AEG-Telefunken in Ulm, erläutert, daß die notwendigen Verhandlungen für diesen Feldversuch auf Arbeitsebene mit der Bundespost bereits laufen. Ende kommenden Jahres sei spätestens mit dem Start der Versuchsreihe zu rechnen.

Heinz Voss, Dezernent für den Katastrophenschutz
beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Gedanken und Überlegungen zum Thema: „Führung im Katastrophenschutz“

Leitung und Führung als unteilbare Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten

Der Verfasser dieses Beitrags hat seine nachfolgende Ausarbeitung im Auftrag des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen gefertigt. Der Regierungspräsident in Düsseldorf legte dieses Gutachten zwischenzeitlich dem Innenministerium vor. Dezernent Voss wendet sich mit seinen Ausführungen vor allem gegen Vorstellungen, nach denen die Führung der Katastrophenschutz-Einheiten einer weitgehend selbständigen „Technischen Einsatzleitung“ übertragen werden sollte. Nach Meinung des Autors würde diese Praxis entweder zu einer Isolierung oder aber zu einer unvermeidbaren Verlängerung der Befehlswege führen. Voss unterstreicht, daß die Leitung und Führung im Katastrophenfall die unteilbare Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten ist und bleiben soll. Das **ZS-MAGAZIN** stellt diesen Beitrag – ohne eigenen Kommentar – zur Diskussion. Die Redaktion

I. Einleitung

Nachdem die K-Stabsrahmenübungen, die im Jahre 1976 im Lande Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Bundesländern durchgeführt worden sind, eine Reihe von Schwachstellen und damit den Standort des KatS offenlegten, und nachdem eine große K-Einsatzübung unter Einschluß mehrerer Katastrophenabwehrleitungen (KAL) die theoretisch getroffenen Feststellungen untermauert haben, fordert ein wichtiges Thema, das schon mehrfach öffentlich diskutiert wurde, eine intensive Betrachtung. Es besteht m. E. sonst die Gefahr, daß Vorstellungen entwickelt und vorwärts getrieben werden, die Ärger und Verdruß in weiten Teilen des KatS und bei den Verwaltungsstellen verursachen. Die Angelegenheit muß schnell einer Lösung zugeführt werden, um Unannehmlichkeiten erst gar nicht aufkommen zu lassen. Ich meine das Thema: Führung im Katastrophenschutz (KatS).

II. Allgemeines

Es wird von den Medien leider viel zu wenig als beispielhaft herausgestellt, daß die Zahl der freiwillig in ihrer Freizeit diensttuenden Helfer des KatS weit größer ist als z. B. die Zahl der Soldaten der Bundeswehr. Auf das so unerfreuliche Verhältnis des Kostenvergleiches zwischen Bundeswehr und KatS – staatspolitisch gleichgewichtige Einrichtungen – sei hier jedoch nicht eingegangen.

Dank der großen Bemühungen der im KatS mitwirkenden Organisationen und nicht zuletzt der Verwaltungen aller Ebenen wurde Einheit um Einheit aufgestellt und einer Grund- und Fachausbildung unterzogen. Bis in den Augusttagen des Jahres 1975 dann bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen mit Erschrecken in aller Deutlichkeit festgestellt werden mußte, daß es an der Führung dieses KatS – die Feuerwehren nicht ausgeschlossen – überaus mangelte. Keiner, der die Bemühungen und Anstrengungen der Verantwortlichen bei der Waldbrandbekämpfung beobachtete, wird behaupten können, daß die Arbeiten in der Führung befriedigen konnten.

Allerdings braucht der Eingeweihte im KatS sich nicht allzusehr darüber zu wundern. Das Führen von Verbänden will wahrlich gelernt sein. Wenn es sich noch um gemischte Verbände handelt, ist der Lernprozeß noch weit aus schwieriger.

Jedoch sollte man bei allem Unmut und berechtigter Kritik die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren: Wieviel Zeit und welcher großen Aufwand benötigt beispielsweise die Bundeswehr mit ihrem hauptamtlichen Personal für diese Aufgaben? Da wird unablässig, Jahr für Jahr, mit großem Kostenaufwand und sehr intensiv daran gearbeitet, das Unterführer- und Führerkorps in der Führung zu schulen. Glaubt man allen Ernstes, daß es im KatS mit den in aller Regel freiwillig diesen Dienst versehenen Helfern oder mit Behördenbedienste-

ten, denen diese behördenunüblichen Arbeiten übertragen wurden, einfacher und ohne Komplikationen vonstatten gehen würde?

Bei dieser Gelegenheit sei auf eines hingewiesen: Die KatS-Behörden sollten sich nicht auf die Unterstützung der Streitkräfte und des BGS allein verlassen und diese fest in Rechnung stellen. Wer alternativ empfiehlt, „Teile der Streitkräfte auch bei einer Katastrophe in Krisenzeiten oder im V-Fall einzusetzen“, verkennt gründlichst die Funktion der Streitkräfte. Die Streitkräfte, auch deren rückwärtige Teile, und auch der BGS stehen im Verteidigungsfall nicht zur Verfügung der Landesregierungen. Auch nicht als Rahmenpersonal für die Führungsebene des KatS.

Folglich muß der KatS beizeiten Sorge tragen, dieses Führungspersonal für alle Führungsebenen zu schaffen.

III. Grundsätzliche Erkenntnisse

In einer militärischen Vorschrift wird der Begriff „Führung“ folgendermaßen treffend definiert: „Führung ist ein richtungsweisendes und steuerndes Einwirken auf das Verhalten anderer Menschen, um eine Zielvorstellung zu verwirklichen.“

Wie sich überhaupt im militärischen Bereich erprobte Methodik und organisatorisches Erfahrungswissen in reichem Maße findet; beides Werte, die sich – abgewandelt – ohne weiteres auf den KatS anwenden ließen.

Aus den Erfahrungen im KatS haben sich folgende Erkenntnisse ergeben:

● Je größer eine Katastrophe ist und je länger sie andauert, um so weniger kann die Führung sich auf die Kunst der Improvisation und das Geschick von Einzelpersonen in der Führung verlassen. Dann kommt es um so mehr auf die gezielt **geplante** Vorbereitung an.

● Je länger eine Schadenslage anhält, um so schwerer wird es, den Informationsfluß zu erhalten und die Stabilität der Führung zu gewährleisten.

● Je größer eine Schadensstelle ist, um so mehr ist eine Arbeitsteilung und die Delegation der Verantwortung und eingehende Koordinierung erforderlich.

Auch die modernste Katastrophenschutzgesetzgebung wird davon ausgehen müssen, daß die gesetzlichen Regelungen flexibel bleiben müssen, allein wegen der Vielzahl der Katastrophenarten und ihrer Unberechenbarkeiten.

Weiterhin wird jede Katastrophenschutzgesetzgebung davon ausgehen müssen, daß wegen des Regelfalles der örtlich begrenzten Katastrophen die Prinzipien der ortsnahe, daher kommunalen Zuständigkeit und der Abstützung auf ortsansässige, freiwillige Helfer unverzichtbar sind.

Zur Lösung der im Rahmen der Katastrophenbewältigung anfallenden Aufgaben sind die Verwaltungen der kreisfreien Städte und Kreise, nicht zuletzt wegen ihrer ausgeprägten Eigenständigkeit, in besonderem Maße geeignet. Sie kennen überdies die örtlichen Verhältnisse am besten und stehen den Bürgern am nächsten.

Sie haben zahlreiche – von höheren Verwaltungsebenen oft unterschätzte – Möglichkeiten, sich selbst zu helfen,

zumal der Zwang zum Handeln und zum Improvisieren bei ihnen am größten ist.

Der Hauptverwaltungsbeamte der unteren Verwaltungsbehörde als der allein zuständige Katastrophen-Einsatzleiter (Leiter der KAL-Kreis) steht bei einem Einsatz vor einem Auftrag, der ihm im Grunde wesensfremd ist und der sich deutlich von den üblichen Verwaltungsarbeiten unterscheidet. Dann wird unter dem Druck des Geschehens das schnelle Ergreifen von Maßnahmen erforderlich – eine organisatorische Aufgabe erster Ordnung mit Koordinierungsaufträgen an andere.

IV. Vorstellungen über die KAL-Kreis

Die weitaus wichtigste Führungseinrichtung zur Katastrophenbekämpfung stellt ohne Zweifel die KAL-Kreis dar.

Hier laufen in der Anfangsphase alle Meldungen, Aufträge, Hilfeersuchen und -angebote auf, hier stehen die vielleicht zu Beginn einer Katastrophe entscheidend wichtigen Hilfsmittel wie

● die Arbeitsunterlagen (Alarmkalender u. a. m.)

● die notwendigen und funktionierenden Fernmeldemittel und

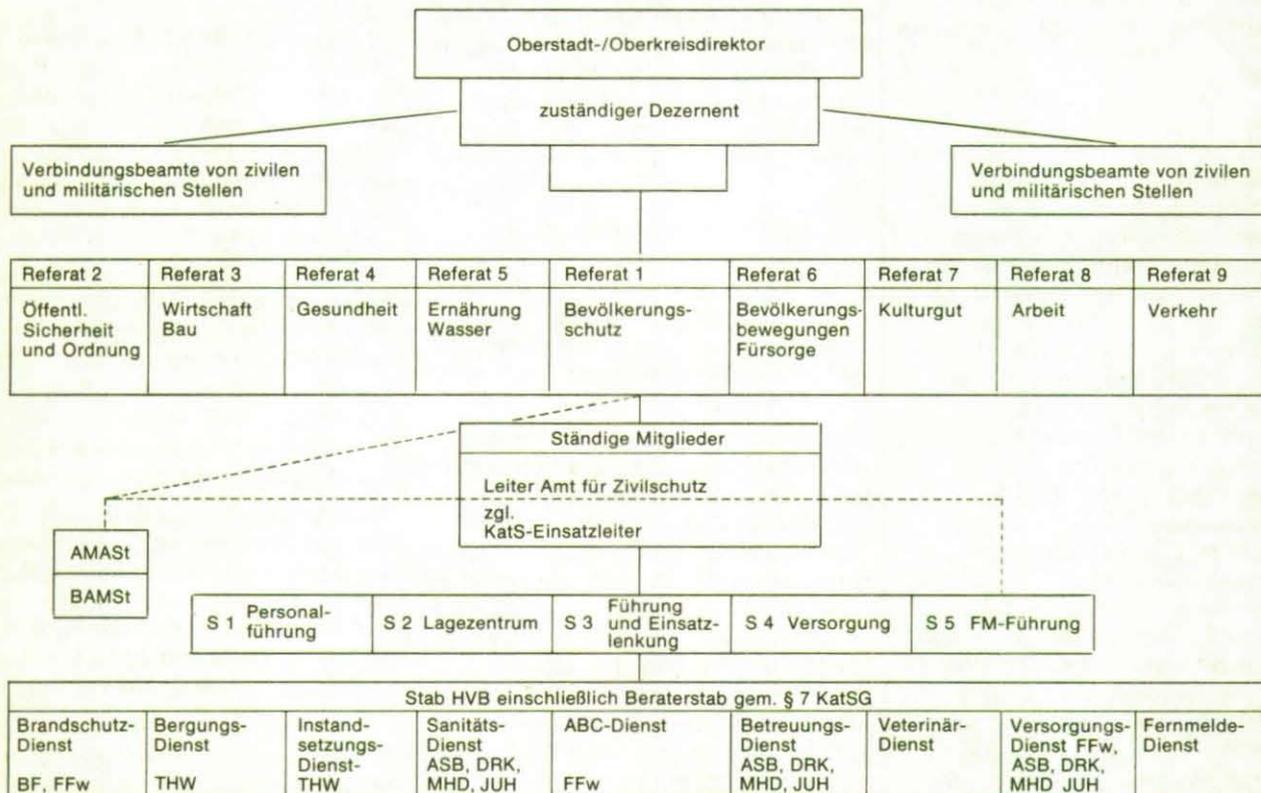
● das Hilfspersonal **einsatzbereit** zu Verfügung.

Um die Bedeutung der KAL-Kreis deutlich werden zu lassen, nachstehend der Katalog der Aufgaben einer KAL-Kreis:

- Lagebeurteilung
- Lagemeldung an übergeordnete Behörden und Stäbe sowie Unterrichtung der beteiligten Stellen
- Bestimmen des Einsatzleiters (Technische Einsatzleitung, TEL) am Schadensort
- Gesamtleitung und -einsatz sowie Koordinierung der Bekämpfungsmaßnahmen
- Anforderung und Heranführung überörtlicher Einheiten
- Erfassung und Ablösung der Einsatzkräfte
- Versorgung der Einsatzkräfte
- Bereitstellung von Reserven
- Fernmeldeführung
- Evakuierungsmaßnahmen
- Einrichtung einer Pressestelle
- interne Stabsarbeit.

Es liegt auf der Hand, daß der rechtzeitigen Einberufung der KAL-Kreis entscheidende Bedeutung zukommt. In jedem Falle wird es indessen weit-

Funktionsschema KAL-Kreis



gehend von der Qualität des Leiters des Amtes für Zivilschutz abhängen, ob und wie der HVB seine KAL führen kann, wie seine TEL arbeiten und insgesamt gesehen, wie er mit den überwiegend behördenunüblichen Problemen fertig wird. Mit den Fähigkeiten dieses Mannes steht und fällt die Arbeit der KAL und damit der Erfolg der Katastrophenbekämpfung.

Jede KAL muß geführt werden nach den Erkenntnissen der militärischen Führung, die sich die Wirtschaft schon längst zu eigen gemacht hat. Die Koordination der verschiedensten Kräfte kann bei der technischen und sonstigen Kompliziertheit nur in stabmäßiger Teamarbeit erstellt werden, um zu einer exakten Entscheidungsfindung zu kommen.

Diese Arbeit in einer KAL kann nur von einem **ständig** zur Verfügung stehenden und daher eingespielten Führungsteam (Stab) bewältigt werden, das fachlich befähigt ist, taktisch zu denken und Führungsentschlüsse vorzubereiten.

Die KAL – und nur diese – sollte in Anlehnung an die Stäbe der Bundeswehr gegliedert werden. Eine entsprechende Aufteilung nach Fachbereichen ist für das schnelle Funktionieren eines Stabes unerlässlich. Dazu muß sich der HVB ein Führungsinstrument in Gestalt eines Stabes mit Gliederungen von S 1– S 5 schaffen; das unter der Führung des „Chef des Stabes“ (nicht zu verwechseln mit dem militärischen Begriff) – das sind die Amtsleiter 38 (Leiter des Amtes für Zivilschutz) bei den kreisfreien Städten und Kreisen und die Hauptdezernenten 22 bei den Bezirksregierungen – dem Leiter der KAL zuarbeitet, diesen mit entscheidungsreifen Vorlagen versieht und die KatS-Kräfte führt.

Bei dieser Gliederung des Stabes von S 1–S 5 sollte es in jedem Falle bleiben, damit eine Gleichschaltung mit den Stabsgliederungen der Streitkräfte erreicht wird.

Dadurch erleichtert sich mit Sicherheit die Korrespondenz untereinander, und eine Konzentration der Zusammenarbeit wird die Folge sein.

Nachstehend eine kurze **Stellenbeschreibung**

a) Bezeichnung der Stelle:

Leiter des Amtes für Zivilschutz
(Chef des Stabes)

Aufgaben:

- führt die KatS-Kräfte im Auftrage des HVB
- berät den HVB in allen Fragen des KatS

- bereitet Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung vor
 - hält Verbindung zu den Referaten
- Vertretung:** S 3

b) Bezeichnung der Stelle:

Sachgebiet 1 (S 1)
(Personalführung)

Aufgaben:

- zuständig für die Erfassung der gesamten Einsatzkräfte
- nimmt Stärkemeldungen entgegen
- leistet personellen Beitrag zur Lage
- fordert auf Ersuchen von S 3 überörtliche Hilfe an
- zuständig für Ablösung
- stellt Melde- und Kurierdienst auf
- stellt Ordnungsdienst auf
- verantwortlich für Information an Presse, Rundfunk und Fernsehen

Vertretung: S 2

c) Bezeichnung der Stelle:

Sachgebiet 2 (S 2)
(Lagezentrum)

Aufgaben:

- zuständig für Entgegennahme aller Meldungen
- zuständig für Schadenslage (Feststellung)
- erstellt die Katastrophenlage
- erstellt in Zusammenarbeit mit S 3 den Lagebericht
- zuständig für Einsatztagebuch
- führt Aufsicht über Lagekarten
- verantwortlich für Dokumentation des Einsatzes

Vertretung: S 1

d) Bezeichnung der Stelle:

Sachgebiet 3 (S 3)
(Führung und Einsatzlenkung)

Aufgaben:

- vertritt den „Chef des Stabes“
- verantwortlich für die Gesamt-Einsatzlenkung
- bestimmt gemeinsam mit „Chef des Stabes“ die Leiter der TEL
- erstellt die eigene (Einsatz) Lage
- fordert in Verbindung mit S 2 Verstärkungskräfte und überörtliche Hilfe an
- verantwortlich für das Alarmwesen (K-AbwPI)
- verantwortlich für Meldeköpfe und Sammel- und Auffangräume
- verantwortlich für psychologische Führung

Vertreter: S 1 oder 2

e) Bezeichnung der Stelle:

Sachgebiet 4 (S 4)
(Versorgung)

Aufgaben:

- verantwortlich für Erstellung der Versorgungslage
- verantwortlich für Gesamtversorgung (Material, Verpflegung) der Einsatzkräfte und Hilfskräfte

- verantwortlich für Beschaffung von technischem Gerät (Nachschub)
- verantwortlich für Betriebsstoffversorgung
- verantwortlich für alle Instandsetzungsarbeiten (Inst. Tr)

f) Bezeichnung der Stelle:

Sachgebiet 5 (S 5)
(Fernmeldeführung)

Aufgaben

- verantwortlich für Koordinierung aller Fernmeldebereiche
- verantwortlich für Herstellung, Betrieb und Unterhaltung von Sprechfunk-, Telefon- und Fernschreibverbindungen
- nimmt die Überwachung des Funkverkehrs wahr
- nimmt an allen Lagebesprechungen teil.

Weiterhin müssen vorhanden sein: Melder, Lagekartenzeichner, Tagebuchführer, Schreibpersonal, Personal für Aufnahme und Weitergabe, Sichter.

Anmerkung: Bei der KAL-Bezirk heißt die Bezeichnung der Stelle unter a) Hauptdezernent 22 (Chef des Stabes).

IV. 1. Technische Einsatzleitung (TEL)

Es besteht sicherlich mit allen Stellen, die an einer Liquidierung der unbefriedigenden Führungsfragen im KatS interessiert sind, Übereinstimmung, daß die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise der Ebene des Btl im militärischen Bereich entspricht. Da der Zug die taktische Einheit des KatS darstellt, entsprechen 4 bis 5 Züge im KatS-Verband einer Kompanie im militärischen Bereich. Sicherlich sind im Lande NW die kreisfreien Städte und Kreise weitaus stärker mit KatS-Einheiten ausgestattet als in den anderen Bundesländern und überschreiten daher die Größenordnung eines Btl. Im militärischen Bereich hat das Btl als unterste Führungsebene einen Stab, der in S 1– S 5 gegliedert ist. Der Stab in der KAL-Kreis als der untersten Verwaltungsebene sollte nach der unter IV 1, a)–f) aufgezeigten Organisation aufgebaut und gegliedert sein.

Die Kompanie wird von einem Kompanie-Chef geführt, dem ein Kompanie-Trupp zur Verfügung steht.

Bei der Bedeutung, die die TEL im KatS bei einer Katastrophe besitzen, ist es unbedingt erforderlich, dem Leiter der TEL eine starke **Führungsgruppe** zur Seite zu stellen, selbstverständlich mit der bestmöglichen materiellen Ausrüstung.

Bei allen KatS-Einsätzen hat es sich einwandfrei gezeigt, daß die TEL keinen durchschlagenden Erfolg aufwei-

sen konnten, wenn den TEL kein voll ausgebildetes Team in Form der Führungsgruppe zur Verfügung stand. Wenn nun von seiten der Feuerwehr dafür plädiert wird, dieses Team in Form eines Stabes (auch mit S 1 – S 4 zuzl. Fachführer/Fachberater) darzustellen, so halte ich diese Vorstellung für völlig abwegig, weil die Führungsarbeit dann noch komplizierter würde.

Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der TEL bei einer Katastrophe und trete deshalb mit Nachdruck für eine Stärkung der Führungsgruppe ein. Mit großem Interesse habe ich gerade diese Problemstellung im Verlaufe von drei Tagen bei der Waldbrandbekämpfung im Raum Brüggen sehr eingehend beobachten können. Und gerade diese Beobachtungen lassen mich die Auffassung vertreten, daß es vollkommen genügt, dem Leiter der TEL eine Führungsgruppe zuzuordnen. Wobei allerdings von dieser vorausgesetzt werden muß, daß sie aus qualifizierten Führungskräften des KatS besteht.

Der von der KAL eingesetzte Leiter der TEL muß in seinem Bereich in eigener Verantwortung und Anlehnung an die im militärischen Bereich geübte „Auftragstaktik“ führen. Weder der HVB noch ein Mitglied des Stabes

dürfen das Recht haben, **unmittelbar** in die Leitung des takt./techn. Einsatzes, also in den Kompetenzbereich der TEL und der ihm unterstellten Einheiten einzugreifen.

Wenn ich den unter IV aufgeführten Aufgabenkatalog für eine KAL-Kreis betrachte, so erscheint es mir rätselhaft, wie diese m. E. nur vom qualifizierten Fachpersonal der KAL einer kreisfreien Stadt und eines Kreises zu erbringenden Arbeiten (und zwar an Ort und Stelle, wo sich die Arbeitsunterlagen u. a. m. befinden), von einem Stab einer TEL geleistet werden könnten.

Es ist für mich unvorstellbar, daß ein HVB sich in der KAL nur auf Aufgaben im politisch/administrativen Bereich beschränkt und die Führung des KatS aus der Hand gibt (KatS-Ord.-VwV).

Die K-Stabsrahmenübungen im Bereich des Bezirks haben eindeutig gezeigt und bewiesen, daß die HVB sich ihrer Verantwortung im Falle einer Katastrophe voll bewußt gewesen sind und keinerlei Neigung gezeigt haben, ihre Kompetenzen beschneiden zu lassen.

IV. 2. Überregionale TEL

Offensichtlich diskutieren gewisse Kreise nicht nur im Land NW, Füh-

rungsgruppen aufzustellen, die Funktionen in verschiedenen Führungsebenen bis zur TEL übernehmen können und so stark sind, daß sie im Schichtbetrieb mit eigenen Kräften arbeiten können.

Wenn dies tatsächlich geplant sein sollte, halte ich diese Vorstellungen für wenig sinnvoll.

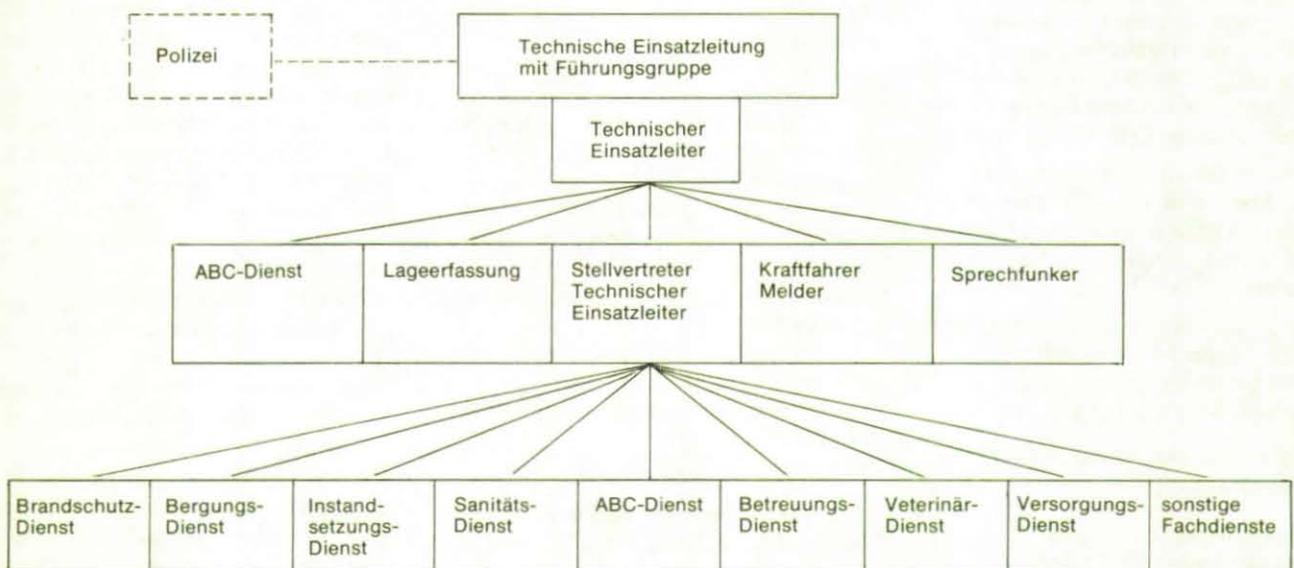
Im Regelfalle wird es sich bei Katastrophen um örtlich begrenzte Katastrophen handeln, wobei die kommunale Zuständigkeit gegeben ist. In diesen Fällen wird sich jeder HVB ohne Zweifel auf den ortsansässigen bzw. ortsnahen KatS abstützen.

Und es sei nicht verschwiegen: Nach den Erfahrungen im Bezirk Düsseldorf haben die Feuerwehrführer der Kreise, vor allem die Kreisbrandmeister und Stellvertreter, in Bezug auf Einsatzkenntnisse mit Einheiten der anderen Fachdienste des KatS in der Regel mehr Erfahrungen aufzuweisen als die Berufsfeuerwehren (Beispiel: Waldbrandbekämpfung im Raume Brüggen).

V. Schlußbetrachtung

Nachstehende **Feststellungen** sind als **Ergebnisse** der K-Stabsrahmenübungen, von KatS-Übungen und KatS-Einsätzen zu treffen:

Funktionsschema TEL



Anmerkung: Je nach Schadenslage treten die jeweiligen Bereitschafts- bzw. Zugführer der einzelnen Einheiten zur „Technischen Einsatzleitung“.

● Der im Katastrophenfall Verantwortliche muß sich einer **Führungs- methode** bedienen, die ihm im Grunde fremd ist – falls er in früherer Zeit nicht damit befaßt war –, weil er sie bei seiner täglichen Verwaltungsaufgabe nicht benötigt.

● Behördengliederungen und -kompetenzen eignen sich nicht für eine Stabsarbeit im KatS. KatS-Behörden unterliegen eigenen und besonderen **Gesetzmäßigkeiten**.

Fachdezernaten können daher nur Hilfsfunktionen zugewiesen werden, die allerdings durchaus entscheidend für eine Katastrophenbekämpfung sein können.

● Wegen der vorwiegend behördenunüblichen Arbeiten in einer KAL muß von der Einhaltung der üblichen **Geschäftsordnung** abgesehen werden.

● Keineswegs kann davon ausgegangen werden, daß es für die **Leiter der TEL** allein genügt – falls sie Feuerwehrführer sind – über umfangreiches Feuerwehrführungswissen und viele Erfahrungen aus Feuerwehreinsätzen zu verfügen, um den Aufgaben des Leiters der TEL voll und ganz gerecht werden zu können. Hauptbedingung für Leiter der TEL muß es sein, über fundierte Kenntnisse über die Organisation des KatS, über Gliederung, Stärke, Ausstattung, Leistungsfähigkeit und -möglichkeit **aller** Fachdienste des KatS zu verfügen.

● In den Fällen, da Übungen **gemischter Verbände** durchgeführt wurden, hat es sich erwiesen, wie ungeübt die TEL in der Führung von Einheiten verschiedener Fachdienste sind und welch großer Anstrengungen es bedarf, die TEL instandzusetzen, Einheiten verschiedener Fachdienste erfolgreich einzusetzen und zu führen.

● Jeder noch so aufopfernde Einsatz von KatS-Kräften geht ins Leere, wenn die KAL zu einer falschen **Beurteilung der Lage** kommt, wenn sie ihre eigentliche Aufgabe, nämlich den Einsatz der Vielzahl der Kräfte zu koordinieren, nicht nachkommt oder diese vernachlässigt, wenn sie schließlich noch Kompetenzstreitigkeiten aufkommen läßt und sich in diesen verliert.

● KatS-Einsätze und Übungen haben einwandfrei gezeigt, daß die Helfer in aller Regel ihr Handwerk beherrschen und selbst beim Improvisieren gedanklich und praktisch richtig handeln.

Es fehlt und mangelt einzig und allein an **gut ausgebildeten Führern**, die imstande sind, in einer Lage zu den-

ken und entsprechend folgerichtig zu handeln.

● Übungen von der **Größenordnung** wie zuletzt im Bereich des RP Arnberg durchgeführt, haben (so notwendig sie für die Öffentlichkeitsarbeit sind) nur dann einen vertretbaren und verwertbaren Sinn, wenn die taktische Schulung der KatS-Führer aller Fachdienste gleichgezogen hat mit dem augenblicklichen Ausbildungsstand der Helferschaft.

● Die Stäbe **der KAL** (Ort, Kreis und Bezirk) müssen – damit eine einheitliche Sprache zustande kommt – baldigst den Gliederungen bei der Bundeswehr und beim BGS angepaßt werden.

● Völlig undiskutabel ist die Einrichtung von Stäben bei den TEL. Stattdessen muß der Gliederung und materiellen Ausstattung der **Führungsgruppe bei der TEL** besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

● Hauptaufgabe für den KatS als unbestreitbarer Schwerpunkt muß die **Aus- und Fortbildung aller Führungskräfte des KatS** sein.

An diesen vorgenannten Symptomen ist ablesbar, daß vieles ins rechte Lot zu bringen ist, wobei nur eines sicher nicht geht, nämlich die Fortsetzung dessen, was im KatS auf dem Gebiete der Führung bisher getan worden ist.

Die Helfer spüren sehr wohl, daß es so wie bisher nicht weitergeht; wenn wir ihnen nicht sagen, wie es trotzdem weitergeht, wird die Unsicherheit sie lustlos machen.

Vor allem besteht aller Grund angesichts der aktuellen Entwicklung, diejenigen, die verstärkt Positionsveränderungen im KatS betreiben, in ihre Schranken zu verweisen.

VI. Folgerungen

Wenn die Katastrophenschutzbehörden ihre vom Gesetzgeber zugedachte Rolle übernehmen und noch besser und reibungsloser ausfüllen wollen, sollten nachstehende **Folgerungen** ernsthaft zur Debatte stehen:

1. Seminare für Leiter von Katastrophenschutzbehörden (Amtsleiter 38) und deren leitende Mitarbeiter
Anstelle der bislang üblichen Lehrgänge für Angehörige der Stäbe sind **Seminare** einzurichten. Hierfür sollten auch Staboffiziere der Bundeswehr als Lehrpersonal herangezogen werden.

Dauer der Seminarveranstaltungen: 14 Tage.

Die Veranstaltung sollte mit einem Abschlußtest enden. Jeder Teilnehmer erhält ein **Zertifikat**.

2. Sonderlehrgänge für Technische Einsatzleiter (in Seminarform)

Die künftig vermehrt benötigten Technischen Einsatzleiter, die vorwiegend aus den Feuerwehren (freiw. und berufm.) kommen, aber auch Führungskräfte aus den anderen Organisationen (THW, ASB, DRK, JUH und MHD haben ein nicht geringes Potential von hervorragend für die Funktion eines Leiters TEL geeigneten Führungskräften) müssen einer eingehenden Schulung unterzogen werden.

Der Auswahl des Lehrpersonals für diese Lehrgänge ist besondere Beachtung zu widmen. Zielsetzung muß sein: Jede kreisfreie Stadt und jeder Kreis muß über wenigstens 4–6 fertig ausgebildete Technische Einsatzleiter verfügen.

Dauer der Lehrgänge: 8–10 Tage. Der Lehrgang sollte mit einem Abschlußtest enden. Jeder Teilnehmer erhält ein **Zertifikat**.

3. Lehrgänge für die Führungsgruppen

Eingedenk der Tatsache, daß ein Technischer Einsatzleiter ohne eine voll funktionierende Führungsgruppe wirkungslos bleibt und u. U. auf verlorenerem Posten steht, muß diesem Personenkreis, der ohnehin eine Auslese des Katastrophenschutzes darstellt, eine bis ins einzelne gehende Schulung zuteil werden.

4. Lehrgänge für das Stabspersonal

Bei diesen an der KSL-NW bereits laufenden Lehrgängen muß das Schwergewicht auf die Erlernung der **Handhabung** des Lage- und Berichtswesens gelegt werden. Nur die Erlernung dieser für die Stabsarbeit bedeutsamen **praktischen Arbeit** (Lagekartenzeichner, Tagebuchführer u. a. m.) muß bei diesen Lehrgängen im Vordergrund stehen.

5. Lehrgänge für den Schiedsrichterdienst

Wer Schiedsrichterdienste versehen will, muß über umfassende Kenntnisse der Fachdienste verfügen und taktisch denken können. Es gilt, auch auf diesem Sektor Kräfte auf dem KatS (bewährte und erfahrene Führer aller Organisationen), aber auch aus den Verwaltungen heranzubilden, die zu dieser wichtigen Arbeit befähigt sind.

Willi Rittgen

Physik im Funkverkehr

Schwingungsgrundlagen und Ausbreitung elektromagnetischer Wellen

Einführung

Zum besseren Einstieg in die hier beschriebene Materie und zum leichteren Verständnis ist es notwendig, zunächst auf einen Grundbegriff aus der Physik, nämlich die Akustik, einzugehen.

Die Akustik als Lehre vom Schall befaßt sich mit Schallerscheinungen, bei denen eine Schallquelle an ein umgebendes oder sie berührendes Medium, z. B. Luft, feste oder flüssige Körper, Schwingungen abgibt, die als Ton, Klang, Geräusch oder Knall durch das Ohr wahrgenommen werden. Die Fortpflanzungsgeschwindigkeit des Schalls beträgt in der Luft bei 15° Celsius 340 m/sec.

In der Funktechnik beruht die Übertragung auf sich drahtlos ausbreitenden elektromagnetischen Wellen. Ein Schwingungsvorgang, graphisch dargestellt, ist vergleichbar mit dem einmaligen Hin- und Hergang eines Pendels, d. h. von einer Seite durch den Mittelpunkt hindurch zur anderen Seite und zurück zum Ausgangspunkt. Die Strecke die von einer einzelnen Schwingung – wobei sich ein Wellenberg und ein Wellental bilden – überbrückt wird, nennt man Wellenlänge. Sie wird mit dem griechischen Buchstaben λ = Lambda gekennzeichnet. Die Höhe des Wellenberges nennt man Amplitude oder Schwingweite. Sie ist zugleich Ausdruck der Stärke, bzw. der Intensität der Schwingung. Die Anzahl der Schwingungen in einer Sekunde (t = Zeit) wird als Frequenz angesprochen und in „Hertz“, abgekürzt „Hz“, gemessen. Für größere oder häufigere Schwingungszahlen in der gleichen Zeiteinheit verwendet man die Bezeichnungen:

1 Kilohertz kHz = 1000 Hz

1 Megahertz MHz = 1 000 000 Hz

1 Gigahertz Ghz = 1 000 000 000 Hz.

Niederfrequente Schwingungen – NF

Alle Schwingungen im Bereich von 16–20 000 Hz, die der Mensch mit seinen Ohren wahrnehmen kann, sind niederfrequente Schwingungen – „NF“. Die untere Hörgrenze liegt bei

16 Hz, die obere Hörgrenze bei 20 000 Hz. Das Gehörpektrum ist bei jedem Menschen verschieden und wird nicht zuletzt durch das Alter des Menschen bestimmt.

Schwingungen unterhalb 16 Hz gelten als Infraschallschwingungen; sie werden nur als Erschütterungen oder Druckwellen verspürt.

Hochfrequenz – HF

Frequenzen oberhalb 20 000 Hz rechnet man zu den Ultraschallschwingungen, die als hochfrequente Schwingungen – „HF“ nicht mehr vom menschlichen Ohr wahrgenommen werden können.

Die im Sender eines Funkgerätes erzeugten und an die Antenne zur Ausstrahlung abgegebenen Wellen sind keine Tonwellen. Ähnlich wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wird, Wasserwellen oder wie ein Glockenschlag Luftwellen erzeugt, so erzeugt die schwingende elektrische Energie elektrische Wellen.

Die elektrischen Wellen, richtiger als elektromagnetische Wellen benannt, sind dem Licht wesensgleich (Maxwell) und breiten sich wie Lichtstrahlen gradlinig aus. Es gelten für sie die optischen Gesetze (Reflexionsgesetz). Gleich den Lichtwellen sind sie der Reflexion, Beugung, Brechung und Absorption unterworfen.

Ab 30 000 Hz lösen sich die Schwingungen leichter zur Freiraumstrahlung von der Antenne und dienen als Trä-

gerschwingungen (Träger) letztendlich nur dem Transport von NF-Schwingungen zu Tönen, Bildern und Zeichen.

Die Grundschwingungen werden durch Schwingungsgeneratoren, heute vorwiegend durch Transistoren und Schwingkreise oder Quarze in entsprechenden Schaltungen erreicht. Hohe Ausgangsfrequenzen kommen durch Frequenzvervielfachung zustande.

Die Ausbreitungsgeschwindigkeit beträgt 300 000 km/s. Zwischen der Frequenz „f“ und der Wellenlänge „ λ “ besteht die mathematische Beziehung: $c = f \cdot \lambda$

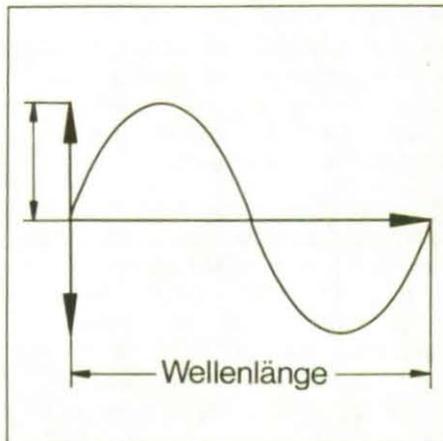
In dieser Formel wird für die Ausbreitungsgeschwindigkeit „c“ der Wert 300 000 eingesetzt, wenn „f“ in kHz und „ λ “ in Metern ausgedrückt werden. Durch einfache Umstellung der Grundformel läßt sich entweder die

$$\text{Wellenlänge: } \lambda = \frac{c}{f} = \frac{300\,000}{f} = \text{m}$$

oder die
Frequenz: $f = \frac{c}{\lambda} = \frac{300\,000}{\lambda} = \text{kHz}$

berechnen.

Da alle elektromagnetischen Wellen die gleiche Geschwindigkeit haben, gehen bei kürzeren Wellenlängen entsprechend mehr Frequenzen auf die gleiche Strecke als bei längeren Wellen. Daraus leitet man ab, je größer die Frequenz, desto kleiner ist die Wellenlänge und umgekehrt.



über 20 000 Hz	Ultraschall (unhörbar)	
zwischen 20 000 Hz und 16 Hz	Schall (hörbar)	
unter 16 Hz	Infraschall (unhörbar)	

Aufnahmebereich des menschlichen Ohres.

Ausbreitungseigenschaften

Zur Beschreibung der Ausbreitungseigenschaften der elektromagnetischen Wellen ist es üblich, sie nach Wellen- oder Frequenzbereichen zu ordnen. Obwohl sich die Wellen rund um die Antenne – soweit keine besondere Richtwirkung durch Spezialantennen erzielt werden soll – wie Lichtstrahlen durch den Raum ausbreiten und durch Luftströmungen unbeeinflusst bleiben, ist die Erdhülle, die durch Sonneneinstrahlung unterschiedliche Leit- und Reflexionsfähigkeit erlangt, von wissenschaftlicher Bedeutung.

Aufbau der Atmosphäre

Weitverkehrsverbindungen von 3–30 MHz (Kurz- und Grenzwellen) kommen durchweg durch die Reflexionseigenschaften der die Erde umgebenden ionisierten Luftschichten zustande. Wie ein Spiegel das einfallende Licht reflektiert, so werden die auftreffenden elektromagnetischen Wellen zur Erde zurückgespiegelt.

Die folgenden Schichten, nach dem Entdecker „Heaviside“ benannt, beeinflussen die Ausbreitung.

1. D-Schicht

Sie ist für Tagesverbindungen geeignet und tritt in Höhen von 60–80 km auf.

2. E-Schicht

Diese Schicht ist ausschlaggebend für Kurzwellenverbindungen während des Tages in Entfernungen unter 2000 km. Ihre Durchlässigkeit, bzw. Leitfähigkeit ist abhängig von der Sonneneinstrahlung. Die Höhe der Schicht liegt zwischen 125 bis 150 km.

3. F 1-Schicht

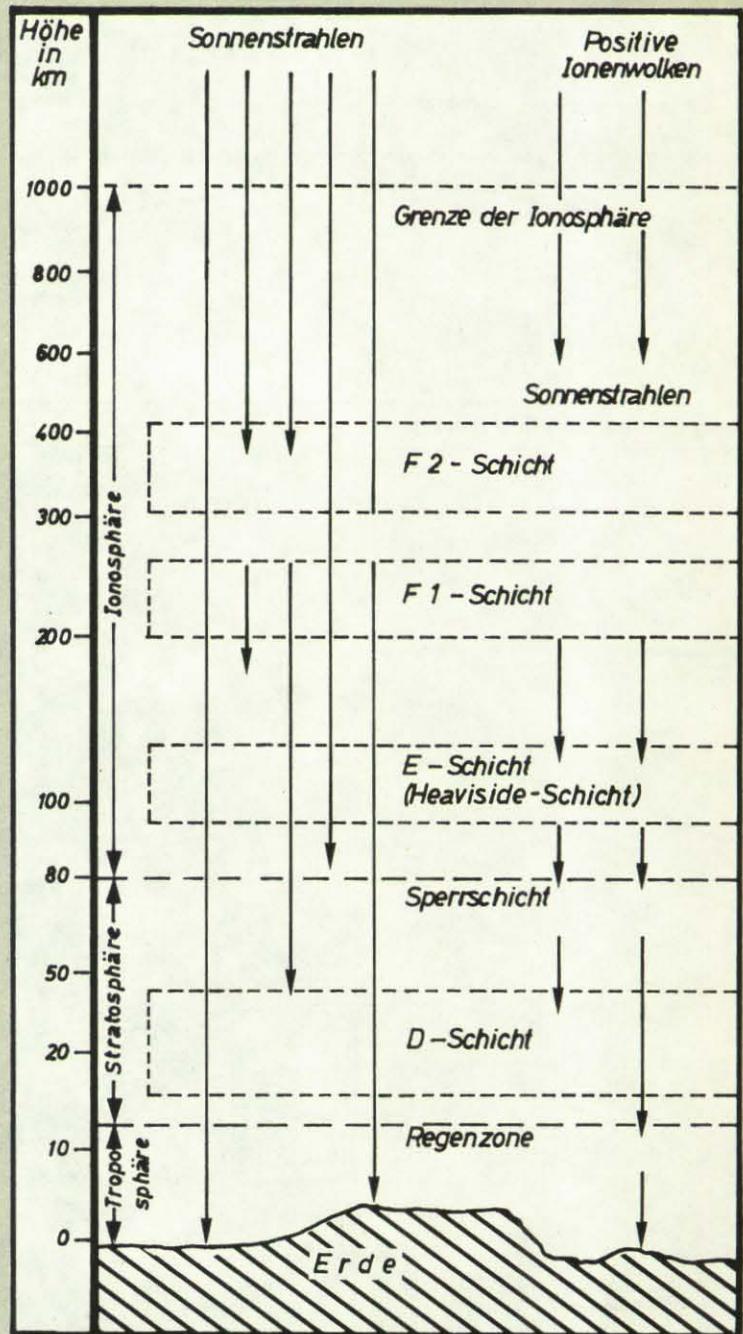
Sie wird in einer Höhe von 180–200 km nur während des Tages festgestellt und verursacht z. T. starke Dämpfungsverluste im Kurzwellenbereich.

4. F 2-Schicht

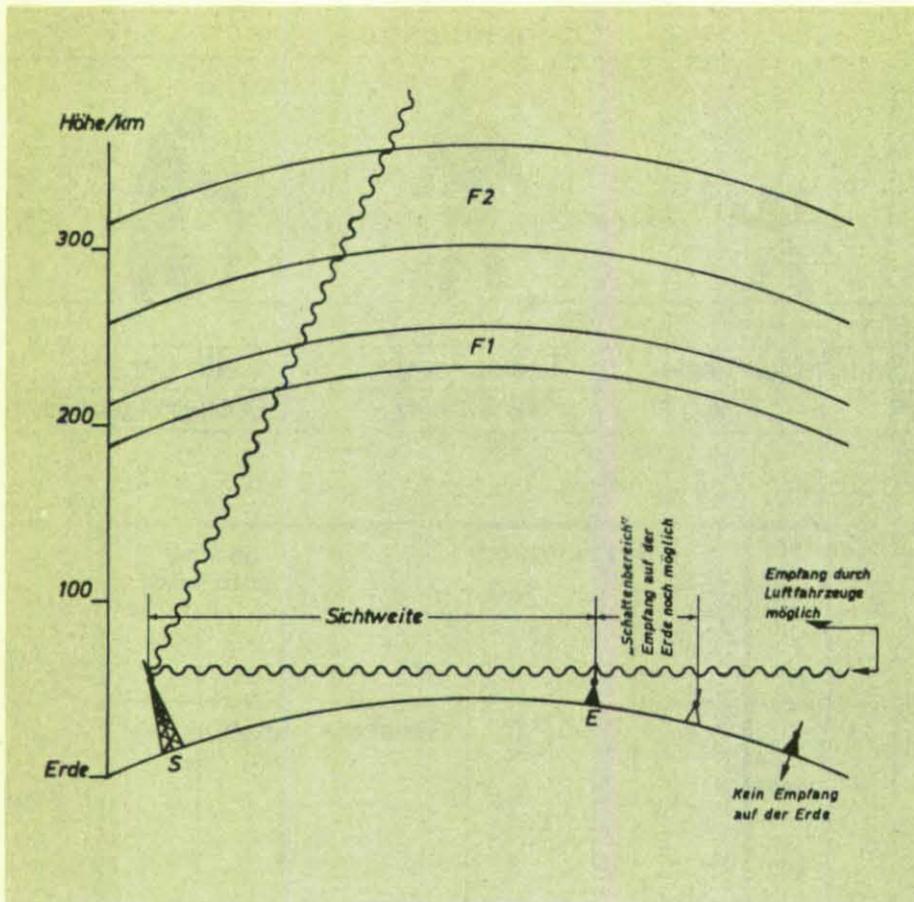
Für Kurzwellen-Weitverkehrsverbindungen in Nachtzeiten – ohne F-1-Schicht und schwacher E-Schicht – werden durch sie die größten Reichweiten und besten Feldstärken erzielt. Sie befindet sich in einer Höhe von 350–450 km.

Da es sich bei all diesen Schichten um veränderliche Ionisationsschichten, in Abhängigkeit von der Sonneneinstrahlung, der Jahreszeit, des Sonnenstandes, der Sonnenintensität usw. handelt, ist die Ausbreitung der elektromagnetischen Wellen tageszeitlichen Veränderungen unterworfen. Weitere Ionisationsschichten, die man in Höhen von 750 km durch den Satellitenfunk entdeckte, sind in ihrer Auswirkung für den Weitverkehr noch nicht ausreichend genau definiert.

Obere Hörgrenze		
		
Töne hörbar bis:		
Säuglinge/Kinder:	Erwachsene:	alte Leute:
19 000 – 17 000 Hz	16 000 Hz	12 000 Hz u. weniger



Schematische Darstellung des Aufbaus der Atmosphäre.



Ausbreitung der Meterwellen (UKW).

Myriameter- und Kilometerwellen (10–300 kHz)

Die Fortpflanzung dieser Wellen erfolgt vorwiegend als **Bodenwelle** entlang der Erdoberfläche. Sie dringt in die Erde ein und folgt der Erkrümmung. Die entstehenden Verluste richten sich nach der Leitfähigkeit der Erdschichten. Auftretende Energieverluste werden als Dämpfungsverluste gewertet. Je länger die Wellenlänge, d. h. je niedriger die Frequenz ist, um so mehr paßt sie sich der Erdoberfläche an. Die Reichweite ist insbesondere abhängig von der

- Bodenleitfähigkeit
- Bodenbebauung
- Bodengestaltung und
- Bodenbeschaffenheit.

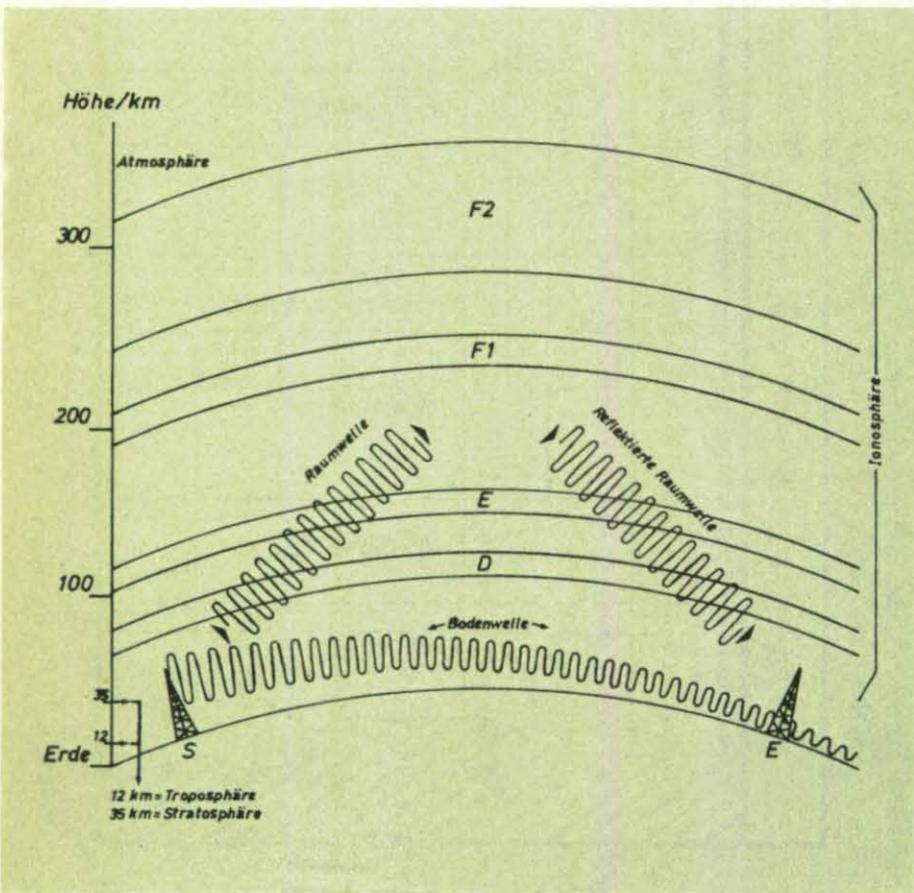
Alle festen Körper wie Eisenkonstruktionen, Gebäude, Betonbauten, Hochhäuser, Berge, Wälder, Hochspannungsleitungen usw. schwächen die Strahlungsenergie und verringern die Feldstärke.

Hektometerwellen (300–3000 kHz)

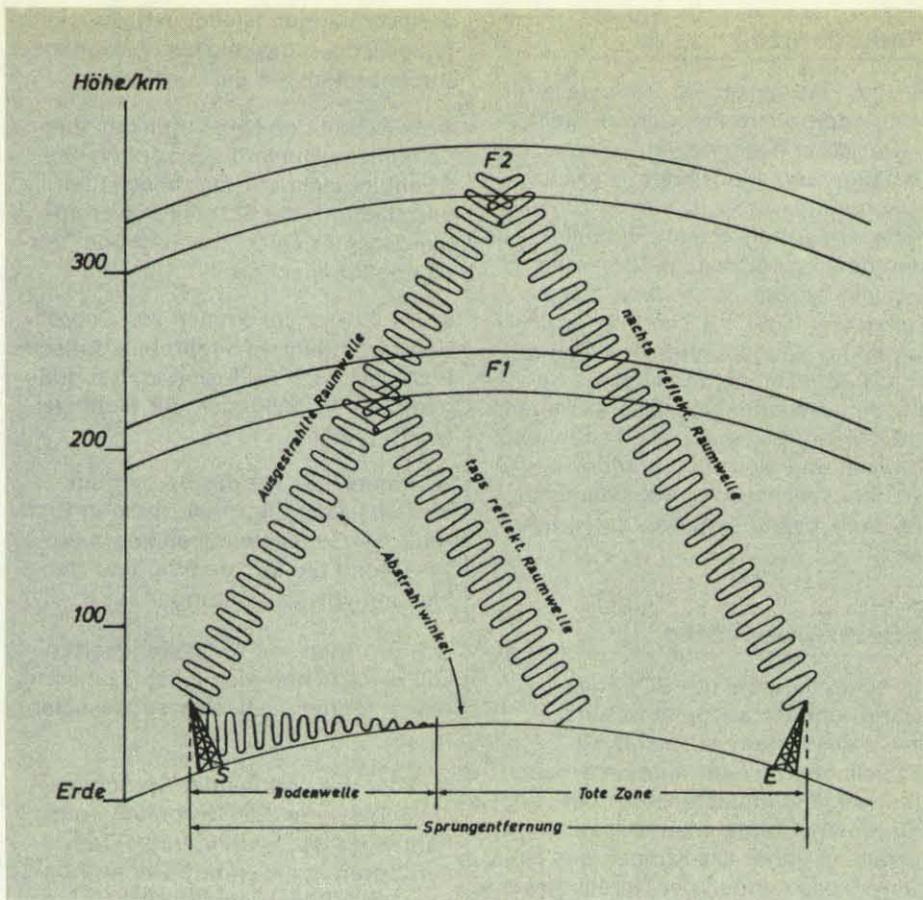
Im Bereich der Hektometerwellen breitet sich die elektromagnetische Welle zum Teil als **Bodenwelle** entlang der Erdoberfläche als auch durch den freien Raum aus. Der Anteil der „Frei-Raum-Strahlung“ wird „**Raumwelle**“ genannt. Je nach der Frequenz wird sie

- von den die Erde umgebenden leitenden Schichten geschwächt
- in bestimmten Winkeln zur Erde reflektiert
- innerhalb der ionisierten Schichten weitergeleitet
- oder ohne Reflexion durchgelassen.

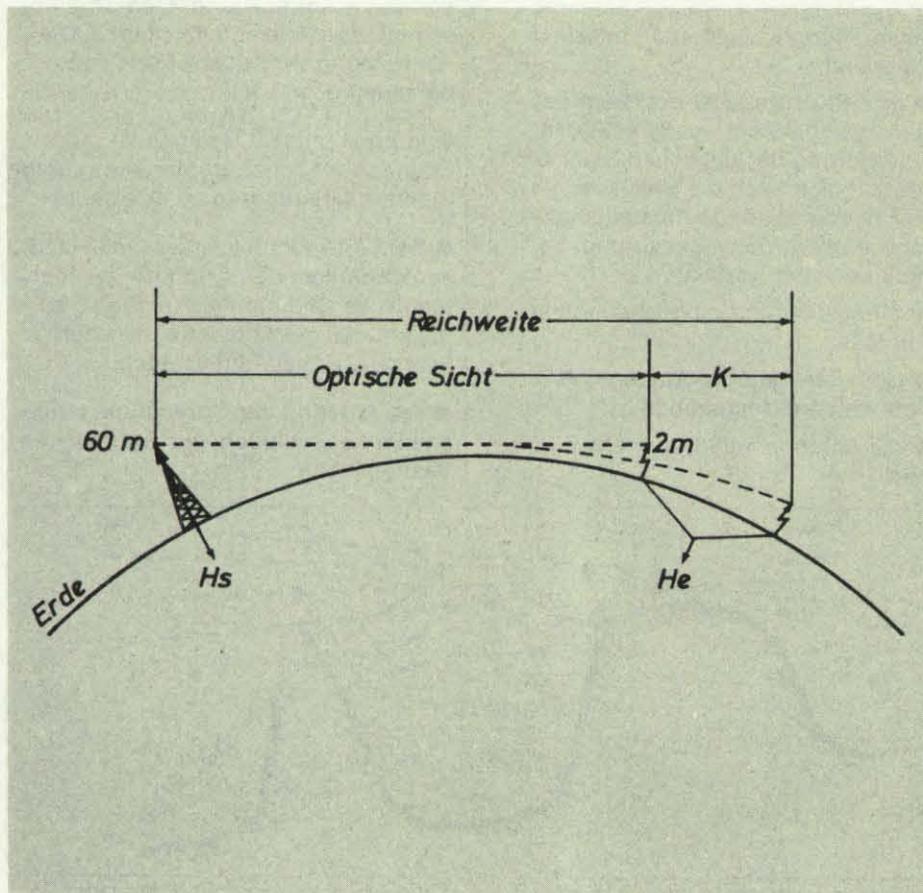
Da zwischen der Boden- und der Raumwelle durch unterschiedliche Laufzeiten Verschiebungen in der Auftreffzeit und der Phasengleichheit im Empfangsgebiet auftreten, können sich beide Wellen überlagern bzw. stark dämpfen. Die Ergebnisse sind inconstante Feldstärken, die sich als schwankende Lautstärken im Empfänger bemerkbar machen. Den Schwund des Empfangs nennt man „Fading“. In Weitverkehrsgebieten ist der Empfang nur noch durch die Raumwelle möglich, da die Bodenwelle nahezu völlig absorbiert wird.



Aufbau der Ionosphäre. Begriffe „Raumwelle“ und „Bodenwelle“.



Ausbreitung der Dekameterwellen (KW).



Reichweite der Meterwellen.

Dekameterwellen (3–30 MHz)

Aufgrund der großen Reflexion der die Erde umgebenden Ionosphäre pflanzen sich Dekameterwellen nur als Raumwelle fort. Diese Reflexionseigenschaften nutzt man zur Überbrückung großer Entfernungen bei verhältnismäßig geringer Senderenergie.

Wellen im Meterwellenband (30–300 MHz)

Für Wellen im Meterwellenband wird der Anteil der reflektierten Raumwelle durch die Durchlässigkeit der Ionosphäre für hohe und Höchstfrequenzen kleiner, so daß sie zur Überbrückung größerer Entfernungen nicht zu nutzen ist. Weitverbindungen lassen sich nur durch den Einsatz leistungsstarker Sender unter Ausnutzung des „Scattering-Effekts“ herbeiführen. Hierbei handelt es sich um Streustrahlungen, die zur Erde reflektiert werden.

Bei den Funkgeräten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), die vorwiegend mit ihren Sprechfunkgeräten im 4- oder 2-Meterwellenbereich arbeiten, kommen die Verbindungen auf nahe und mittlere Entfernungen überwiegend durch direkte Strahlung oder durch die Reflexion der im oder aus dem Strahlungsfeld herausragenden Hindernisse zustande.

Dezimeter- und Zentimeterwellen (300–30 000 MHz)

Die Reichweite der Dezimeter- und Zentimeterwellen, die sich wie das Licht ausbreiten, ist theoretisch auf die optische Sicht zwischen der Antenne des Senders und der des Empfängers beschränkt.

Für sie gelten die schon erwähnten optischen Gesetze. Man kann sie bündeln, richten, ablenken und ableiten. Sie unterliegen im besonderen Maße der Absorption. Geringe Nutzfeldstärken werden in diesen Wellenbereichen durch Hindernisse im Strahlungsfeld wie Berge, Bauten, Eisenkonstruktionen, Fahrzeuge, Menschenansammlungen, Regen, Schnee, Nebel usw. erzielt.

Reichweiten

Unter Reichweite versteht man die zu überbrückende Entfernung zwischen zwei Funkgeräten, bei der noch eine gute Verständigung möglich ist. Reichweiten sind inkonstant und abhängig von:

● der Senderleistung, Milliwatt, Watt, Kilowatt

● der Empfängerempfindlichkeit, Mikro-Volt

● der Wellenlänge, Frequenz

● dem Aufstellungsort der Antennen; Höhe der Antennen über der Umgebung

● der Bodenbeschaffenheit, Leitfähigkeit von Wasser, Sand, Fels usw.

● den Bodenformen; Gebirge, Täler, Ebenen

● der Bodenbedeckung; Wald, Heide, Feld

● der Bodenbebauung, Stahlbetonbauten, Eisenkonstruktionen

● der Jahreszeit, Tag, Nacht, Wärme, Kälte, Wetter

● der Dämpfung.

Die weiteren Einflüsse auf die Wellenausbreitung und damit der Reichweiten wie: Sonnenfinsternis, Sonnenflecken und -eruption, Meteore, Mond und kosmische Staubmassen, Schwankungen des Erdmagnetfeldes, werden der Vollständigkeit halber nur erwähnt.

Die **theoretische Reichweite „R“** läßt sich – wobei die Höhe der Sendeanenne „Hs“ und Höhe der Empfangsanenne „He“ in Metern über der Umgebung angegeben werden – nach nachstehender Formel errechnen:

$$4,12 \cdot (\sqrt{Hs/m}) + (\sqrt{He/m})$$

Diese Formel basiert auf der Grundlage, daß normale Ausbreitungsverhältnisse vorliegen, der mittlere Erdradius mit 6360 km – erweitert um den Faktor K (Empfang in der Erdkrümmung) – angenommen wird.

Überreichweiten

Durch die Mehrfachverteilung der verfügbaren Frequenzen und die Aufstellung von Relaisfunkstellen auf funkgeographisch günstigen Standorten kommt es besonders bei Hochdruckwetterlagen zu Überreichweiten, die zu Störungen des Funkbetriebes führen. Diese Überreichweiten entstehen durch Reflexion abgestrahlter elektromagnetischer Wellen im Turbulenzbereich (Troposphäre). Dies sind atmosphärische, durch Sonneneinwirkung ionisierte Luftschichten in Erdnähe, der Tropo- und Stratosphäre.

Funkschatten

Für die Frequenzen im Meterwellenbereich und höhere Frequenzen stellen – wie schon beschrieben – Berge, Gebäude usw. ein Hindernis in der Ausbreitung dar, wodurch es zur Bildung von Zonen kommt, in denen kein oder nur schwacher Empfang möglich ist. Die Versorgung dieser Schattengebiete mit Senderenergie erfolgt im Nahbereich überwiegend durch Reflexionen an Flächen, die aus dem Schattengebiet herausragen. Auf größere Entfernungen kann völlige Abschattung eintreten. Standortwechsel oder Wechsel des Aufstellungsortes der Antenne verbessern den Empfang.

Einsatzgrundsätze

Sprechfunkgeräte der BOS, des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes einschließlich Krankentransport arbeiten überwiegend im Meterwellenbereich. Für einen erfolgreichen Einsatz der Geräte ist daher das Können des einzelnen, das Kennen der Geräte sowie das Wissen um die besonderen Eigenarten der Ausbreitung von Funkwellen von Bedeutung:

● Die Meterwellen folgen bei ihrer Ausbreitung weitgehend optischen Gesetzen.

● Ihre Reichweite ist praktisch auf die optische Sicht beschränkt. Mit Erweiterung der optischen Sicht vergrößert sich auch die Reichweite. Der richtig gewählte Aufstellungsort ist von allergrößter Bedeutung. Es muß beachtet werden:

● Aufstellung auf möglichst hohen Punkten.

● Höherstellung der Antenne als die unmittelbare Umgebung.

● die Antenne muß frei strahlen können.

● Hochspannungsleitungen, Brücken, hohe Häuser, geschlossene Räume, Bodensenkungen usw. meiden.

● Zwischen den Sprechfunkanlagen befindliche Hindernisse können das Strahlungsfeld so stark abschatten und dadurch die Sprechfunkverbindungen sehr verschlechtern oder gar unmöglich machen.

● Das Zustandekommen von Sprechfunkverbindungen auch ohne optische Sicht ist durch Reflexionen, Beugungen oder Ablenkungen der Meterwellen zu erklären.

● Unmittelbar vor der Sprechfunkstelle bestehende Hindernisse in Richtung der Gegenstelle behindern entscheidend die Ausbreitung und Herstellung von Verbindungen.

● Bei verdeckten Aufstellungsorten soll die Antenne möglichst frei herausragen können; evtl. abgesetzte Antenne.

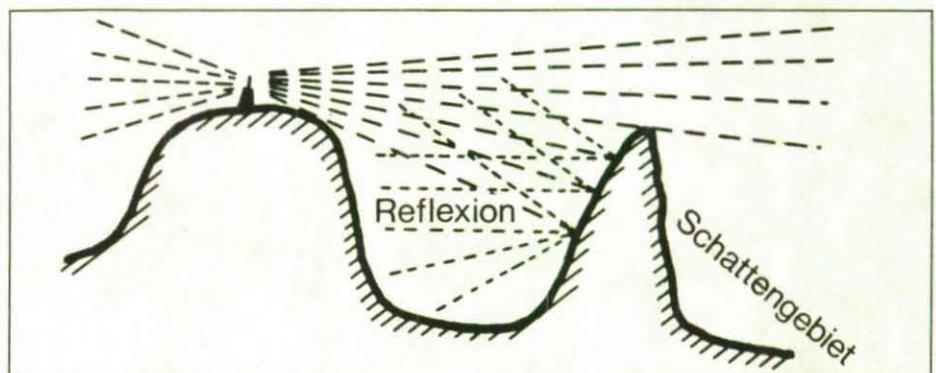
● Dicht vor und bei der Sprechfunkstelle haltende oder vorbeifahrende Fahrzeuge schwächen und stören den Sprechfunkverkehr. Daher möglichst dichtbefahrene Straßen, Kraftfahrzeughalteplätze usw. meiden.

● Beim Einsatz tragbarer Sprechfunkgeräte kleiner Leistung, Menschenansammlungen gleichfalls meiden. Die Abstrahlung wird durch Personen behindert.

● In ungünstigem Gelände ist guter Empfang oft schon durch geringfügige Standortveränderung zu erreichen.

● Beim Sprechfunkverkehr mit Hand-sprechfunkgeräten während des mot. Marsches sind die Funkgeräte so zu halten, daß die Antennen über den Fahrzeugaufbau hinausragen.

● Die Antenne des Sprechfunkgerätes soll immer senkrecht zur Erdoberfläche stehen.



Schematische Darstellung von Wellenausbreitung, Reflexion und Schattengebiet.

Zivilschutz blüht erst im Verborgenen

In einem zukünftigen Kriege würden Kämpfende und Nicht-Kämpfende gleichermaßen in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß in der Bundesrepublik im Jahre 1965 eine Reihe von Notstandsgesetzen, die Vorsorge-Maßnahmen umfassen, verabschiedet wurden. Durch sie wird der Rahmen für mögliche Schutzmaßnahmen abgesteckt; aber ist dieser Rahmen bisher ausgefüllt worden? Auf diese Frage gab Franz Beiter, Leiter der BVS-Landesstellen Hamburg und Schleswig-Holstein, aus fachlicher Sicht in einem Pressegespräch eine realistische Antwort. „Im Zivilschutz liegen wir gegenüber der Sowjetunion und anderen Ländern weit zurück“, stellte er fest. Dies beruhe in erster Linie auf psychologischen Gründen. Heute, während einer relativ – vor allem auch wirtschaftlich – sicheren Zeit, denke kaum jemand an einen Krieg. Für Politiker sei es sehr schwer, heute mit der Bevölkerung über die Vorbereitung auf einen Ernstfall zu sprechen und sich öffentlich für den Zivilschutz einzusetzen. Ein Engagement der Politiker, aber auch der Verwaltung sei deshalb nicht gegeben. Die Minderbewertung der zivilen Verteidigung habe zur Folge, daß die dafür ausgewiesenen Mittel von Jahr zu Jahr geringer würden. 1976 betragen sie nur noch 0,33 Prozent des Gesamtetats bzw. 2 Prozent des Verteidigungshaushaltes. Es werde immer noch übersehen, daß der Wert der Gesamtverteidigung auf der Ausgewogenheit zwischen ziviler und militärischer Verteidigung beruhe. Selbstschutz ist bei uns eine freiwillige Sache, es gibt für den einzelnen Bürger keine gesetzlich verankerte Selbstschutzpflicht. Der Landesstellenleiter gab einen Überblick über die Entwicklung, die Aufgaben, Möglichkeiten und Kompetenzen des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Zur Bewältigung seiner umfangreichen Aufgaben stehen dem Verband rund 1 000 hauptamtliche Mitarbeiter und 9 200 ehrenamtliche Helfer zur Verfügung. Beiter ging dann auf organisatorische Einzelheiten ein. Mehr als drei Millionen Bundesbürger

hätten bisher an Selbstschutz-Grundlehrgängen teilgenommen, mehr als 500 000 Personen wurden in Selbstschutz-Fachlehrgängen ausgebildet. Der BVS bemühe sich, die Bevölkerung überall da anzusprechen, wo dies in einer bestimmten Größenordnung möglich sei, also in Schulen, Verbänden, Vereinen und Betrieben. Das Interesse am Selbstschutz habe – so Beiter – in den letzten Jahren zugenommen; es sei jetzt nicht mehr so schwer wie früher, die Menschen anzusprechen, weil inzwischen doch viele Ressentiments abgebaut wurden. Eine Umfrage habe ergeben, daß 80 Prozent der Bevölkerung heute den Selbstschutz bejahen. Nur 5 Prozent der Befragten jedoch waren zu einer aktiven Mitarbeit bereit. Es fehle immer noch weitgehend die Bereitschaft, in privaten oder behördlichen Neubauten Schutzräume einzuplanen. Leider sei auch der Anreiz durch die früher gezahlten Bundeszuschüsse nicht mehr gegeben, diese sind inzwischen weggefallen – es gibt heute nur noch steuerliche Erleichterungen. Landesstellenleiter Beiter betonte, daß die Ausmaße kleinerer oder mittlerer Katastrophen eingeschränkt und ihre Folgen für die Zivilbevölkerung erheblich gemindert werden könnten, wenn jeder Bürger wüßte, was er im Augenblick der Gefahr für sich und seine Nachbarn tun könne.

Das wurde 1976 getan

Auf einer Mitarbeiterversammlung gab der Leiter der BVS-Dienststelle Schleswig, Helmut Kock, einen Rückblick auf die Selbstschutzarbeit im Jahre 1976. Er betonte, daß in seinem Bereich eine steigende Tendenz zu verzeichnen sei. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte im Vergleich zu 1975 die Anzahl der Ausbildungsveranstaltungen sogar gesteigert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit mit ihren Veranstaltungen sei erheblich umfassender geworden. So seien 1976 von der BVS-Dienststelle insgesamt 96 Veranstaltungen durchgeführt worden; über 5 000 Personen hätten daran teilgenommen. Auf dieses Ergebnis könnten alle Mitarbeiter stolz sein, meinte Kock in seinem Dank an die BVS-Bediensteten und Helfer. Als Zeichen der Anerkennung

überreichte er an Peter Aichner, der sich in der Öffentlichkeitsarbeit ganz besonders hervorgetan hatte – stellvertretend für alle –, einen Zinnbecher.

Personalnachrichten

Als Geräteverwalter und BVS-Lehrer ist Heino Fröh, ehemaliger Oberfeldwebel der Bundeswehr, seit dem 1. Januar 1977 bei der BVS-Dienststelle Lübeck hauptamtlich tätig. Sein Vorgänger, Reinhold Penner, ging als BVS-Lehrer und Geräteverwalter zur Fahrbaren Ausbildungsstelle Flensburg. Am 31. Dezember schied der BVS-Fachbearbeiter Joseph Sorychta aus gesundheitlichen Gründen bei der BVS-Dienststelle Neumünster aus. Er wird jedoch als ehrenamtlicher Dienststellenleiter die verwaiste BVS-Dienststelle an seinem Wohnsitz in Plön übernehmen und wieder aufbauen.

FZA in der Berufsschule Bergedorf

Die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein wurde erstmals auch im Hamburger Raum eingesetzt. In der Berufsschule in Bergedorf ließen sich Lehrer und Schüler durch die bei der fahrbaren BVS-Einrichtung eingesetzten Bediensteten anhand der verschiedenen Schautafeln über den Zivilschutz, den Katastrophenschutz und den Selbstschutz im Rahmen der Zivilverteidigung unterrichten. Ihre Ausführungen fanden ein lebhaftes Interesse, wie die anschließende Aussprache sehr deutlich zeigte.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet starb am 20. November 1976 im Alter von 32 Jahren Geräteverwalter und BVS-Lehrer

Fritz Witt

Er hinterläßt seine Frau und zwei Kinder. Fritz Witt hat sich während seiner – leider nur kurzen – Tätigkeit bei der BVS-Dienststelle Flensburg immer als wertvoller Mitarbeiter und guter Kamerad erwiesen. Die Mitarbeiter und Kollegen werden sein Andenken bewahren.

Gute Erfahrung mit der FZA

Der erste Einsatz der FZA Schleswig-Holstein im Bereich der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord war ein großer Erfolg.

Bereits bei den Vorgesprächen um den Aufbau der Tafelausstellung „Mensch im Mittelpunkt“, im Gebäude der Hauptverwaltung der Hamburg-Mannheimer Versicherung in City-Nord, wurde spürbar, daß der BVS hier gern gesehen wurde.

Der Leiter der Public-Relations-Abteilung, Schirmer, betonte die gute Zusammenarbeit zwischen der Hamburg-Mannheimer Versicherung und der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord. Man sei gern bereit, mit der Zustimmung zu dieser Ausstellung den Informationsauftrag des BVS auf dem Gebiet des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes zu unterstützen, und den ca. 2400 Mitarbeitern der Hauptverwaltung Gelegenheit zu geben, sich mit diesen Themen zu befassen. Schirmer wünschte für die Ausstellung einen guten Erfolg.

Dienststellenleiter Bochert dankte der Geschäftsleitung der Versicherung für die Möglichkeit dieser Information. Seine Ausführungen über den gesetzlichen Auftrag des BVS und dessen Möglichkeiten, im Rahmen von BKO-Lehrgängen tätig zu werden, schloß er mit einem persönlichen Dank an einige Herren der Firma für deren Unterstützung und Hilfe bei den Vorbereitungen. Anschließend interpretierte der Leiter der FZA, Clauser, die Ausstellung.

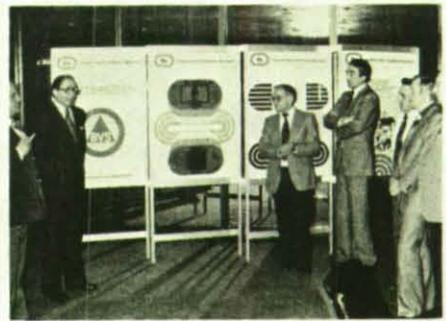
Bei der Eröffnung waren Angehörige der betrieblichen Einsatzkräfte, Mitarbeiter der Hausverwaltung, Mitglieder des Betriebsrates und der verschiedenen Abteilungen anwesend.

Die Landesstelle des BVS war durch Fachgebietsleiter Morjan vertreten.

Eine Woche später stand die Tafelausstellung in der großen Halle der Staatlichen Handels- und Höheren Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium. Mit vier Vorträgen pro Tag von jeweils 90 Minuten Dauer waren die Redner der FZA eine Woche lang

voll ausgelastet. Hinzu kam – in den Pausen – die Interpretation der Ausstellung. Viele Einzelgespräche wurden mit den ca. 4000 Personen, die die Ausstellung besuchten, geführt.

An den Vorträgen nahmen ca. 500 Personen teil. Weitere Einsätze der FZA sind bereits geplant.



Dienststellenleiter Bochert – 2. v. links – im Gespräch mit Herren der Hamburg-Mannheimer Versicherung, in deren Räumen die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ gezeigt wurde.

Bremen

Wahl der Helferververtretungen

Bei der Dienststelle Bremen hatte die Wahl zur Helferververtretung folgendes Ergebnis:

Helfervertreter: Werner Scheanck

1. Stellvertreter: Ingo Kuhn

2. Stellvertreter: Heinz Hohendorf

In Bremerhaven wurde wie folgt gewählt:

Helfervertreter: Horst Wittoesch

1. Stellvertreter: Dieter Conrad

2. Stellvertreter: Heinz Hadelar

Polizei informiert sich

Im Anschluß an zwei Informationstagungen „Zivilschutz“, an der 50 Kommissaranwärter der Landespolizeischule Bremen teilnahmen, gab der Leiter der Schule, Polizeidirektor Siegfried Bleck, eine Presseerklärung ab.

Darin heißt es u. a.: „Wegen der bislang guten Erfahrungen im Rahmen

der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung durch die BVS-Landesstelle/ Dienststelle Bremen will die Landespolizeischule zusätzlich weitere Lehrgänge in ihre polizeiliche Ausbildung einbeziehen. Unsere Zusammenarbeit mit der BVS-Landesstelle in Bremen ist für die Polizei eine intensive „Vorbereitung auf den Ernstfall“ – der hoffentlich nicht eintreten möge!

Im Januar 1977 haben 126 Dienstfänger an Informationsveranstaltungen mit dem Thema „Zivil- und Katastrophenschutz“ teilgenommen; dieselben Beamten belegten 6 Selbstschutzgrundlehrgänge.

Im Februar/März wurden 50 Kommissaranwärter in 2 breitgefächerten Informationstagungen – von je zweieinhalb Tagen Dauer – in die Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes eingeführt.

Im Juni und Juli werden 180 Polizeibeamte, die an der Polizeischule Anstellungslehrgänge absolvieren, an

Informationsvorträgen des Bundesverbandes für den Selbstschutz teilnehmen.

Im Oktober nehmen 48 Kommissaranwärter eines gehobenen Lehrgangs an zwei Informationstagungen „Zivilschutz“ teil.

Auf Wunsch interessierter Lehrgangsteilnehmer findet zusätzlich eine Besichtigung des Warnamts II, Bassum, statt.

In der Schule gab's Blumen

Zum Abschluß einer Reihe von Ausbildungsveranstaltungen in der Bremer Schule „Willakedamm“ wurde den beiden BVS-Ausbildungskräften von der Klassensprecherin eine besondere Überraschung zuteil. Mit je einem Blumenstrauß wurde den Mitarbeitern Ingo Kuhn und Nikolaus Zenner für die übermittelten Kenntnisse im Selbstschutz recht herzlich gedankt.

Ehrennadel für Dezernent Besch

Dem Dezenten für zivile und militärische Verteidigung bei der Bezirksregierung Lüneburg, H. Besch, wurde vom Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz die Ehrennadel des Verbandes verliehen. In Anwesenheit des Regierungspräsidenten wurde Besch diese Auszeichnung vom BVS-Bereichsbeauftragten, Bonny, überreicht. Die Verdienste, die Besch sich in seiner zwanzigjährigen Arbeit für den Selbstschutz erworben hat, wurden so auch offiziell gewürdigt. Ihm war der Selbstschutz immer ein persönliches Anliegen.

Besch ist ehrenamtlicher Ortsstellenleiter von Bevensen und Kreisstellenleiter von Uelzen; er hat wesentlichen Anteil am Aufbau des Selbstschutzes in diesem Gebiet. Seine Bemühungen, dem Selbstschutz zu dem ihm zukommenden Stellenwert zu verhelfen, hat er, auch als er 1962 zunächst Sachbearbeiter, dann Dezernent bei der Bezirksregierung wurde, ständig fortgesetzt.

Fahrbare Zivilschutzausstellung im Landkreis Leer

Vom 24. Januar bis zum 15. Februar 1977 stand der Dienststelle Leer die Fahrbare Zivilschutzausstellung der BVS-Landesstelle Hannover zur Verfügung. Als Auftakt dieser Aktion wurde eine Pressekonferenz angesetzt, zu der Vertreter sämtlicher Zeitungen des Landkreises Leer eingeladen waren. So wurden durch die Presse rund 47 300 Leser über die Aufgaben und die Organisation des Bundesverbandes für den Selbstschutz informiert und auf die FZA aufmerksam gemacht.

Trotz der kurzen Vorbereitungszeit war der Einsatzplan der Redner mit Terminen gefüllt. Die allgemein- und die berufsbildenden Schulen z. B. waren so stark an den Vorträgen interessiert, daß die Dienststelle nicht allen Wünschen nachkommen konnte. In den Nachmittagsstunden stand die Ausstellung in den Fußgängerzonen der Städte Leer, Weener und Aurich. Es zeigte sich, daß die Bevölkerung an den Aufgaben und dem Ausbildungsangebot des BVS sehr

interessiert war. Parallel dazu liefen Vorträge bei den Behörden und den im Landkreis Leer stationierten Bundeswehreinheiten.

Die Fahrbare Zivilschutzausstellung war mit Absicht im Winter nach Leer geholt worden, um – während der ruhigen Jahreszeit – der Landbevölkerung die Probleme des Selbstschutzes näherzubringen. So waren denn die Abende mit Vorträgen vor den Landfrauenvereinen und der Landjugend ausgefüllt. Auch die Katastrophenschutzorganisationen des Landkreises Leer nutzten die Gelegenheit, um sich über den gesamten Katastrophenschutz und die Aufgaben der Warnämter informieren zu lassen.

Als die FZA wieder nach Hannover zurückfuhr, konnten die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der Dienststelle Leer mit dem Ergebnis zufrieden sein: 4000 Personen hatten die Vorträge gehört; fast 500 Besucher haben sich in der Ausstellung informiert und beraten lassen.

Niedersachsen – kurz und bündig

Emden. Frau Jetzig, BVS-Dienststelle Emden, informierte auf der Jahresversammlung des Emdener Frauenringes die Besucherinnen über die Arbeit des BVS. Der Frauenring bietet seinen Mitgliedern gemischte Programme, von Bastelstunden über Betreuungsarbeiten bis zu Informationsabenden und Bildungsfahrten, an. Die Dienststelle Emden empfiehlt den Mitgliedern des Frauenringes in diesem Rahmen auch die Teilnahme an Selbstschutz-Kursen.

Osterholz. 30 Gäste begrüßte Bezirksvorsteher Baumann auf einer Informationsveranstaltung des BVS. In einem Vortrag wies der Leiter der FAST Hannover auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin und forderte zur Vorsorge im eigenen Hause auf.

Celle. Die Celler Frauen möchten sich im Selbstschutz ausbilden lassen. BVS-Dienststellenleiter Schuh sprach vor Mitgliedern des Celler Frauenringes über die Aufgaben des Selbstschutzes und die Bedeutung des Zivilschutzes. Die Kälte- welle in den USA diente als Beispiel,

um den Begriff der „Vorsorge“ zu erläutern; fast alle Teilnehmerinnen sprachen sich für die Durchführung eines Selbstschutz-Grundlehrganges aus.

Wesendorf. Samtgemeindedirektor Waldemar Butz lud die Bürger von Wesendorf zu einem Informationsvortrag des BVS ein, er konnte annähernd 100 Gäste in der Aula der Hauptschule begrüßen. Butz ging auf die gesetzlichen Grundlagen des Selbstschutzes ein und rief zur freiwilligen Mitwirkung der Bürger auf. In einem anschließenden Vortrag erläuterte ein Redner der BVS-Dienststelle Lüneburg, W. Brückner, die Bedeutung und Aufgabe des Zivilschutzes. Die Mitwirkung der Gemeinde bei solchen Veranstaltungen und das Herausstellen der Verantwortung zeigt, daß der Bürger sich durchaus auch am Selbstschutz interessiert zeigt.

Osnabrück. Die „Osnabrücker Nachrichten“ kündigten für interessierte Bürger einen Selbstschutz-Grundlehrgang in der BVS-Dienststelle an.

Meppen. Die Stadt Meppen bietet den Bürgern des Ortsteils Teglingen durch eine Bekanntmachung in der „Meppener Tagespost“ die Teilnahme an einem von BVS durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgang an.

Rethem. Neununddreißig Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der Samtgemeinde nehmen an einem Zivilschutz-Informationseminar teil. Bereichsbeauftragter Bonny und BVS-Dienststellenleiter Schuh, Celle, erläuterten die Aufgaben des BVS und verwiesen auf die Möglichkeiten, über den Rahmen eines Zivilschutz-Informationseminars hinaus zusätzliche Unterrichtung und Ausbildung durch den BVS nutzen zu können.

Nordhorn/Meppen. Die Tagespresse berichtete über die Arbeit der BVS-Dienststelle im Jahr 1976. Die Leistung der Helfer des BVS wurde dabei besonders herausgestellt. Schwerpunktprogramm soll 1977 die Information der politischen Mandatsträger und der Frauenverbände sein. Die Unterstützung der Gemeinden bei der Auswahl und der Ausbildung von Selbstschutz-Beratern soll ebenfalls intensiviert werden.

Ein Landes-Helfertag in Aachen

Die BVS-Helfer und -Bediensteten aus ganz Nordrhein-Westfalen trafen sich im Juni 1976 zu einem Helfertag in Aachen. Der Wunsch nach einem solchen Treffen war der Helfervertretung von ea. und ha. Mitarbeitern immer wieder vorgetragen worden.

Zunächst wurde erwogen, ein solches Helfertreffen anlässlich des 20jährigen Jubiläums der BVS-Landesschule in Körtlinghausen durchzuführen.

Vorbesprechungen ließen allerdings bald erkennen, daß die Kapazität der Landesschule für eine solche Großveranstaltung nicht ausreichte. Es wurde daher beschlossen, den Helfertag in Aachen durchzuführen. Die ha. und ea. Mitarbeiter der Dienststelle Aachen hatten sich bereit erklärt, die Planung und vorbereitende Organisation zu übernehmen.

Dieses Helfertreffen sollte allen Helfern des Landesverbandes die Möglichkeit bieten, sich mit Freunden und Angehörigen zusammenzufinden, um gemeinsam Erfahrungen auszutauschen und sich wieder einmal sehen zu können.

Der Erfolg der Einladung war überwältigend; 800 Helfer aus allen Dienststellen des Landes meldeten sich spontan zu diesem Helfertreffen in Aachen an, dessen Kosten jeder selbst trug.

Erfahrungsaustausch und Fachdiskussion in Sachen BVS standen selbstverständlich im Vordergrund; daneben wurde den Helfern und ihren Angehörigen eine bunte Palette von Unterhaltungsmöglichkeiten angeboten. Stadtrundfahrten, Dreiländerfahrten und Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten der alten Kaiserstadt standen auf dem Tagesprogramm.

Den Abschluß des Helfertreffens bildete am zweiten Tage ein „Bunter Abend“ mit ansprechendem Programm.

Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und des Verbandes, unter ihnen der Bürgermeister der Stadt Aachen und der Landesstellenleiter des BVS zeigten durch ihre Anwesenheit ihre Verbundenheit mit den Helfern des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

In den Festreden wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich der BVS durch sein Wirken in der Öffentlichkeit einen guten Namen geschaffen hat.

Die Durchführung dieses Helfertages in Aachen war ein Versuch, einmal aus eigener Initiative ein Helfertreffen auf Landesebene durchzuführen; dieser Versuch wurde zu einem vollen Erfolg.

Die Helfervertretung der Landesstelle NW des BVS dankt allen Kolleginnen und Kollegen, die zum guten Gelingen des Helfertages beigetragen haben.

A. H.

Ein Dank aus dem Rathaus

Schwelm. Das 100jährige Bestehen der Feuerwehr Herdecke stand im Mittelpunkt des Geschehens, doch fand auch der Beitrag der BVS-Dienststelle Schwelm bei den Besuchern der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ in Herdecke große Beachtung. Innerhalb von drei Tagen wurde sie von rund 25 000 Menschen besucht. Auch die Einsatzübungen der anderen Verbände weckten bei der Bevölkerung reges Interesse. Das Verständnis für die Arbeit der einzelnen Organisationen wurde wesentlich verbessert. Stadtdirektor Dehm bedankte sich in einem Brief an die BVS-Dienststelle Schwelm ausdrücklich für den BVS-Beitrag und betonte, daß der gute Erfolg nicht zuletzt auch auf die Mitwirkung des BVS zurückzuführen sei.

Gemeinden sollen den Selbstschutz fördern

Düren. Daran, daß die Erweiterung des Katastrophenschutzgesetzes den Gemeinden ausdrücklich den Auftrag erteilt, den Selbstschutz der Bevölkerung, zu fördern, erinnerte der Stadtdirektor von Düren, Dr. Lentz, in einem Vorwort für den Veranstaltungskatalog der Dürener BVS-Dienststelle. Die Kommunen verfügten zwar über organisierte Rettungsdienste und

... und rote Nelken für die Damen

Wuppertal. Für zwanzigjährige Treue zum BVS wurden Alfred Hüsgen, Hans Chudzinski und Heinrich Loth mit der goldenen Ehrennadel des Katastrophenschutzes der Stadt Wuppertal ausgezeichnet.

Alfred Hüsgen, langjähriger Dienststellenleiter in Wuppertal, erhielt außerdem die goldene Ehrennadel des BVS. Bereichsbeauftragter Joseph Kirfel konnte weiteren zehn BVS-Mitarbeitern für ihre zehnjährige Zugehörigkeit zum Verband eine Urkunde überreichen. Groß war allerdings die Überraschung, als der Bereichsbeauftragte die anwesenden Frauen der Mitarbeiter mit einem Strauß roter Nelken bedachte.



Unser Bild zeigt die Jubilare, die für 20jährige BVS-Tätigkeit mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet wurden. Stehend v. l. n. r. Chudzinski, Hüsgen, Loth.

Feuerwehreinheiten, die Tag und Nacht bereitstehen, um im Gefahren- oder Schadensfall eingreifen zu können, jedoch könne kostbare Zeit vergehen, bis diese sachkundige Hilfe eintreffe. Wörtlich schreibt Dr. Lentz: „Jeder Bürger . . . sollte darum . . . dazu beitragen, sich selbst, seiner Familie und anderen bei Unglücksfällen und Katastrophen helfen zu können. Je mehr Bürger unserer Stadt im Selbstschutz ausgebildet sind, desto effektiver können Gefahren, Unglücke oder sogar Katastrophen bekämpft werden.“ Die Bilanz des BVS für 1976: Bei 254 Veranstaltungen wurden 10 591 Teilnehmer gezählt. Diese Zahlen gab Dienststellenleiter Erich Janke bei der Jahresabschlussfeier bekannt.

Schwerpunktprogramm „Atemspende“

Leverkusen. Die Mund-zu-Mund-Beatmung als Lebensrettende Sofortmaßnahme will die BVS-Dienststelle Leverkusen in ihr Schwerpunktprogramm aufnehmen. Mitarbeiter der Dienststelle haben immer wieder festgestellt, daß die Anwendung der Atemspende bei Unfällen nur von wenigen Bürgern beherrscht wird. „Atemspende erfordert aufwendige hygienische Maßnahmen, um die Gefahr von Ansteckungen auszuschließen“, heißt es in einem Mitteilungsblatt der Dienststelle. In Zukunft wollen die Mitarbeiter des BVS in Leverkusen bei ihren Veranstaltungen Filmspots einsetzen, in denen besonders dramatische Rettungsaktionen gezeigt werden.

Selbstschutz-Ausbildung für Krankenhaus-Personal

Solingen. „Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen“, schrieb der Verwaltungsdirektor der St. Lukas-Klinik Solingen-Ohligs, Kassner, an die Solinger BVS-Dienststelle. Er bedankte sich für die Ausbildung und Weiterbildung des Krankenhaus-Personals im Selbstschutz. Kassner bezeichnete die Brandschutzausbildung für das Klinik-Stamppersonal als äußerst wichtig. Den gemeinsamen Bemühungen werde es sicher gelingen, eine wichtige Lücke in der Betriebsorganisation zu schließen. Der Verwaltungsdirektor meinte: „Wir müssen gestehen, daß Sie uns erst durch ihre Hinweise auf die Gefahrenquel-

len . . . und die spezifischen Probleme in einem Krankenhaus . . . die Augen geöffnet haben.“ Die Krankenhausleitung will eine eigene Brandschutzstaffel aufstellen und auch die technischen Voraussetzungen für deren Tätigkeit schaffen.

Jubilare in der BVS-Landesstelle

Recklinghausen. In der Landesstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden vier Jubilare geehrt. Für zwanzigjährige Mitarbeit überreichte Landesstellenleiter Günther Kopsieker eine Urkunde an den Leiter des Fachgebietes „Ausbildung“, Joachim Kaufner; für zehnjährige Tätigkeit beim BVS wurden der Leiter der Personalabteilung, Ferdinand Wagner, Sachbearbeiter Gerhard Staat und Kraftfahrer Klaus Duda mit einer Urkunde bedacht.



Fachgebietsleiter Kaufner – rechts – erhielt eine Urkunde für 20jährige Mitarbeit; die Angestellten Wagner – links – und Staat – 2. v. rechts – sowie Kraftfahrer Duda – 2. v. links – wurden für 10jährige Tätigkeit ausgezeichnet.

Verabschiedung verdienter Mitarbeiter

In einer Feierstunde verabschiedete Landesstellenleiter Kopsieker den Bereichsbeauftragten für den Bezirk Münster, Willi Rademacher, mit herzlichen Worten des Dankes. Rademacher habe in den Jahren seines Wirkens im BVS treu und aufopfernd seine Aufgaben erfüllt. Kopsieker brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß Rademacher trotz seines frühen Ausscheidens aus dem BVS diesem mit Rat und Tat weiterhin zur Verfügung stehen werde.

In dieser Feierstunde wurde auch der seit 1954 hauptamtlich tätige Fachgebietsleiter der Landesstelle, Günther Eggers – nach Erreichung

der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt – von Landesstellenleiter Kopsieker verabschiedet. Günther Eggers, durch seine zielstrebige und kameradschaftliche Art im ganzen Land bekannt – wird weiterhin als ea. Mitarbeiter im BVS bleiben. Als Nachfolger von Eggers führte Landesstellenleiter Kopsieker Rudolf Klenk ein, der bereits als Dienststellenleiter und in der Bundeshauptstelle Erfahrungen sammeln konnte.

Sieben Ehrennadeln in Silber

Düsseldorf. Sieben langjährige Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Düsseldorf wurden mit der silbernen Ehrennadel des Katastrophenschutzes ausgezeichnet: Klaus-Ulrich Landwehrschneider, Günter Sief, Josef Beckinger, August Stutkowski, Walter Franzius, Gottfried Pauly und Dr. Johannes Bubolz. Die Auszeichnungen überreichte ihnen Beigeordneter Dr. Herbert Dickmann.

Großes Interesse – vor allen von Schülern

Kleve. Mehr als einhundert Vertreter des öffentlichen Lebens waren bei der Eröffnung der Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“, die die BVS-Dienststelle Kleve im Rathaus der Stadt zeigte, anwesend. Bemerkenswert war das Echo, das diese Ausstellung bei den Schülern fand. Aus allen Teilen des Kreises kamen die Klassen, um sich die Skizzen anzusehen, die der bekannte englische Bildhauer Henry Moore in den Jahren 1940 bis 1941 geschaffen hat. Die über fünfzig Drucke zeigen verängstigte Menschen, die in den Bunkern und U-Bahnstollen Londons Schutz vor Bombenangriffen suchten.



BVS-Helfer legen beim Aufbau der Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ mit Hand an: Die letzten Bilder finden ihren Platz.

Nach Brand im Hochhaus

Im Januar gab es einen Wohnungsbrand in einem Gießener Hochhaus. Danach riefen immer wieder Bürger in der Dienststelle des BVS an und erkundigten sich, ob man Rat und Auskunft darüber erhalten könne, was man in einem Katastrophenfall tun müsse.

Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes sollen nach dem Gesetz die Angelegenheit des Hauptverwaltungsbeamten sein. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Die Dienststellen des BVS betreiben Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit vorwiegend in eigener Regie.

In Gießen scheint der Brand im Hochhaus einiges bewirkt zu haben; die Bürger wurden unruhig. Das Ergebnis: In diesem Jahr wurden bereits über 500 Lehrgangsteilnehmer beim BVS gezählt.

„Selbstschutz ist lebensnotwendig“

Auf Einladung des BVS nahmen 15 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen aus den Unterkreisen Fritzlar-Homburg und Melsungen an einem Informations-Seminar über Zivilschutz in Bad Wildungen teil.

Den Teilnehmerinnen wurde zunächst aufgezeigt auf welche Weise der BVS, eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Mitglieder der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände sind, versucht, seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Dieser Auftrag – die Aufklärung der Bevölkerung über den Zivilschutz – bereitet deshalb auch heute noch einige Schwierigkeiten, weil die Bevölkerung der Frage des zivilen Bevölkerungsschutzes nicht unbedingt aufgeschlossen gegenübersteht. Dabei gibt es triftige Gründe dafür, sich mit diesem Problem näher zu beschäftigen – dies merkten die Teilnehmer sehr bald.

Die Redner, von der BVS-Dienststelle in Kassel und von der BVS-Landesstelle in Wiesbaden kommend – berichteten über die Aufgaben des BVS, die Aufklärung über Gefahren für die Zivilbevölkerung in einem Verteidigungsfall – und die Information

über Schutzmöglichkeiten. Die Bevölkerung kann sich auch im Falle eines Angriffs mit ABC-Waffen bei entsprechender Kenntnis durchaus schützen, betonten die Referenten. Allerdings müsse sich die Bevölkerung vorher entsprechend informieren lassen.

BVS-Informations-Seminar für BGS-Beamte

Etwa 30 Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS), der Abteilung II 3, Hünfeld, und I 3, Fulda, nahmen an einem zweitägigen Informations-Seminar des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Hünfeld teil. Ausgerichtet wurde diese Veranstaltung von der BVS-Dienststelle Fulda. Über die Aufgaben des BVS – Zivilverteidigung, Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz im allgemeinen – sprach am ersten Tag Erich Funck von der fahrbaren Zivilschutzausstellung der Landesstelle Hessen.



Aufmerksam folgen die BGS-Beamten den Ausführungen des Redners beim Informations-Seminar.

Der Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Dienststelle Frankfurt, Olaf Magnus, sprach über das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und die Aufgaben der Gemeinde beim Aufbau und der Förderung des Selbstschutzes.

Magnus verwies darauf, daß die Gemeinde-Hauptverwaltungen nach dem Gesetz verpflichtet seien, beim Bundesverband für den Selbstschutz geeignete Personen als Selbstschutzberater ausbilden zu lassen.

Am zweiten Tag standen Vorträge über die Gefahren für die Zivilbevölkerung in einem Verteidigungsfall und über Schutzmöglichkeiten gegen diese Gefahren im Vordergrund. Zweifellos werde in unserem Land für die Zivilverteidigung und den

Zivilschutz viel zu wenig getan. Das finanzielle Stärkeverhältnis zwischen Zivilverteidigung (Zivilschutz) und militärischer Verteidigung sei mit 1:60 völlig unzureichend. In der Praxis ergeben sich bei der Behandlung des unbeliebten Themas außerdem dadurch Schwierigkeiten, daß es Zurückhaltung und Vorurteile in der Bevölkerung gibt.

Es sei notwendig, Zivilverteidigung und militärische Verteidigung zu koordinieren. Bei einem Notstand oder im Verteidigungsfall sind alle im erweiterten Katastrophenschutz tätigen Organisationen an die Weisungen der inneren Verwaltung gebunden.

Zum Ausbildungsangebot des BVS sei zu sagen, daß der Besuch eines Selbstschutz-Lehrganges jedem Bundesbürger ab 15 Jahren freistehe.

Anschließend hielt Regierungsdirektor Handwerk vom Hessischen Innenministerium einen Vortrag: Zivil-

militärische Zusammenarbeit, innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Zivilverteidigung aus der Sicht der Landesregierung. Es gehe darum, führte er aus, vor allem im Spannungs- und Verteidigungsfall die Durchführung der Notstandsgesetze sicherzustellen. Bei so vielfältigen, brisanten und komplexen Themen blieb es nicht aus, daß die Referenten mit vielen kritischen Fragen und Diskussionsbeiträgen konfrontiert wurden. Der Leiter der BVS-Dienststelle Fulda unterstrich die Bedeutung solcher Seminare, die sich an besondere Zielgruppen, zu denen auch der Bundesgrenzschutz gehöre, richteten. Man wolle von Seiten des BVS so eine bessere Informationsweitergabe erreichen.

Informations-Seminare für Führungskräfte der Justizverwaltung

Die BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz führte in der BVS-Schule in Birkenfeld ein Informations-Seminar für Führungskräfte der Justizverwaltung des Landes durch. Insbesondere für Vertreter der Justizvollzugsanstalten war diese Veranstaltung gedacht. Fachgebietsleiter Schwarz begrüßte die Teilnehmer und umriß den Problemkreis des Seminars; danach wurden den Teilnehmern die Aufgaben und Ziele der zivilen Verteidigung aufgezeigt.

Wie wichtig ein gut funktionierender Selbstschutz in Behörden, insbesondere in den Justizvollzugsanstalten ist, stellte ein Teilnehmer des Seminars, Regierungsrat z. A. Schaaf, Justizvollzugsanstalt Zweibrücken, heraus. Mit seinen Ausführungen wurde eine Übung der BVS-Schule fortgesetzt, bei speziellen Zielgruppen eines Seminars einen Angehörigen dieser Gruppe zu Wort kommen zu lassen, der die Probleme aus seiner Sicht darstellt. Schaaf verwies auf die sich im Strafvollzug ergebenden besonderen Schwierigkeiten. Er betonte, daß eingeschlossene Inhaftierte oder Gefangene in einem Katastrophenfall nur wenig für ihre eigene Rettung tun könnten und daß deshalb möglichst schnell und effektiv Hilfe geleistet werden müsse. Es ergebe sich darüber hinaus die weitere Schwierigkeit, daß die Geretteten nach Möglichkeit weiter „unter Verschuß“ bleiben müßten. Man könne sie nicht einfach auf die Straße schicken und zunächst einmal auf eigene Faust Schutz und Hilfe suchen lassen.

Regierungsdirektor Dr. Hennes, Innenministerium Rheinland-Pfalz, referierte über die Durchführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und des Selbstschutzes aus der Sicht der Landesregierung; er gab einen Überblick über die Anstrengungen, die von der Landesregierung auf diesem Gebiet unternommen werden. Hintergrundinformationen lieferte Oberstleutnant Giskow vom Heimatschutzkommando der Bundeswehr, der das Kriegsbild der Gegenwart aufzeichnete und so auch den Rahmen für den Zivilschutz absteckte. Über die Notwendigkeit und die Mög-

lichkeiten des Schutzraumbaus – sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich – hielt der Leiter der BVS-Schule, W. Schnittker, einen interessanten Vortrag. Auf diesem Gebiet bestehen leider noch erhebliche Lücken.

Für die Seminarteilnehmer – die sämtlich Behördenvertreter waren – war der Vortrag über die Möglichkeiten und Gelegenheiten der Zusammenarbeit des BVS mit Behörden, Organisationen, Verbänden und Vereinen, den Fachgebietsleiter Schwarz hielt, natürlich von besonderem Interesse. Dies vor allem deshalb, weil wirksamer Behördenselbstschutz nur in Zusammenarbeit mit dem BVS aufgebaut werden kann. Die während des Seminars gebotenen Vorträge und Informationen wurden durch Filme und praktische Vorführungen ergänzt. Die regen Diskussionen im Anschluß an die Vorträge zeigten, daß das Thema Selbstschutz viel „Zündstoff“ enthält; nachdem es einmal ins Bewußtsein gerückt ist, läßt es wohl niemanden mehr unberührt.

Für Katastrophen Vorsorge treffen

Das Volkswbildungswerk Eppelsheim führte im Winterhalbjahr 1976/77 in Verbindung mit dem dortigen Landfrauenverein und dem Landfrauenverein Hangen-Weisheim eine Vortrags-Veranstaltung unter dem Thema „Helfen – müssen – wollen können –, aber wie?“, durch. Von der Referentin Ingrid Perlick, BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz, wurde dabei die Zivilverteidigung, der Zivilschutz, der Katastrophenschutz und der Selbstschutz angesprochen. Sie gab zudem praktische Tips zu Selbstschutzmaßnahmen und erläuterte das Ausbildungsangebot des BVS hierzu.

Die Zuhörer wurden an Waldbrände, die Flutkatastrophe in Hamburg, Autobahn-Unfälle, Hausbrände und andere Gefahren erinnert. Auf einige dieser Ereignisse müsse man sogar vorbereitet sein; bei Verkehrsunfällen z. B. sei man nach dem Strafgesetzbuch und der Straßenverkehrsordnung zur Hilfeleistung in zumutbarem Rahmen verpflichtet. Wenn man über den Notruf die Polizei, einen Kran-

ken- oder Rettungswagen anrufe, sei es geboten, den genauen Unfallort anzugeben und deutlich zu sprechen. Zum Thema Brandschutz gab die Referentin eine Reihe von guten Ratschlägen. Man sollte einen Feuerlöscher im Haus haben und auch damit umgehen können. Im Kraftfahrzeug sollte ein funktionsfähiger Feuerlöscher mitgeführt werden. Alle zwei Jahre sollte man ihn überprüfen lassen. Bei Hausbränden sei es wichtig, daß ältere Menschen und Kinder, die sich nicht so schnell aus der Gefahrenzone retten könnten, besonders betreut würden. Wenn z. B. ein Fluchtweg durch Feuer versperrt wäre, könne man in einem günstig gelegenen Raum durch Decken und Wasser das heranrückende Feuer solange fernhalten, bis Hilfe von außen käme.

Die Sanitätsorganisationen bieten der Bevölkerung weitgehende Ausbildung an; davon sollte man auch Gebrauch machen. Durch eine rechtzeitige Hilfeleistung seien schon oft Menschenleben gerettet worden. Mit einer ganzen Reihe von Beispielen aus jüngster Zeit konnte Frau Perlick ihren aktuellen Vortrag beenden.

Zu Gast in der Pfalz-Klinik

Beim Einsatz im Raum Bad Bergzabern war die Fahrbare Zivilschutzausstellung auch in der Pflegeschule der Pfalz-Klinik in Klingenmünster zu Gast.

Achtzig Pflegeschülerinnen und -schüler wurden eingehend über den Zivilschutz und den Selbstschutz informiert. Bei einer weiteren Veranstaltung vor diesem Kreis konnten die Wirkungen der Angriffswaffen, insbesondere der ABC-Waffen, aufgezeigt werden. Gerade diese Thematik fand eine große Resonanz bei den Zuhörern.

Alle waren sich einig, daß die Diskussion um diese Probleme nicht abreißen dürfe, um dem Bürger die Notwendigkeit des Selbstschutzes zu verdeutlichen.

Der Leiter der Pflegeschule, Ledermann, begrüßte diese Unterweisungen als eine wichtige Ergänzung des allgemeinen Unterrichts. Er sprach sich dafür aus, solche Vorträge zu einer ständigen Einrichtung der Pflegeschule werden zu lassen.

In Krankenhäusern und Industriebetrieben

„Menschenleben retten, Sachwerte schützen“, unter diesem Motto führt die Dienststelle Saarbrücken seit geraumer Zeit ihre Ausbildung schwerpunktmäßig in den Krankenhäusern und Industriebetrieben durch.

Bei dieser Ausbildung steht der Brandschutz im Vordergrund; die Erfahrung hat gezeigt, daß Krankenhauspersonal und Betriebsangehörige sehr oft nicht in der Lage sind, vorhandene Feuerlöscher richtig zu bedienen. Das vorhandene Gerät ist zum Teil auch ungeeignet oder nicht einsatzfähig.

In einem Krankenhaus hängt jedoch die schnelle und erfolgreiche Bekämpfung eines Brandes – und damit das Leben bettlägeriger Kranker – weitgehend davon ab, daß das gesamte Krankenhauspersonal mit den zur Verfügung stehenden Feuerlöschgeräten richtig umgehen kann.

Ein Entstehungsbrand muß sofort und wirkungsvoll bekämpft werden; zumindest muß er an einer Ausweitung gehindert werden. Neben der Bekämpfung des Feuers sollte auch die schnelle Bergung gefährdeter Menschen und die Räumung betroffener Stationen und Gebäudeteile sichergestellt sein. Das ist jedoch nur möglich, wenn solche Maßnahmen ständig geübt und alle daran beteiligten Personen immer wieder in ihre speziellen Aufgaben eingewiesen werden.

Bei der Ausbildung im Krankenhaus und im Betrieb wird herausgestellt:

Rettung und Räumung müssen im allgemeinen über die Treppenhäuser erfolgen, weil bei einem Brand mit Stromausfall und damit auch dem Ausfall der Fahrstühle gerechnet werden muß. Vorbeugende Maßnahmen, wie etwa die Festlegung der



Jeder sollte wissen, wo der nächste Feuerlöscher hängt – und vor allem, wie man ihn bedient.

Fluchtwege für die einzelnen Abteilungen müssen deshalb rechtzeitig getroffen werden. Das Krankenhauspersonal muß die genaue Lage der Flurhydranten und – möglichst auch der Unterflurhydranten außerhalb der Gebäude – kennen. Gleiches gilt sinngemäß selbstverständlich auch für Betriebsangehörige. Der für die Ausbildung verantwortliche Leiter der Dienststelle Saarbrücken, Joachim Schmelzer, stellt in Krankenhäusern und Industriebetrieben ein zunehmendes Interesse am Selbstschutz fest – und die Bereitschaft, sich darin ausbilden zu lassen. Von der Brandschutzausbildung für das Personal des Knappschafts-Krankenhauses in Püttlingen drehte das Regional-Fernsehen Szenen für den „Aktuellen Bericht“.



Mitarbeiter des Knappschafts-Krankenhauses bei der praktischen Unterweisung am Feuerlöscher.

Mit dem Unerwarteten rechnen

Die Meldungen über die verheerenden Auswirkungen der letzten Erdbeben im europäischen Raum, die auch in Teilen der Bundesrepublik spürbar waren, nutzte der BVS-Dienststellenleiter von Saarbrücken zur Öffentlichkeitsarbeit aus. Sein Besuch bei der „Saarbrücker Zeitung“ hatte zur Folge, daß diese am 8. März einen Artikel: „Bundesverband für den Selbstschutz gibt Bevölkerung Ratschläge für den Katastrophenfall“, veröffentlichte.

Nach dem einleitenden Hinweis, schwere Erdbeben in Deutschland würden zwar für unwahrscheinlich gehalten, aber nicht gänzlich ausgeschlossen, wird für die Überlebenden in den Trümmern, denen der Weg nach außen versperrt ist, fachkundiger Rat gegeben.

In zeitlich geringen Abständen sollen sie sich immer wieder durch Klopfzeichen oder durch Hilferufe bemerkbar machen. Sinnlose Anstrengungen sollten vermieden werden, weil Sauerstoff in geschlossenen Räumen bald knapp werden kann.

Alle nicht Betroffenen sind nach einer Katastrophe zur Hilfeleistung verpflichtet. Diese sollte nach Möglichkeit unter der Leitung sachkundiger Kräfte erfolgen, damit ein systematisches Vorgehen gewährleistet ist. Ungeschulte Kräfte, die mithelfen, müssen besonders vorsichtig vorgehen.

Die Zeitung nennt die Grundsätze und Verhaltensregeln, die in den Selbstschutz-Grundlehrgängen vermittelt werden. Es fehlt auch nicht der Hinweis, daß zur Rettung von Menschen, die in größeren zerstörten Gebäuden aus den oberen Stockwerken geborgen werden müssen, Spezialfahrzeuge und -geräte erforderlich sind. In diesen Fällen müsse man die Wartenden beruhigen und vor unüberlegten Handlungen bewahren.

Diese Presse-Veröffentlichung, die herausstellte, daß Retter und Helfer besonnen vorgehen müssen, hat möglicherweise viele Leser davon überzeugt, daß das in Informations- und Ausbildungsveranstaltungen des BVS vermittelte Wissen und Können unter Umständen sinnvolle Anwendung finden kann.

Eine Bereicherung des Winterprogramms

Unter dem Motto: „Der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland – seine Organisation, Einrichtungen und Einheiten“, hat die BVS-Dienststelle Mannheim den Freiwilligen Feuerwehren des Mannheimer Raumes Filmnachmittage bzw. -abende angeboten, bei denen die Filme „Schutzbündnis“, „Fehlverhalten im Straßenverkehr“, „Florian bitte kommen“ und „Helft Brände verhüten“ gezeigt werden sollen. Diese Filme sollen entsprechend interpretiert werden. Die BVS-Dienststelle will auf diese Weise die Katastrophenschutz-Organisationen in der Öffentlichkeit besser bekanntmachen. Die Feuerwehr wird ebenfalls als Katastrophenschutzorganisation genannt. Durch diese Aktion soll sichtbar werden, daß der BVS in seinen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen auch auf die Arbeit der Feuerwehr hinweist und so mit dazu beiträgt, daß die Bevölkerung Feuerwehren und Sanitätsorganisationen nicht nur als etwas Selbstverständliches hinnimmt. Sie soll sich einige Gedanken darüber machen, daß – so gern man die Hilfeleistung durch diese Organisationen in Anspruch nimmt – diese nicht ohne Idealismus der eingesetzten Kräfte erbracht werden. Die Arbeit der Katastrophenschutzorganisationen wird in dem Film „Schutzbündnis“ besonders gut herausgestellt. Im Film „Fehlverhalten im Straßenverkehr“ werden Gefahrensituationen auf unseren Straßen

und deren Behebung geschildert. Die Männer der Feuerwehr werden dabei sicher an manchen eigenen Einsatz erinnert.

„Florian bitte kommen“ ist ein Film, in dem die Arbeit der Feuerwehr gezeigt wird. In einführenden Worten zu diesem Film spricht der Innenminister von Baden-Württemberg „seinen Feuerwehren“ den Dank des Landes aus.

Der schweizerische Trickfilm „Helft Brände verhüten“ ist ein Kurzstreifen, in dem gezeigt wird, daß „Leichtsinn“ die Hauptursache vieler Brände ist.

Schüler-Arbeitsgemeinschaft „Selbstschutz“

„... wir möchten gerne noch mehr dazulernen,“ erklärten einige Schüler der 10. Klasse der Realschule Oberndorf nach ihrer Teilnahme an einem Selbstschutzgrundlehrgang im August vergangenen Jahres.

Seither kommen 12–14 Schüler alle 14 Tage freiwillig zur „Arbeitsgemeinschaft Selbstschutz“. In dieser Arbeitsgemeinschaft werden die Kenntnisse und Fertigkeiten, die die Schüler im Selbstschutzgrundlehrgang erworben haben, gefestigt und vertieft.

Grundlehrgang und Seminar in Ulm

Die Dienststelle Ulm führte am 24. und 25. Januar einen Grundlehrgang für Selbstschutzberater der Gemeinden im Alb-Donau-Kreis durch. Die

meisten der 41 Teilnehmer wurden dabei erstmals mit praktischen Maßnahmen des Selbstschutzes vertraut gemacht. Alle aber zeigten großes Interesse.

Am 26. Januar fand für die Zivilschutz-Sachbearbeiter der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises ein ZS-Seminar statt.

Selbstschutzausbildung in Betrieben

Sieben Betriebe in den Gemeinden Aldingen, Rietheim, Spaichingen und Trossingen haben damit begonnen, ihre Betriebsangehörigen im Selbstschutz ausbilden zu lassen. Nach zwei Besprechungen mit Vertretern der Betriebe wurde mit der BVS-Dienststelle Rottweil vereinbart, zunächst drei Selbstschutzgrundlehrgänge durchzuführen.

Nachruf

Am 17. Februar 1977 verstarb nach einem tragischen Unfall unser ea. Mitarbeiter und Helfer

Peter Kreher

im Alter von 33 Jahren in voller Schaffenskraft. Er kam 1964 als Helfer zum BVS. Trotz starker Inanspruchnahme durch sein eigenes Geschäft übernahm er das Sachgebiet I 3 und war stets zu jeder technischen und kameradschaftlichen Hilfe bereit.

Die Mitarbeiter der Dienststelle Friedrichshafen werden sein Andenken bewahren.

Wechsel in der BVS-Dienststelle Nürnberg

BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Roll, der dieses Amt in Nürnberg seit Oktober 1961 innehatte, wurde verabschiedet. Der ehemalige Leiter der BVS-Dienststelle Erlangen, Heinz Lenneps, übernahm seine Funktion. Führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle Nürnberg waren aus diesem Anlaß

zu einer kleinen Feier geladen worden. Worte des Dankes und der Anerkennung fanden die Helfervertreter Kühn und Tardel für ihren scheidenden Dienststellenleiter. Danach würdigten Landesstellenleiter Konrad Hinderberger die Verdienste Rolls im Dienste des BVS und bezeichnete ihn als eine Persönlichkeit, der als Träger des Selbstschutzgedankens viele Dinge im BVS mitgeprägt habe. Nürnbergs Oberbürgermeister, Dr.

Urschlechter, ergänzte, daß Wilhelm Roll eine Tätigkeit wahrnehmen mußte, die im Interesse der Bürgerschaft zu verrichten war. Er habe nicht immer Anerkennung von außen gefunden, er wurde oft enttäuscht. Die Bevölkerung wisse nur in Notzeiten, daß diese Organisation wichtige Aufgaben zu erfüllen habe. BVS-Bereichsbeauftragter Weigl betonte, daß Roll selbst ein Stück BVS darstelle; er überbrachte Grüße und Anerkennung der Bezirkspersonalver-

tretung und des Vorstandes des Hauptpersonalrates des BVS. Landesstellenleiter Hinderberger überreichte dem Ausscheidenden die vom Direktor des BVS verliehene Ehrennadel und die Verleihungsurkunde.

Wilhelm Roll bedankte sich bei allen Anwesenden für die ihm geltenden guten Wünsche, bei den Vertretern der Stadt Nürnberg und den Helferinnen und Helfern der BVS-Dienststelle, insbesondere für die Unterstützung seiner Arbeit. Er werde auch nach dem Ausscheiden aus dem Aktivdienst weiterhin für die Stadt und den Zivilschutz da sein.

10 000 Besucher – Junge Frau erhielt Geschenke

Annemarie Satschko war der 10 000. Besucher der im vergangenen Jahr durch den Bundesverband für den Selbstschutz auf der Festwiese in Deggendorf gezeigten Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“. Man holte jetzt nach, was damals im Trubel untergegangen war. Der charmanten Besucherin überreichte BVS-Dienststellenleiter Koitek im Auftrag von Landrat Fritsch ein Buch, eine Schallplatte und ein Wachswappen. Er bedankte sich bei der jungen Frau für das Interesse an der Ausstellung.

Bürger mit Selbstschutz vertraut gemacht

Seit 1967 haben rund 70 500 Menschen an den Veranstaltungen der Dienststelle Ansbach teilgenommen. Diese stolze Bilanz zog BVS-Dienststellenleiter Dietmar Peter in einem Rückblick zum 10jährigen Bestehen. Die Aufgaben des BVS hätten sich im Laufe der Zeit zwar verändert, der gesetzliche Auftrag jedoch sei geblieben: Den Bürger mit dem Gedanken des Selbstschutzes vertraut zu machen. Peter sieht darin einen wesentlichen humanitären Auftrag, der vom Verantwortungsbewußtsein für den in Not geratenen Mitmenschen geprägt ist.

Der BVS (vorher BLSV) besteht schon seit über 25 Jahren. Seine Entwicklung war von organisatorischen Veränderungen geprägt, wie sie auch von der – seit 1967 hauptamtlich besetzten – Ansbacher Dienststelle bewältigt werden mußte. Dr. Oskar Nieß hatte schon 1958 eine ehrenamt-

lich besetzte Orts- und Kreisstelle aufgebaut. Mit der hauptamtlichen Besetzung waren neue Maßstäbe gegeben.

Von Anfang an hat sich die fahrbare Ausbildungsstelle bewährt, die die Selbstschutz-Ausbildung in den Städten und Gemeinden des Großkreises ermöglicht. Waren es 1967 noch 151 Veranstaltungen, 916 Ausbildungsstunden und 5 144 Teilnehmer, so zählte man im letzten Jahr 203 Veranstaltungen mit 6 000 Teilnehmern und rund 1 500 Ausbildungsstunden. Dienststellenleiter Peter nahm das zehnjährige Bestehen der hauptamtlichen Dienststelle zum Anlaß, um allen Mitarbeitern in einer kleinen Feier für ihren Einsatz zu danken. Er konnte – neben anderen Dienststellenleitern – auch den Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Hinderberger, begrüßen. Hinderberger wies auf das immer noch bestehende Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die militärische und den Ausgaben für die zivile Verteidigung hin. Der Schutz der Zivilbevölkerung in der Bundesrepublik sei unzureichend. Die Auswirkungen einer Katastrophe – so meinte Peter in seiner Antwort – würden durch Verzicht auf Selbstschutz- und Zivilschutzmaßnahmen erheblich gesteigert. Der vorbeugende Schutz aber könne, zusammen mit dem Selbstschutz, den betroffenen Menschen Wege aus dem Chaos zeigen. An der Bewältigung dieser Aufgabe werde der Selbstschutz wesentlichen Anteil haben. Die Überlebenschancen für die Bevölkerung würden durch ihn größer.

Der weitverbreitete Slogan: „Zivilschutz – damit Hilfe kein Zufall bleibt“, wurde von einer Ansbacher BVS-Mitarbeiterin erdacht. Bis heute wurden durch die Ansbacher Dienststellen 2 500 Veranstaltungen durchgeführt. Der Bevölkerung des Landkreises ist der Begriff Selbstschutz längst kein Fremdwort mehr.

Selbstschutz im Gemeindebereich

Auf Einladung des Landratsamtes und der BVS-Dienststelle Landshut fanden die ersten Informationslehrgänge für einen Teil der Selbstschutzberater der Gemeinden des Landkreises Landshut statt: Der Selbstschutzgrundlehrgang und der BVS-Fachlehrgang „Ergänzung S“. Dienststellenleiter Seemann begrüßte

die in großer Zahl erschienenen Teilnehmer. Er hob die Bereitschaft der Gemeinden, sich mit den Aufgaben des Selbst- und Katastrophenschutzes zu befassen, hervor und dankte dem Leiter des Sachgebietes Zivil- und Katastrophenschutz beim Landratsamt für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit.

Landrat Geiselbrechtinger besuchte in Begleitung von Reg.-Rat Schulz den Lehrgang und hielt ein Kurzreferat über die Aufgaben der Mitarbeiter des Katastrophenschutzes, insbesondere über die des Selbstschutzes im Landkreis. Er bat die Teilnehmer, sich auch weiterhin in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Die Lehrkräfte der fahrbaren BVS-Schule sprachen neben der allgemeinen Ausbildung im Selbstschutz auch die Probleme an, welche sich in den einzelnen Gemeinden ergeben. Der Aufbau des Selbstschutzes hängt wesentlich von diesen unterschiedlichen Faktoren ab.

Voraussetzung für das Verständnis und die Einsicht der Bevölkerung – die Notwendigkeit von Selbstschutzmaßnahmen zu bejahen – ist eine ständige und realistische Aufklärung. Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit schafft das Klima, in dem der einzelne Bürger zur Übernahme bestimmter Aufgaben im Zivilschutz, insbesondere im Selbstschutz, bereit ist. Die Bevölkerung muß erkennen können, welche Schutzmöglichkeiten gegen Waffenwirkungen sich bieten.

Schutzraumbau, Maßnahmen der öffentlichen Alarmierung der Bevölkerung, die Möglichkeiten von Selbsthilfemaßnahmen und deren Ergänzung durch den Katastrophenschutz, Vorkkehrungen zur lebenswichtigen Versorgung, auf diese Bereiche stelle sich u. a. die Arbeit zur Aufklärung der Bevölkerung hauptsächlich ein.

Der Aufbau des Selbstschutzes setzt die Erarbeitung planerisch-organisatorischer Grundlagen voraus, die von der Leitung des Selbstschutzes und im Rahmen behördlicher Führungs- und Ergänzungsmaßnahmen genutzt werden können. Die Einteilung des Gemeindegebietes soll so erfolgen, daß die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes praktisch durchgeführt werden kann. Wohnbereiche sind so abzugrenzen, daß die Se-Berater auch tatsächlich in der Lage sind, die Bevölkerung zu betreuen. Die Einrichtung von Beratungs- und Leitstellen ist vorgesehen.

Helfer bauten Notsteg über Kanal

Der THW-OV Niebüll veranstaltete eine größere Übung unter erschwerten Bedingungen. Bei der teilweise als Nachteinsatz durchgeführten Übung wurde über den Bongsieler Kanal nahe der Schleuse Amtmannseck ein etwa 25 m langer Hängesteg gebaut.

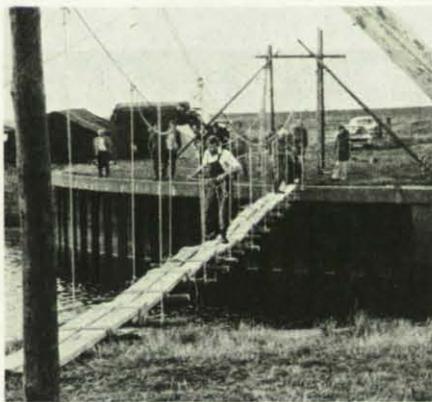


Auf dem Bauplatz am Bongsieler Kanal herrscht ein reger Betrieb.

Die Helfer des OV wurden – ohne vorherige Ankündigung – durch ein Alarmierungssystem zusammengerufen, welches dabei gleichzeitig auf sein einwandfreies Funktionieren hin überprüft wurde. Ein Schnelltrupp, bestehend aus sieben Mann, wurde über Dantronik-Geräte direkt angesprochen. Der Ortsbeauftragte verständigte zunächst die Feuerwehr-Zentrale Niebüll, die per Knopfdruck einen „Piep-Ton“ in den sieben Geräten auslöste. Danach wurde über die Dantronik-Leitung eine Durchsage abgesetzt: „Alle THW-Helfer melden sich um 13.00 Uhr in der THW-Unterkunft“. Die übrige Mannschaft wurde per Telefon und im „Schneeballsystem“ alarmiert. In relativ kurzer Zeit waren alle Helfer in der Unterkunft versammelt und einsatzbereit.

Unter Leitung von Zugführer Szeimis, Gruppenführer Stubbe und Petersen setzte sich die Mannschaft zum Bongsieler Kanal in Marsch. Die Aufgabe – Bau eines Hängesteges über den an dieser Stelle 25 bis 30 m breiten Kanal – wurde in knapp sechs Stunden bewältigt. Ein Teil der Arbeiten mußte bei Dunkelheit ausgeführt werden. Die Übung war so angelegt, daß sämtliches Gerät des Ortsverbandes zum Einsatz kam. Die Übungslage: „Die Brücke bei Amtmannseck wurde zerstört. Für die Bevölkerung des Hauke-Haien-Kooges ist ein ‚Fluchtweg‘ in Form eines Hängesteges zu errichten.“

Das Material, das bei dieser Übung eingesetzt wurde, bestand in der Hauptsache aus Seilen, Rundhölzern, Bohlen und Bindeleinen. Während der Bauarbeiten sicherte auf dem Kanal ein THW-Mehrzweckboot; dieser Sicherungseinsatz wurde außerdem dazu genutzt, um weitere Helfer in die Bedienung des Bootes einzuweisen. Eine andere Helfergruppe brachte die Pumpen in Gang und überprüfte ihr einwandfreies Funktionieren. Da teilweise bei Dunkelheit gearbeitet wurde, wurden auch die Notstromaggregate, Scheinwerfer und Lampen eingesetzt. Es mußten Zelte aufgeschlagen werden, weil die Mann-



Nach einer 6stündigen Bauzeit ist der Hängesteg über den Kanal fertig.

schaft am Kanal übernachtete. Der Ortsverband hatte alle Fahrzeuge – Lastkraftwagen, Geräte- und Mannschaftskraftwagen – zum Übungsort mitgeführt. Für die Verpflegung der Helfer sorgte die Bundeswehrküche Stadum. D. W.

Hilfeleistungen des THW bei Verkehrsunfällen

Glatteis und schlechte Sichtverhältnisse führten Ende vergangenen Jahres zu einem schweren Verkehrsunfall auf der Bundesstraße 5 zwischen Husum und Friedrichstadt, in den zwei Tanklastzüge und vier Personenkraftwagen verwickelt waren. Einer der beiden Tanklastwagen rutschte in einen Graben, wo er mit den Rädern nach oben liegen blieb. Feuerwehr und THW wurden eingesetzt, um das auslaufende Heizöl und Benzin aufzufangen bzw. vom Boden abzusaugen.

Ein weiterer Verkehrsunfall ereignete sich in Niebüll-Deetzbüll. Hier war ein Pkw gegen ein Haus gefahren. Vom zuständigen Polizeirevier um Mithilfe gebeten, wurde der Ortsverband Niebüll des THW mit 9 Helfern eingesetzt. Um den Einsturz des beschädigten Hauses zu verhindern, mußte die gefährdete Balkenlage eines Gebäudeteiles abgestützt werden.

Einem niederländischen Lkw-Fahrer wurde ebenfalls das Glatteis zum Verhängnis. Er geriet auf der Bundesstraße 5 südlich von Struckum mit seinem Fahrzeug ins Schleudern, kollidierte mit einem Bundeswehr-Kombi und stürzte in den Straßen-graben. Beide Fahrer wurden schwer verletzt. Der Lkw wurde unter Mithilfe des THW-OV Husum geborgen.

Im Januar 1977 kam es infolge starker Glatteisbildung auf den Straßen zu zahlreichen Unfällen. Nach einem schweren Verkehrsunfall auf der Straße von St. Michaelisdonn nach Burg setzte der OV Hochdonn-Burg 5 Helfer zur Hilfeleistung ein. Die Fahrerin eines Pkw, die mit ihrer dreijährigen Tochter unterwegs war, hatte auf der glatten Straße die Kontrolle über ihr Fahrzeug verloren und prallte mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Baum. Beide Insassen wurden bei dem Unfall so eingeklemmt, daß sie erst nach langwierigen Bemühungen von Feuerwehrmännern und THW-Helfern geborgen werden konnten. Für das kleine Mädchen kam leider jede Hilfe zu spät. Voß

Erwin Siebert im Ruhestand

Der HSGL Ausbildung beim LB Hamburg, Erwin Siebert, trat am 29. Oktober 1976 mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Allerdings wird er ehrenamtlich auch weiterhin im THW mitarbeiten.

Vor fast 25 Jahren trat Erwin Siebert hauptamtlich in das THW ein und wurde Geschäftsführer im BV-Hamburg-Wandsbek. In den ersten Jahren nach der Gründung des THW übernahm er damit eine Aufgabe, von der er noch heute als der „schönsten, aber auch der schwersten“, spricht. In diesen Jahren wurde die Basis der heutigen Organisation des THW Hamburg geschaffen. Siebzehn Jahre hat Siebert den BV Hamburg-Wandsbek als Geschäftsführer betreut.

Im Jahre 1969 übernahm Siebert den BV Hamburg-Eimsbüttel, einen BV, in dem es aufgrund seiner damaligen unzureichenden Unterbringung viele Schwierigkeiten gab. Mit der ihm eigenen Vitalität packte er die Probleme an, 1972 war der BV Eimsbüttel bereits wieder eine verschworene Gemeinschaft – mit über 150 aktiven Helfern.

Erwin Siebert hat in all den Jahren – und dieses buchstäblich bis zum

letzten Tag – stets ein großes Maß an Pflichterfüllung gezeigt. Er war immer zur Stelle, wenn man ihn brauchte. Anfang des Jahres 1976 wurde er zum HSGL Ausbildung ernannt.

Zu seiner Verabschiedung aus dem aktiven Dienst waren über 100 Freunde, Kollegen, Mitarbeiter und Kameraden aus allen Bereichen der Verwaltung und der befreundeten Organisationen – mit denen er in den fast 25 Jahren zusammengearbeitet hatte – erschienen. Wie sehr die Gäste sein Ausscheiden bedauerten, spiegelte sich in den Grußworten wider.

Eine ganz besondere Freude und Ehrung wurde Siebert zuteil: LB Trautvetter überreichte ihm im Auftrage des Vizepräsidenten des BZS und Direktors des THW das THW-Helferzeichen in besonderer Ausführung. Dabei zeigte er die einzelnen Stationen des „THW-Lebens“ von Siebert noch einmal auf.

Die Auszeichnung war Dank und Anerkennung für eine geleistete Arbeit, aber sie sollte für Siebert auch zugleich mit Anlaß sein, dem THW weiterhin eng und aktiv verbunden zu bleiben. Alle guten Wünsche für seinen neuen Lebensabschnitt begleiten ihn. G. T.

Empfang in der Führungsakademie

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, zugleich dienstältester Offizier im Standort Hamburg, Generalmajor Dr. Wage-mann, hatte zu Beginn des neuen Jahres zu einem Empfang gebeten. Im Offiziersheim der Führungsakademie Hamburg-Blankenese trafen sich Vertreter der Bundeswehr und Offiziere ausländischer Streitkräfte sowie Senatoren, Staatsräte und Vertreter der Hamburger Behörden, Abgeordnete der politischen Parteien, kirchliche Würdenträger und Vertreter der Hilfsorganisationen. H. K.

Katastrophenschutz-Übung „Donnerwetter 76“

In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und dem HVB der Freien und Hansestadt Hamburg führte das THW Hamburg an einem Wochenende auf dem Pionierübungsplatz bei Lühe im Kreis Stade und auf dem Truppenübungsplatz der Stader Von-Boehm-Kaserne eine Großübung durch. Daran waren Teileinheiten des B- und I-Dienstes sowie des V-Dienstes beteiligt.

Eine solche Übung war erforderlich geworden, weil das THW Hamburg in Zukunft mit Teileinheiten zu Aufgaben im Rahmen der Deichverteidigung in Hamburg herangezogen werden wird. Dieser Auftrag des Senators für Inneres erforderte eine Überprüfung der Einsatzbereitschaft des Personals und des Gerätes sowie das Üben der Zusammenarbeit der einzelnen Stäbe.

Am Freitagmorgen begann ein Seminar für die Führungskräfte – Zugführer und Bereitschaftsführer aller THW-Einheiten – in Fortführung der bereits im Jahre 1975 und Frühjahr 1976 erfolgreich durchgeführten Weiterbildungs-Seminare und Funkrahmenübungen für Einheitsführer. Das Seminar, in dem den Einheitsführern über neue Verfügungen des BZS, des LB und des HVB berichtet wurde und Feuerwehrbeamte über Führungsprobleme referierten, wurde am Nachmittag unterbrochen.



LB Trautvetter (rechts) überreicht HSGL Siebert das Helferzeichen in besonderer Ausführung.

Übungsannahme: „Das niedersächsische Innenministerium hat die Stadt Hamburg um Unterstützung bei der Beseitigung größerer Sturmflutschäden im Raum Stade/Lühesand gebeten. Das THW ist mit diesen Aufgaben betraut worden.“

Gegen 16.00 Uhr erhielten die Führer der THW-Einheiten ihre Einsatzbefehle und alarmierten ihre Einheiten bzw. Teileinheiten. Diese sammelten sich in den Bereitstellungsräumen oder bei den Bezirksverbänden. Die Übungsleitung lag in den Händen der Hamburger Berufsfeuerwehr, ebenso die Vorbereitung der gesamten Übung, von Beamten der KSL Hamburg in Verbindung mit dem HSGL 1 des THW-LB Hamburg angelegt.

Erstmals wurde auch der LV-Koordinierungsstab mit dem neuen ELW eingesetzt. Der Stab sollte die gesamte Einsatzleitung vor Ort übernehmen; die Abschnitte wurden durch TEL-Führungsgruppen geführt.

Gegen 20.00 Uhr trafen die ersten Einheiten am Wasserübungsplatz in Lühesand ein, um die „Einsatzstelle“ auszuleuchten, eine Versorgungsstelle aufzubauen und einzurichten und Lücken in einem stark in Mitleidenschaft gezogenen „Deich“ mit Sandsäcken zu schließen. Im Laufe der nächsten Stunden wurden Trinkwasseraufbereitungsanlagen erprobt sowie das reibungslose Ablösen von Einheiten durchgespielt. Erstmals wurde auch eine Flexdamm-Schlauchsperrung eingesetzt, die künftig an gefährdeten Stellen der Hamburger Innenstadt zur Anwendung gelangen soll.

Dieser ca. 20 m lange Schlauch war in kürzester Zeit mit Wasser aufzupumpen und mit Sandsäcken abzustützen, so soll im Ernstfall ein schneller und wirkungsvoller Verschluss einer Deichbruchstelle gewährleistet werden. Da laut Übungsannahme auch die Trinkwasserversorgung in dem angrenzenden Katastrophengebiet ausgefallen war, wurden die TWA eingesetzt und deren Dauerbetrieb, insbesondere aber die Aufbereitung von Trinkwasser aus salzhaltigem Elbwasser, geübt. Diese Aufgabe wurde zur Zufriedenheit der Schiedsrichter gelöst; nach ca. einstündiger Behandlung hatte sich das Elbwasser in klares, wohl-schmeckendes Trinkwasser verwandelt. Die Versorgung der Einheiten wurde durch Verpflegungstrupps,

die Instandhaltung der Fahrzeuge und Geräte sowie die Versorgung mit Betriebsstoffen durch die Versorgungseinheiten des THW-Hamburg geübt.

In den Morgenstunden des nächsten Tages wurden neue Einsatzaufgaben gestellt. Eine „Damm Sprengung“ mußte vorbereitet, eine Behelfsbrücke – 20 m Grabenbrücke – gebaut und ein Fährbetrieb mit Schlauchbooten eingerichtet werden. Insgesamt waren über 200 THW-Helfer mit 50 Kfz und Kfz-Anhängern im Einsatz.

Vertreter des BZS aus dem Referat THW 3, RR Müllenbach, der LB des THW Niedersachsen, Sahlender, Vertreter der Behörde für Inneres und der THW-LB Hamburg, Trautvetter, nahmen als kritische Beobachter an der Übung teil.

Die Gesamtleitung lag in den Händen des Lehrgruppenleiters Fernmeldedienst der KSL Hamburg, Claus-Dieter Göhle, er war mit dem Ablauf der Großübung sehr zufrieden.

Im Rahmen einer Pressebesprechung äußerte Göhle:
„Sinn und Zweck war, Fehler und Mängel bei dieser Aufgabenstellung

„Deichverteidigung“ festzustellen. Am meisten zu loben ist aber der Idealismus und Einsatz der freiwilligen, ehrenamtlichen Helfer des THW, deren Leistungsstand . . . hervorragend ist. Übungen dieser Art müßten allerdings öfter durchgeführt werden, um das Zusammenwirken der Einheiten, die Weitergabe von Aufträgen sowie die gesamte Befehlsstruktur zu verbessern.“

Leider stehen dafür nicht immer ausreichende Mittel zur Verfügung, eine gut vorbereitete Übung beansprucht zwangsläufig die Mitarbeiter besonders stark, was wiederum durch die knappe ha. Stellenbesetzung zu Arbeitsausfall für andere Tätigkeiten führt.“

Mit dem Abbau der Anlagen und dem Abrücken der Fahrzeuge ging am Sonnabendnachmittag die Übung „Donnerwetter 76“ zu Ende. Bei einer anschließenden Übungskritik wurden im wesentlichen die gleichen Erkenntnisse herausgestellt, die die Schiedsrichter und Beobachter bereits während der Übung dargelegt hatten. In einem war man sich einig: Das THW Hamburg ist für die Deichverteidigung gerüstet. G. T.

MdB Rühle besuchte den THW-LV Hamburg

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Volker Rühle hatte kurzfristig seinen Besuch in der LV-Dienststelle Hamburg angekündigt, um sich über Sorgen und Nöte des Katastrophenschutzes zu orientieren. Begleitet wurde er von zwei Abgeordneten der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. LB Trautvetter und HSGL Kellner empfingen den Besucher und berichteten über die gute Zusammenarbeit mit den KatS-Behörden in Hamburg.

MdB Rühle wurde insbesondere über die derzeitige Kfz-Situation unterrichtet; er wurde darauf hingewiesen, daß in den kommenden Jahren vom Bund erhebliche Mittel zur Erhaltung des Kfz-Bestandes aufgebracht werden müßten. Es wurden ihm je ein MKW und GWK, Baujahr 1957, vorgestellt und darauf aufmerksam gemacht, daß von diesen veralteten Kfz-Typen heute noch immer Fahrzeuge im Einsatz sind. Andere Kfz des THW Hamburg sind auch bereits älter als 10 Jahre. Ein GWK 72 – als Vertreter der neuen Kfz-Generation – fehlte nicht bei der Vorstellung der Kraftfahrzeuge.

Sichtlich beeindruckt von den „alten Kameraden“ versprach Rühle, sich im Bundestag für den Katastrophenschutz einzusetzen. H. K.



MdB Volker Rühle – helle Kleidung – wird bei einem Besuch beim LV Hamburg von LB Trautvetter über die prekäre Kfz-Situation unterrichtet.



TWA-Einsatz in Hohegeiß/Harz

Eine Folge der extremen Trockenheit, die den Grundwasserspiegel ebenso wie den Inhalt der Talsperren bedenklich senkte: Die Stadtwerke Braunlage sahen sich außerstande, Kurgäste und Bevölkerung des Kurortes Hohegeiß ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen. Nur die Verwendung von extrem verschmutztem und biologisch verunreinigtem Oberflächenwasser konnte noch Rationierungsmaßnahmen verhindern. Allerdings erlaubten die Mittel der Stadtwerke allein nicht eine so problematische Trinkwasseraufbereitung. Es wurde daher die Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) des 2. Instandsetzungszuges des THW-OV Braunschweig eingesetzt.

Vier THW-Helfer mit drei Fahrzeugen fuhren nach Braunlage, ließen sich von den Beauftragten der Stadtwerke informieren und erkundeten Einsatzmöglichkeiten. Als Entnahmestelle wurde ein Bachlauf gewählt, der allerdings – ohnehin stark verschmutzt – auch noch bei Regenfällen Straßenabwässer aufnahm. Die Entnahmestelle selbst war bereits mit Brunnenringen in einer Kiesschüttung – gewissermaßen als Erstfilter – durch die Stadtwerke vorbereitet worden. Das von der TWA aufbereitete Wasser wurde durch eine Kunst-

stoffleitung in ein talwärts gelegenes Filtergebäude geführt und durchlief dort eine weitere, letzte Reinigungsstufe (Kiesfilter mit anschließender Chlorierung).

Bereits eine Stunde nach dem Eintreffen am Einsatzort lieferte die TWS – auf VW-Kombi mit Anhänger – das erste Frischwasser; nach dem Aufbau der Anlage erforderte der Betrieb der Anlage nur noch zwei THW-Helfer und einen Mitarbeiter der Stadtwerke. Acht Stunden lang lief alles gut: Anpumpen des Rohwassers, Ausflocken grober Verunreinigungen, Feinfiltration und abschließende Chlordosierung – dann fiel die Chlordosieranlage aus. Dies jedoch war keine einschneidende Behinderung, weil dieser Ausfall durch eine verstärkte Chlorzugabe im Filtergebäude ausgeglichen werden konnte. Problematischer hingegen waren die massiven Beschwerden der Kurgäste, die sich besonders durch die Verbrennungsmotorpumpen in ihrer Nachtruhe gestört fühlten. Da aber die Anlage für die Bearbeitung der erforderlichen Wassermengen rund um die Uhr arbeiten mußte, konnte hier nur Abhilfe geschaffen werden, indem man leise laufende Elektro-Tauchpumpen aus dem THW-Gerätesatz „Pumpengruppe“ hintereinanderschaltete.

Allerdings war der Einsatz – diese TWA lief schon im Ausland – keineswegs ein Routine-Einsatz. Das extrem

schlechte Rohwasser zwang zur Unterbrechung der Aufbereitung in immer kürzeren Abständen. Die Vorbehandlung des Wassers, das Absetzen der Sinkstoffe dauerte bis zu zwei Stunden; danach setzte sich immer noch soviel Bodenschlamm ab, daß die Behälter nach jeder Füllung gereinigt werden mußten.

Der Feinfilter verschmutzte so schnell, daß zeitweise bereits nach Aufbereitung von 10 cbm Rohwasser zeitraubende Filterspülungen und die Anschwemmung neuer Filtermasse notwendig waren. So konnte die Anlage in diesem Einsatz auch ihre Höchstleistung – ca. 140 cbm täglich – nicht erreichen und lieferte maximal nur 103 cbm Reinwasser.

Für die Helfer aber spricht, daß die laufend entnommenen Wasserproben bei der Untersuchung keinerlei physikalische Verunreinigungen und vor allem – trotz des problematischen Rohwassers – keinen Befund an Colibakterien zeigten.

Jeweils für zwei Tage eingesetzt, mußten die THW-Helfer in Tag- und Nachtschicht 18–20 Stunden arbeiten und sich zudem noch selbst verpflegen. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Männern der Stadtwerke erleichterte den harten Einsatz, der erst am 9. Tag, bei anhaltendem Regen, endete. Mikus

Hessen



10 Jahre THW-Ortsverband Neuhof

Anlässlich seines 10jährigen Bestehens führte der OV Neuhof eine Übung, eine Geräteschau und eine Jubiläumsveranstaltung durch.

Sinn dieser Aktionen war es, die Bevölkerung auf die Aufgaben des THW hinzuweisen; gleichzeitig sollte auch der Ausbildungsstand der Helfer überprüft werden. An der Jubiläumsveranstaltung nahmen die Ortsverbände Fulda, Hünfeld, Rotenburg, Homberg und Neuhof teil.

Der Übung war folgender Sachverhalt zugrunde gelegt:

„Ein Teil der Schloß-Schule wurde durch eine Explosion stark beschädigt; die Schüler müssen aus der Schule geborgen werden.“

Die „Schüler“, durch Übungspuppen dargestellt, wurden über Leiter-Hebel und mit Rettungsgurt aus 7 Metern Höhe abgeseilt. Ein einsturzgefährdeter Trakt der Schule mußte abgestützt werden. Auf dem neben der Schule befindlichen Parkplatz mußte ein beschädigtes Fahrzeug „geborgen“ werden. Hierzu wurde ein Mastkran

aufgebaut und das Fahrzeug 3 Meter hochgehievt.

Zum Jubiläumsball begrüßte OB Winfried Trabert neben den Helferinnen und Helfern auch LB Dr. Röss und Bürgermeister Heimüller. Nach einem kurzen Rückblick auf die vergangenen 10 Jahre würdigte Trabert die besonderen Verdienste von Ausbildungsleiter Dieter Mack. Bei der Geräte- und Fahrzeugschau im Schloßhof spielten am Sonntag zur Unterhaltung das Musikkorps des THW Rotenburg und der DRK-Spielmannszug Neuhof auf.

O. Sch.

Schwierige Aufgabe gut gelöst

Im Zuge der Verlegung des Betriebes mußten mehrere Maschinen einer Druckerei in Aachen abtransportiert werden. Die Maschinen – davon eine mit einem Gewicht von 2000 kg – standen auf der 2. Etage eines alten Hinterhof-Gebäudes. Ein Kranwagen konnte hier wegen der niedrigen Durchfahrt nicht eingesetzt werden, ein Zerlegen der Maschinen war nicht möglich. Weil angesprochene Firmen sich außerstande sahen, den Transport zu übernehmen, bat man das THW um Hilfe.

Die Aufgabe war vor allem deshalb besonders schwierig, weil in dem alten Gebäude die Mauern brüchig waren und daher keine festen Verankerungspunkte boten. Nach einer Ortsbesichtigung durch den THW-OB Helmut Martin wurde beschlossen, an Ort und Stelle eine Krananlage aus Eisenträgern und Stützen zusammenzuschweißen, mit deren Hilfe die Maschinen dann abgelassen werden konnten. Hierzu waren genaue Berechnungen erforderlich, weil die Holzdecke nur begrenzt belastbar war. Die Vorarbeiten nahmen viel Zeit in Anspruch; die bis zu 400 kg schweren Eisenträger für die Krananlage mußten von Hand zur 2. Etage hochgezogen werden.

An einem Samstagmorgen wurden die letzten Vorbereitungen getroffen. Unter die Krananlage wurde eine – eigens konstruierte – Laufkatze, zum Anheben der Maschinen und zu deren Transport am Ausleger nach

draußen, montiert. Diese Laufkatze wurde nach hinten mit einem Greifzug gesichert, mit dem sie auch dirigiert werden konnte. Anheben und Ablassen der Maschinen erfolgte über ein Spezialdrahtseil durch einen Greifzug, der in der Toreinfahrt an einem langen Querholz verankert war. Das Drahtseil wurde über Umlenkrollen so geführt, daß nur eine geringe Last auf dem Greifzug lag. Gruppenführer Sion, der alle Pläne erstellt und die Berechnungen durchgeführt hatte, konnte gegen Mittag das Zeichen zum Ablassen geben. Alles klappte ohne Zwischenfall, auch die zweite Maschine kam gut unten an und wurde mit einem Hubwagen zur Straße gebracht. Dort übernahm ein Kranwagen die Verladung auf einen Lkw.

In der Zwischenzeit war eine Spezialvorrichtung zum Aufhängen der 2000 kg schweren Maschine geschweißt und montiert worden. Das Ablassen dieser Maschine mußte sehr vorsichtig erfolgen, weil die Gefahr eines Abknickens des als Ausleger dienenden Eisenträgers bestand.

Ein Querträger, der sich während des Ablassens langsam verbog, wurde mit Eisenstützen abgefangen. Nach 20 Minuten voller Spannung stand dann auch die schwere Maschine unversehrt auf dem Boden. Die THW-Helfer konnten nach dem Abbau der eingesetzten Geräte müde, aber zufrieden abrücken. Geschäftsführer Escherich zeigte sich von der Leistung der Helfer beeindruckt. Der Inhaber der Druckerei gab allerdings zu, daß er kaum damit gerechnet habe, daß die Maschinen heil unten ankämen und dankte allen Helfern für ihre gute Arbeit. G. E.

Freileitungsbau beim OV Mönchengladbach

Die Aufgaben, zu denen die E-Gruppen der beiden I-Züge des OV Mönchengladbach herangezogen werden, liegen in der Hauptsache beim Netz- und Freileitungsbau. Ihre Durchführung erfordert einen guten Ausbildungsstand. In Mönchengladbach wurde dieser Ausbildungsstand durch den ausgezeichneten Kontakt zum RWE erreicht. In einer wirklich guten

Zusammenarbeit zwischen den E-Gruppen und dem RWE bei den Ausbildungsveranstaltungen werden qualifizierte Helfer herangebildet. Dadurch ist für das RWE die Möglichkeit gegeben, bei entsprechender Aufsicht dem THW auch größere Arbeiten zu übertragen.

Die Zusammenarbeit, die schon mehrfach erprobt wurde, sollte sich beim Aufbau einer Niederspannungs-Freileitung für die Stromversorgung eines abseits liegenden Gebäudes wieder einmal bewähren. Die Aufsicht bei der Durchführung dieser Arbeit hatten Zugführer Fiedler und ein Vertreter des RWE. Es mußten zwei Fluchtmasten und ein – noch zu montierender – A-Mast aufgerichtet werden. Die Masten wurden für das Verlegen einer 200 Meter langen Freileitung benötigt. Das Material wurde vom RWE zur Verfügung gestellt und herangeschafft. Die Fluchtmasten wurden zunächst armiert, d. h. Durchsteckstifte und Isolatoren wurden angebracht; der A-Mast wurde vorher gezimmert. Dann wurden die Mastlöcher ausgehoben, das war im aufgeschütteten Gelände äußerst schwierig und auch langwierig. Anschließend wurden die Fluchtmasten und der A-Mast mit Hilfe sogenannter Folgen aufgestellt und ausgerichtet, zum Schluß die Freileiterseile aufgebracht. Das Spannen der Freileitung und der Anschluß an das Niederspannungsnetz blieben einem späteren Zeitpunkt vorbehalten, die Anschlußleitung konnte an diesem Tage noch nicht freigestellt werden. E. P.

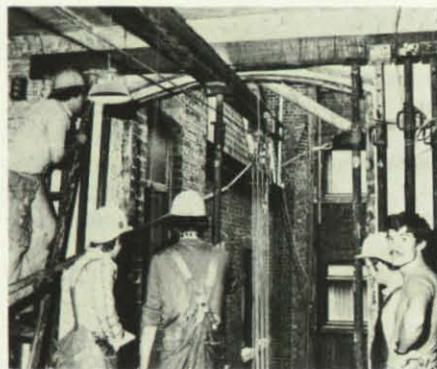
Nachruf

Der THW-Ortsverband Bonn trauert um seinen Schirrmeister

Wolfgang Goetz

der im Alter von 47 Jahren einem schweren Leiden erlag. Wolfgang Goetz gehörte dem THW seit 10 Jahren als engagierter Helfer an und widmete sich seinen Aufgaben mit ganzer Kraft. Ihm wird der THW-Ortsverband Bonn ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Bonn



Deutlich sind die verschiedenen Teile der selbstgebauten Krananlage erkennbar; sorgfältig wird der Vorgang des Abseilens kontrolliert.

Einsatz auf der Mülldeponie Eschweiler

Auf der Mülldeponie in Eschweiler-Röhe hatten sich durch dort abgelagerten Klärschlamm, der sich mit Fäkalien und Abfällen vermischte, ein großer Schlammsee gebildet. Durch die Gärprozesse waren die Anwohner einer starken Geruchsbelästigung ausgesetzt; außerdem bestand die Gefahr, daß sich Seuchenherde bildeten. Um den Schlamm zu neutralisieren und den Geruch zu binden, sollten große Mengen von Kalksand in die Schlammseen eingebracht werden. Das chemische Untersuchungsamt beurteilte die Erfolgsaussichten dieser Maßnahme sehr positiv.

Das THW wurde gebeten, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen; GF Escherich übernahm die Leitung der Aktion. Nach Prüfung der Möglichkeiten wurde geplant, auf dem Schlammsee Tonnenstege zu erstellen und über Förderbänder den Kalksand über die 15 000 qm große Fläche zu verteilen. Gleichzeitig wurde durch die Kreisverwaltung Aachen veranlaßt, daß große Mengen Kalksand zur Mülldeponie transportiert wurden.

Versuchsweise wurden von THW-Helfern ca. 7 cbm Kalk in einen Tümpel auf der Deponie eingebracht, jedoch ohne ein zufriedenstellendes Ergebnis. Nach Auffassung des chemischen Untersuchungsamtes konnte nur durch größere Mengen Kalksand der Gärprozeß so weit gestoppt werden, daß der Fäulnisgeruch nicht mehr auftreten würde.

Das THW überprüfte noch einmal die Möglichkeiten zum Einbringen des Kalksandes. Der Einsatz von Pontoons oder von Betonpumpen zum Besprühen der Seefläche erwies sich als undurchführbar. Daraufhin wurde beschlossen, Förderbänder auf Tonnenstege zu fahren und über diese den Kalksand zu verteilen. Die 1. BB Herzogenrath und der 1. BZ Hoengen wurde mit der Durchführung des Einsatzes beauftragt. Der 1. ABC-Zug Stolberg stellte einen ABC-Trupp ab. Das chemische Untersuchungsamt hielt es für notwendig, laufend Messungen durchzuführen, um festzustellen, ob Schwefelwasserstoff, Ammoniak, Methan oder Kohlenwasserstoff in unzulässigen Konzentrationen vorhanden waren. So sollten die Helfer der Bergungseinheiten rechtzeitig vor Vergiftungsgefahren gewarnt und gegebenenfalls

veranlaßt werden, schweren Atemschutz anzulegen.

Ein Krankenwagen der JUH, der mit zwei Sanitätern besetzt war, stand für eventuelle Notfälle an der Einsatzstelle bereit.

Das Material zum Bau der Tonnenstege und zwei Förderbänder wurden zur Einsatzstelle gebracht. An einem Samstagmorgen trafen zwei Züge der 1. BB am Einsatzort ein, die sofort mit dem Bau von Tonnenstegen begannen. Mehrere Helfer wurden eingesetzt, um den Kalksand vom Ufer aus über Förderband einzubringen. Von zwei Planiertrauben und einem Frontlader wurde ebenfalls Kalksand in den See geschoben. Der Kalksand wurde im rollenden Einsatz herangeschafft. Im Laufe des Nachmittags zeigte sich, daß das Einbringen von Kalksand über die Förderbänder wenig sinnvoll war, weil die bewältigten Mengen zu gering waren.

Daraufhin wurde entschieden, die kleineren Tümpel auf der Deponie mit Hilfe der Förderbänder zu beschicken. Die große Seefläche sollte, soweit dies möglich war, durch die Raupenfahrzeuge zugeschoben werden. Um 14.00 Uhr wurde die 1. BB durch den 1. BZ Hoengen verstärkt, der mit dem Abbau der nicht benötigten Tonnenstege begann. Nach dem Verbrauch des angelieferten Kalksandes wurden die Arbeiten gegen 18.00 Uhr beendet und alle Tonnenstege wieder abgebaut.

Der ABC-Trupp nahm während des ganzen Tages Messungen vor, die jedoch nur ungefährliche Werte ergaben. Gegen Mittag war infolge der großen Hitze die Geruchsbelästigung für die eingesetzten Helfer allerdings so stark, daß die Arbeiten vorübergehend eingestellt werden mußten.

Die Feuerwehr Eschweiler legte versuchsweise einen Schaumteppich über die Seefläche, um damit den Geruch – zumindest vorübergehend – zu binden. Diese Maßnahme war zwar wirkungsvoll, mußte jedoch mehrfach wiederholt werden.

Für das leibliche Wohl der Helfer sorgte der Verpflegungstrupp des OV Stolberg zur Zufriedenheit aller. Weil durch die schweren Fahrzeuge, die den Kalksand transportierten, immer wieder große Mengen Staub aufgewirbelt wurden, erhielt der ABC-Zug den Auftrag, eine Schlauchleitung zu legen und die Wege ständig zu besprühen, um die Staubbildung zu vermindern. Diese Maßnahme erwies sich als sehr sinnvoll.

Nach der Verladung des Materials fuhren die Einheiten um 19.30 Uhr in die Unterkünfte zurück.

Bei diesem Einsatz konnten wertvolle Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Einheiten verschiedener Fachdienste gesammelt werden. Zudem hat sich hier gezeigt, welche friedensmäßigen Aufgaben sich für den ABC-Dienst anbieten können.

Die zuständigen Vertreter des Kreises Aachen waren mit dem Einsatz sehr zufrieden; es bestätigte sich wieder einmal, daß das THW sehr vielseitig eingesetzt werden kann. G. E.

Brückenbau zum Reitturnier

Zum traditionellen Reitturnier in Wickrath wurde wieder mit einer großen Zuschauermenge gerechnet. Die Reiter mußten bisher mit ihren Pferden immer über den Fußgängerweg anreiten, aus Sicherheitsgründen sollte diesmal eine Brücke vom Anreitplatz zum Turnierplatz gebaut werden.

Mit der Bitte, diese Brücke für den Reitverein in Wickrath zu bauen, trat die Stadtverwaltung an das THW heran. Der OV Mönchengladbach war bereit, die Arbeit zu übernehmen. Zugführer Albert Rademacher, der den geplanten Standort besichtigte, entwarf die Brückenskizze und stellte eine Materialliste zusammen. Nachdem das Material von der Stadt angeliefert worden war, konnte die Arbeit beginnen. Zwei Bergungsgruppen unter Leitung von Zugführer Eisbach waren dazu eingesetzt. Die Brücke wurde von den Helfern in der Unterkunft vorgefertigt. In Wickrath wurde sie dann innerhalb von zwei Stunden – einschließlich der Erdarbeiten – errichtet.

Sie wurde freitragend erstellt, d. h. es wurde in der Mitte der 8 m langen und 3 m breiten Brücke kein Joch gesetzt. Die zulässige Belastbarkeit betrug bei unbewachtem Verkehr 6,2 t. Die Belastbarkeit der Brücke wurde deshalb so hoch gewählt, damit sie durch die hinübergeführten Pferde nicht in Schwingungen geraten konnte.

Erfreulich war, daß diese Brücke nach ihrer Demontage in das Eigentum des OV Mönchengladbach überging. Helfer des OV bauten die Brücke kurz darauf als Anschauungsobjekt auf der Ausstellung „Dortmund 76“ im Freigelände auf. E. P.

THW in Mayen hat jetzt neuen OB

Nach langer Zeit, in welcher die Funktion des OB im THW-OV Mayen nicht besetzt war, wurde jetzt der bisherige Zugführer Alfred Nagel in dieses Ehrenamt eingeführt. In einer Feierstunde überreichte HSGL 1, W. Lux, ihm die Ernennungsurkunde und erwähnte dabei Nagels Verdienste um den Aufbau und die Erhaltung des Ortsverbandes. Nagel versprach in seiner Antrittsrede, daß er sich ständig um die volle Einsatzfähigkeit des OV bemühen werde. Der Stadt, auch dem Kreis mit seinen Bürgern, sei die Hilfe des THW-OV in allen Katastrophen- und Notfällen sicher. Die Helfer würden stets ihr Bestes leisten, wenn sie gefordert würden.



HSGL Lux führte in Sinzig den OB Nagel in sein Ehrenamt ein; hier bei der Übergabe der Ernennungsurkunde.

Dies Versprechen gab auch der zuvor neu gewählte Helfersprecher Walter Jungbluth im Auftrag seiner Kameraden. Dem neuen OB versprach er zur Amtsübernahme: „Unser Geschenk für Sie ist unsere Einsatzbereitschaft.“

H. P.

Drei-Tage-Übung des OV Worms

Neben zahlreichen Einsätzen und technischen Hilfeleistungen führte der OV Worms im vergangenen Jahr auch eine Drei-Tage-Übung durch. Der umfassenden Prüfung der Einsatzbereitschaft und des Könnens in allen Fachgebieten sollte diese Übung dienen, sie sollte die Unterführer in möglichst großer Selbständig-

keit schulen. Am Vorabend, während der regelmäßig stattfindenden Ausbildung, wurde überraschend folgende Lage bekanntgegeben: „Ein Erdstoß hat Teile der Stadt Lampertheim zerstört und viele Einwohner obdachlos gemacht. In einem Tanklager ist ein Öltank gerissen; das Öl fließt in den Altrhein. Durch das starke Sinken des Rheinpegels droht das Öl in den Rhein zu gelangen. Eine über den Altrhein führende Brücke ist eingestürzt. Die Herstellung der Marschbereitschaft wird angeordnet.“

Die Unterführer erhielten einen schriftlichen Einsatzbefehl, in dem zwar die Lage und die Aufgaben der Züge bzw. Gruppen, jedoch keine Einzelheiten, wie etwa mitzunehmendes Gerät oder Material, enthalten waren.

Die Marschbereitschaft konnte von den Gruppen zeitgerecht hergestellt werden, obwohl vor allem dem I-Zug bisher nur Fahrzeuge ohne fest verlastetes Gerät zur Verfügung stehen.

Nach gründlicher Überprüfung hätten beide Züge – Bergungs- und Instandsetzungszug – sowie der Verpflegungstrupp ausrücken können. Der Übungsplan sah als Abmarschzeit Freitag, 19.00 Uhr vor, die Helfer konnten noch für eine Nacht und einen Arbeitstag nach Hause entlassen werden.

Pünktlich erfolgte dann am anderen Tage der Abmarsch. Nach der Ankunft auf dem Übungsgelände am Altrhein wurde unverzüglich mit dem Aufbau von Zelten, Küche, Beleuchtung und anderen für die erste Nacht benötigten Lagereinrichtungen – als erster Einsatzaufgabe – begonnen.

Am Samstagmorgen, nach dem Frühstück, der Einweisung in die Aufgabenstellung und die Schadenslage sowie der Unfallbelehrung, begannen die Arbeiten in den einzelnen Gruppen. Auf möglichst wirklichkeitsgetreue Ausführung wurde größter Wert gelegt.

Der Bergungszug baute die 8-t-Fähre mit Sd-Oberbau und führte anschließend Übersetzbetrieb durch.

Die AÖ-Gruppe errichtete eine zweifache Ölsperre: eine aus Hilfsmitteln (Balken, Bäumen), die zweite aus luftgefüllten B-Schläuchen. Die Gruppe öffnete und schloß beide Sperren für die durchfahrenden

Sportboote und legte sie über Nacht aus Sicherheitsgründen am Ufer fest. Gleichzeitig übernahm diese Gruppe auch die Entsorgung der Waschanlage und der Küche über eine Sickergrube.

Die E- und GW-Gruppen vollendeten den Ausbau und die Versorgung der „Notunterkünfte“. Dazu gehörten Stromversorgung einschließlich der Platzbeleuchtung, die während der Nacht mit dem Notstromaggregat 58 kVA erfolgte. Für den festen Anschluß an eine „intaktgebliebene“ Trafostation wurde eine 380-V-Niederspannungsleitung – vierfach verseilt – über drei Holzmasten, einen Dachständer und zwei Endverschlüsse gebaut. Die Installation der automatischen Pumpenschaltung für den Wasserturm war ebenfalls eine Aufgabe der E-Gruppe. Dieser Turm ist die neueste Errungenschaft des OV, Stiftung eines großen Betriebes, er wurde hier erstmals erprobt.

Der zwei Kubikmeter fassende, aus glasfaserverstärktem Palatal bestehende Behälter hat sich dabei hervorragend bewährt. Durch ihn war die Versorgung der selbstgefertigten Waschanlage gewährleistet. Da der Notbrunnen kein Trinkwasser förderte, mußte die Küche aus dem öffentlichen Wassernetz versorgt werden. Dazu wurde eine Trinkwasserleitung mit Wasseruhr zum Küchenzelt verlegt.

Alle diese Aufgaben wurden von den Helfern hervorragend gelöst; die Einsatzbereitschaft war erstaunlich. Daß sich pünktliche, gute und reichliche Verpflegung positiv auf die Arbeitsmoral auswirkt, hat sich auch hier wieder gezeigt. Die Leistung des Verpflegungstrupps wurde von allen voll anerkannt. Man kann sich die Begeisterung vorstellen, als es für die 80 Helfer am Sonntag zum Kaffee selbstgebackenen Kuchen gab. Am Abend, bei gemütlichem Beisammensein, zeigte es sich, daß es Unterhaltungskünstler gab, von deren Begabung man vorher nichts geahnt hatte. Die Besichtigung der Arbeiten, Erklärungen durch die Gruppenführer, Aussprachen und Kritiken, Verbesserungsvorschläge, aber auch Anerkennung und Lob füllten den Sonntagvormittag aus. Mit dem Abbau, Verladen und Rückmarsch am Nachmittag wurde das arbeitsreiche Wochenende beendet.

W. K.

Neuer OB in Sinzig

Leo Exius schied aus Altersgründen aus dem Ehrenamt als OB des THW-OV Sinzig. In einer Feierstunde, an der neben den Helfern des OV auch prominente Gäste von der Kreis- und Stadtverwaltung, sowie von den befreundeten Katastrophenschutzorganisationen teilnahmen, wurden Leo Exius' Verdienste um das THW von Dipl.-Ing. Joachim Lux, Referent in der THW-Leitung, und von LB Dipl.-Ing. Siegfried Drogies ausführlich gewürdigt. Als Gründer des OV hat Exius diesen in seiner Grundhaltung geprägt. Sein Vorbild in tatkräftiger Mitarbeit ist nicht ohne Nachahmung geblieben. Exius will mit Rat und Hilfe jederzeit auch in Zukunft dem THW zur Verfügung stehen.



OB Leo Exius – links – schied aus dem aktiven Dienst aus; sein Nachfolger ist Eckhardt Hoffmann.

Als sein Nachfolger wurde Eckhardt Hoffmann in das Amt des OB eingeführt. Er ist im THW kein Unbekannter, er war Lehrer an der KatS-Schule und danach Geschäftsführer in Düren. H. P.

Nachruf

Nach schwerer Krankheit ist am 12. Januar 1977 Frau

Anna Dörr

im Alter von 61 Jahren verstorben. Als Helferin hat sie viele Jahre lang die Unterkunft und die Bekleidung der Helfer betreut. Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

OB und Helfer des Ortsverbandes Speyer

Saarland



Auszeichnung für besondere Verdienste

Zahlreiche Gäste, unter Ihnen LB Reimann, der Vertreter des HVB von St. Wendel sowie Vertreter der befreundeten KatS-Organisationen waren anwesend, als der Bürgermeister von Theley, A. Schäfer, der auch Ortsbeauftragter des gastgebenden OV Theley ist, die über 300 Helfer aus den Ortsverbänden St. Wendel, Nonweiler, Freisen, Nohfelden und Theley zur zweiten gemeinsamen Helferversammlung aller OV des GFB St. Wendel willkommen hieß.

Während des offiziellen Teils der Veranstaltung in der Sport- und Kulturhalle Theley, der von Darbietungen des Musikvereins „Concordia“, des THW-Chors Theley, des Schaumberg-Kinderchors sowie der Melodica- und Akkordeongruppe Theley umrahmt wurde, erhielt Zugführer Krämer im Auftrag des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Zielinski, das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz. Der Ortsbeauftragte für Nonweiler, Franz Kasper, und der Zugführer des OV Theley, Josef Schütz, wurden mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet. LB Reimann überreichte die Auszeichnungen. Weitere Helfer erhielten Ehrenurkunden für

die 10jährige Zugehörigkeit zum THW. LB Reimann würdigte in einer Festansprache die Leistungen der Ausgezeichneten.

Franz Kasper gehört seit 1962 dem THW-OV Nonweiler an. Er war Mitbegründer und ist seither Ortsbeauftragter. Seit Beginn seiner Mitgliedschaft im THW hat sich OB Kasper mit außergewöhnlichem persönlichen Engagement für den Auf- und Ausbau des ihm anvertrauten Ortsverbandes eingesetzt.

Ob es um die Werbung von Helfern oder um die Beschaffung von Material zum Bau der ehemaligen Behelfsunterkunft mit Garagen ging, oder es sich um Werkzeuge und Geräte handelte, immer war Kasper unermüdlich.

Selbst beim Bau der Garagen, Werkstätten, des Gerätelagers und ähnlichen Maßnahmen stand er wie jeder andere Helfer mit in der Reihe und half. Seine Kontakte zu den wichtigsten Dienststellen, den Organisationen und Verbänden haben dem OV Nonweiler Vorteile und einen guten Ruf eingebracht.

Zugführer Schütz, der ebenfalls 1962 dem THW-OV St. Wendel beitrug, setzte sich für einen THW-Stützpunkt in Theley ein, dessen Leiter er dann wurde. Seine intensive Werbung für

das THW führte dazu, daß bereits im Januar 1963 in Theley ein eigenständiger Ortsverband gegründet werden konnte. Schütz wurde das Amt des Ausbildungs- und Einsatzleiters übertragen.

Wenn heute der OV Theley in verschiedenen Bereichen als vorbildlich gilt, ist dies in erster Linie das Verdienst von Zugführer Schütz. Seine beruflichen Fachkenntnisse haben es u. a. ermöglicht, das dem OV zur Verfügung stehende Gelände von rund 1 ha Größe zu einem mustergültigen Übungsgelände herzurichten. Dieses Ziel hat Schütz nicht zuletzt durch seinen persönlichen Einsatz außerhalb der üblichen Ausbildungszeiten erreicht und damit auch die übrigen Helfer des OV immer wieder angespornt.

Eine Übung des OV Blieskastel

Um die Einsatzbereitschaft der THW-Helfer zu überprüfen, führte der OV Blieskastel an einem Wochenende auf dem Übungsgelände des OV Blieskastel-Abweiler eine Übung durch. Bei dieser Gelegenheit wurden ein Bergungszug sowie die Junghelfer des OV eingesetzt. Während dieser Übung, an der in Vertretung des THW-Landesbeauf-

tragten HSGL Faß teilnahmen, wurden verschiedene Arten von Stegen und Behelfsübergängen gebaut, um diese Ausbildungsphase in der Praxis zu vervollkommen.

Alle Arbeiten – sie standen unter der Leitung von OB Stolz und wurden entsprechend dem Übungsprogramm auch teilweise bei Dunkelheit durchgeführt – konnten mit Erfolg abgeschlossen werden. Die Junghelfer waren begeistert, weil sie hier einmal Gelegenheit hatten, Erlerntes in die Praxis umzusetzen. G. F.

OV Saarbrücken war bei der Ausstellung dabei

Das 15jährige Bestehen der Reservistenkameradschaft Saarbrücken nahmen die Katastrophenschutzorganisationen der Landeshauptstadt zum Anlaß, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Katastrophenschutz die Besucher einmal über die Möglichkeiten dieser Organisationen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu unterrichten.

Auf dem Ausstellungsgelände, welches sich vom Vorplatz des Staatstheaters bis zur Saar hinzieht, stellten der THW-Ortsverband Saarbrücken, die Feuerwehr, das DRK, der MHD, der BVS und die DLRG Fahrzeuge und Geräte aus.

Wie man mit einfachsten Mitteln einen Fluß – die an dieser Stelle ca. 55 m breite Saar – überqueren kann, demonstrierte das THW mit einem Bretter-Schwimmsteg. Er konnte, zum Erstaunen der zahlreichen Zuschauer, in kürzester Zeit bis an das andere Ufer der Saar gebaut werden. G. F.

Gemeinsam mit Feuerwehr und DRK geübt

Gemeinsame Interessen bei der Bekämpfung von Katastrophen bekundeten die Feuerwehr, das DRK und der THW-OV Neunkirchen anläßlich der Jahresabschlußübung der Feuerwehr Neunkirchen.

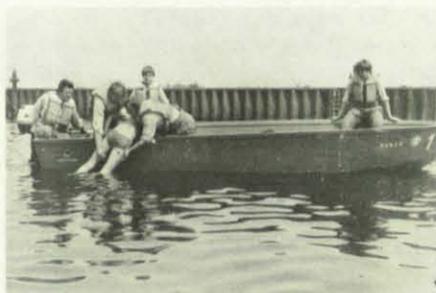
In Anwesenheit von Oberbürgermeister Neubert, Landesbrandinspektor Flick, GF Müller, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und einigen hundert interessierten Zuschauern, wurde auf dem Güterbahnhof Wiebelskirchen Katastrophenhilfe nach der Explosion eines mit Benzin gefüllten Kesselwagens, wobei erhebliche

Brände entstanden waren, geübt. Aufgabe des vom THW-OV Neunkirchen hierzu eingesetzten Bergungszuges war die Bergung und Rettung von Menschen auf verschiedene Weise sowie der Bau von Schlauchbrücken für die Feuerwehr.

In der Abschlußbesprechung dankte Bürgermeister Groß allen Beteiligten für den Einsatz und wies auf die Notwendigkeit solcher Gemeinschaftsübungen hin. Landesbrandinspektor Flick und Wehrführer Hirsch betonten die gute Zusammenarbeit von Feuerwehr, DRK und THW. Die Übung habe gezeigt, daß eine solche Zusammenarbeit Voraussetzung für die Bekämpfung einer Katastrophe größeren Ausmaßes sei.

Wasserübung des OV Nohfelden

Der THW-OV Nohfelden ist wegen des nahegelegenen Bostalstausees auch mit dem Wasserdienst betraut worden. Vor einiger Zeit richtete der OV für drei Tage bei Besch an der Mosel ein Zeltlager ein, um die Ausbildung der Helfer zu vertiefen und das Fahren auf fließendem Wasser zu üben. Übungsaufgaben der 40 beteiligten Helfer unter der Gesamtleitung von Zugführer Pertzborn: Ausrüsten und Zu-Wasser-Bringen der Boote, Fahren mit und ohne Motorkraft, Transport Verletzter auf dem Wasser, Bergen in Not geratener Wasserfahrzeuge.



THW-Helfer bei einer Rettungsübung auf der Saar; ein Schwimmer wird an Bord gezogen.

Ergänzende Maßnahmen hierzu: Bau eines Anlegesteges mit Behelfsmitteln, Aufbau eines Zeltlagers mit sanitären Einrichtungen. Interessierte Besucher – die sich von dem guten Ausbildungsstand der Helfer aus Nohfelden überzeugen konnten – waren OB Scheid, HSGL Faß sowie die Geschäftsführer für den Bereich St. Wendel und Neunkirchen. G. F.

Nachtübung



Das Technische Hilfswerk hat in den 25 Jahren seines Bestehens in zahlreichen Einsätzen bei Industrie-, Verkehrs- und Naturkatastrophen im In- und Ausland reiche Erfahrung sammeln können. Es hat sich bei vielen Hilfsmaßnahmen durch schnellen und wirkungsvollen Einsatz bewährt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird auf die Ausbildung von Helfern in den vom THW übernommenen Fachdiensten großer Wert gelegt. Dazu gehört auch die Ausbildung im Wasserdienst, eine Teilaufgabe des Bergungsdienstes. Unsere Bilder zeigen den Bau von Schwimmstegen anläßlich einer Nachtübung.



Hochwasser bedrohte Fabrikbetrieb

Eine starke Schneeschmelze, verbunden mit erheblichen Regenfällen, ließ den sonst so zahmen Gebirgsbach Gutach am 26. Januar zu einem reißenden Strom anschwellen. Auf dem Betriebsgelände einer Steingutfabrik in Hornberg führte zu dieser Zeit eine Baufirma Arbeiten zur Erweiterung der Produktionsräume durch. Dabei mußte auch die Gutach mit einer Betondecke überspannt werden.

Das dazu errichtete Baugerüst war für die plötzlich auftretenden Wassermassen ein großes Hindernis; auch wurde durch Schwemmgut der Durchfluß noch weiter behindert. Als Folge bildete sich ein gefährlicher Wasserstau oberhalb der Baustelle, durch den enormen Druck der Wassermassen wurde das Gerüst samt Auflageträger, Schalung und Stahlarmierung unter den bereits fertiggestellten Betonüberbau gepreßt. Das Wasser staute sich vor diesem Engpaß bis zu 7 m hoch. Es bestand die Gefahr, daß auch die Produktionsräume der Firma überflutet und durch Eisenteile die Hochspannungskabel beschädigt werden könnten. Dies hätte die Stilllegung des Betriebes zur Folge gehabt. Dabei wäre es zu einem täglichen Produktionsausfall von DM 40 000 gekommen; nicht zu reden von den sehr hohen Kosten für die Reparatur der Brennöfen bei einem solchen plötzlichen Ausfall.

Nachdem die örtliche Feuerwehr keine Möglichkeiten zu weiteren Bergungsmaßnahmen mehr sah, wurde mit Einverständnis der Firmenleitung der THW-OV Biberach/Baden alarmiert.

Mit Hilfe von Greifzügen und durch Einsatz eines Autokrans war in mühseliger Handarbeit bis zum Abend das Gerüstmateriale soweit abgeräumt, daß ein fast ungehinderter Durchfluß des Wassers gewährleistet war.

W. N.

Sanitätsmittel wurden umgelagert

Umstrukturierungsmaßnahmen bedingten die Auflassung des Zivilschutz-Sanitätsmittellagers Bühlertal und die Umlagerung der dort einge-

lagerten Verband- und Arzneimittel in die neue Lagerhalle des ZS-Zentrallagers Kenzingen. Das Regierungspräsidium in Freiburg bat den THW-Landesbeauftragten für Baden-Württemberg um Mitarbeit bei dieser umfangreichen Aktion. Das THW war bereits in einem ähnlichen Fall für das Regierungspräsidium tätig geworden. Im Hinblick auf die Erfahrungen, über die das THW bei Transporten von Sanitätsmaterial und anderen Versorgungsgütern im Rahmen der humanitären Hilfe bereits verfügt, wurde die gewünschte Unterstützung zugesagt. Die Sachbearbeiter des Regierungspräsidiums Freiburg und der THW-Landesleitung besichtigten gemeinsam mit den örtlichen Führungskräften die beiden Lager. Dabei wurden die Einzelheiten der Durchführung eingehend besprochen.

Insgesamt mußten etwa knapp 1000 cbm Sanitätsmittel verschiedener Art, die im Keller, Erdgeschoß und 1. und 2. Obergeschoß einer stillgelegten Zigarrenfabrik untergebracht waren, umgelagert werden. Hierzu waren durch das THW in erster Linie die folgenden Leistungen zu erbringen: Der Bau kleiner Rampen und Rutschen in einfacher Holzkonstruktion, die auf Treppen aufgelegt werden konnten; örtliche Vorbereitungen zur Auslagerung im alten Lager Bühlertal. Diese Arbeiten erledigten Helfer des B- bzw. I-Zuges des OV Bühl an mehreren Abenden. Für das Be- und Entladen der Fahrzeuge in den Lagern Bühlertal und Kenzingen stellten die Ortsverbände Baden-Baden, Bühl, Rastatt, Emmendingen und Freiburg an vier aufeinanderfolgenden Samstagen wechselweise Kommandos des B- oder I-Dienstes in Stärke von je 2 Gruppen ganztätig ab.

Zur Durchführung der Transporte zwischen Bühlertal und Kenzingen – Entfernung etwa 100 km – waren der 10-t-Lkw und der Sattelzug des OV Pforzheim sowie die 4,5-t-Lkws der OV Baden-Baden, Emmendingen, Freiburg, Freudenstadt, Titisee-Neustadt und Waghäusel eingesetzt. Damit die Umlagerung zeitgerecht abgeschlossen werden konnte, führten die Lkws an den Einsatztagen jeweils 2 Fahrten durch. Die Fahrzeuge waren mit zwei Kraftfahrern besetzt. Durchschnittlich legte jedes Fahrzeug ca. 500 km je Einsatztag zurück.

Der OV Baden-Baden hielt einen Materialerhaltungstrupp mit behelfsmäßiger Ausstattung – verlastet in Kombi – bereit.

Der Einsatz, an dem 271 Helfer und Mitarbeiter der GFB-Dienststelle Freiburg beteiligt waren, verlief planmäßig. Der MatETr wurde zweimal eingesetzt, einmal war ein defekter Gaszug zu reparieren, zum anderen mußte ein verunglückter Lkw geborgen werden, der bei plötzlichem Glatteis von der Fahrbahn abgekommen war. Die erheblich deformierte Spurstange wurde nach Absprache mit der zuständigen KatS-Zentralwerkstatt sofort durch eine neue ersetzt.

Bei dieser umfangreichen Hilfeleistung, zu der Kräfte der B- bzw. I-Einheiten aus verschiedenen Kreisen zusammengezogen wurden, hat sich wieder einmal bestätigt, daß eine exakte Erkundung, ineinandergreifende Planung und eine sich darauf stützende Einsatzanweisung mit klaren Kompetenzen unabdingbare Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf sind. Die Führungskräfte konnten bei dieser kurzfristig angesetzten Hilfeleistung mit zusammengefaßten Kräften wieder einmal unter Beweis stellen, daß das THW auch überörtlich schnell und wirkungsvoll eingesetzt werden kann. Der Regierungspräsident in Freiburg, Dr. Person, hat sich in einem Schreiben anerkennend über den Einsatz geäußert und den Landesbeauftragten gebeten, diesen Dank auch den eingesetzten Helfern und Führungskräften zu übermitteln.

G. K.

Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen

Während der Verkehrsspitzenzeiten im vergangenen Jahr standen Helfer aus den Einheiten der THW-Bergungs- bzw. Instandsetzungsdienste wieder zur Unterstützung der im Unfallrettungswesen tätigen Dienste und Verbände (Polizei, Sanitätsorganisationen, Feuerwehr u. a.) bereit. Dieser Bereitschaftsdienst zur technischen Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen besteht nunmehr seit 1971. In Abstimmung mit der obersten KatS-Behörde des Landes wird das THW an 24 neuralgischen Punkten während der Oster- und Pfingstfeiertage sowie der Hauptreisezeit, aber auch

in besonders verkehrsreichen Zeiten eingesetzt. Die unverzüglich einsetzbaren, im unmittelbaren Bereich von Gefahrenpunkten bereitgehaltenen Schnelltrupps – jeweils fünf Helfer mit einem Kombi und entsprechender Ausstattung – und die sechs zusätzlichen Gerätetrupps – jeweils zwei Helfer mit einem Gerätekraftwagen – können sehr rasch Hilfe vielfältiger Art bringen. In 317 Fällen wurde 1976 solche technische Hilfe im weitesten Sinne geleistet: Unfallopfer- und Sachgüterbergung, Räumung der Verkehrsflächen von Unfall- und Pannenfahrzeugen, Beseitigung von Umweltgefahren sowie Präventivmaßnahmen zur Verkehrssicherung. Die Einbindung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz wurde durch die Wahrnehmung dieses Bereitschaftsdienstes weiter gefördert. Das personelle und materielle Potential, über das das THW zur Aufgabenerfüllung auf Grund des Errichtungserlasses vom 25. 8. 1953 und des KatSG vom 9. 7. 1968 verfügt, wurde während dieser Einsätze zur technischen Hilfe bei Verkehrsunfällen wirkungsvoll genutzt. G. K.

Trinkwasserversorgung gesichert

Als eine Folge der anhaltenden Trockenheit im vergangenen Jahr ging die Quellschüttung des Wasserwerks Creglingen (Main-Tauber-Kreis) um etwa 60 % zurück. Die ausreichende Versorgung für ca. 25 000 Verbraucher war dadurch gefährdet. In der Zeit vom 26. 6. bis 5. 7. 1976 waren die beiden Trinkwasseraufbereitungsanlagen, die bei den Ortsverbänden Adelsheim und Blaubeuren stationiert sind, ständig in Creglingen eingesetzt. Zusätzlich war am 26. und 27. 6. 1976 auch die TWA des OV Stuttgart in Betrieb. Das Rohwasser wurde aus der beim Wasserwerk Creglingen vorbeifließenden Tauber entnommen. Das aufbereitete Wasser wurde jedoch nicht direkt an die Verbraucher abgegeben, sondern unter Vorschaltung des Wasserwerks in das Netz eingespeist. Dadurch wurden die Nachteile und Erschwernisse, die bei der Einzelverteilung – Zufuhr durch Trinkwassertransportfahrzeuge und Abgabe in Eimern, Kannen, Kanistern und ähnlichen Behältnissen – auftreten, vermieden. Die erwähnten TWA sind landeseigene Anlagen. Dem THW wurden vor geraumer Zeit vom Ministerium

für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Baden-Württemberg sechs TWA und drei Entöhlungsanlagen überlassen. Das THW hat für den Betrieb dieser Anlagen bei den Ortsverbänden TWA-Trupps (jeweils ein Unterführer und drei Fachhelfer) aufgestellt. G. K.

Gemeinschaftsübung mit der Feuerwehr

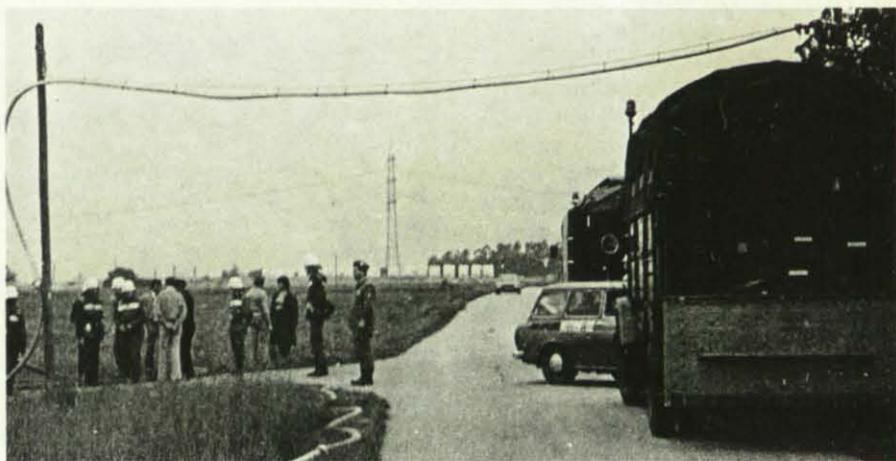
Die Ausbildungsstufe III sieht für das THW Übungen mit anderen Verbänden vor. Das THW Baden-Baden nahm gemeinsam mit dem DRK an einer Einsatzübung der Freiwilligen Feuerwehr Baden-Sandweier und der Abteilungen Oos, Haueneberstein und Balg teil. Die Übung fand auf dem Gelände der Autobahnmeisterei Baden-Baden statt. Als realistische Übungsannahme war die Explosion eines abgestellten Tankwagens zugrunde gelegt worden. Ein Fahrer wurde in seinem Pkw eingeschlossen und verletzt, weitere Fahrzeuge sowie die Kfz-Halle der Autobahnmeisterei gerieten in Brand; die Stromversorgung der Hilfszentrale der Autobahnmeisterei fiel aus.

Über Telefon wurde die Feuerwehr Sandweier alarmiert, die bereits nach wenigen Minuten eintraf und der Schadenslage entsprechend DRK und THW alarmierte. Unter schwerem Atemschutz barg die Feuerwehr die „Verletzten“ und übergab sie dem DRK, welches bereits Zelte zu ihrer Versorgung aufgebaut hatte. Da die Löschwasserversorgung am Ort nicht ausreichte, mußte eine

1,3 km lange Schlauchleitung vom Friedhof Sandweier aus gebaut werden, dabei kam das THW zum Einsatz. Die Leitung führte über zwei stark befahrene Straßen, die mittels zweier Schlauchbrücken überbaut werden sollten. Mit dem Erdbohrgerät wurden die Mastlöcher gegraben und darin sechs Meter hohe Telefonmasten aufgestellt. Mit Steigeisen gingen die Helfer nach oben und befestigten ein Greifzugseil, welches rechts und links der Straße mit Hilfe von Erdankern abgespannt wurde. Zum Einhängen und Herüberziehen des Schlauches wandte der OV Baden-Baden ein eigenes „Patent“ an: In rundgebogene Haken aus Bau Stahl, die im Durchmesser der Schlauchdicke entsprechen und mit einer Öse zum Einhängen ins Seil versehen sind, wurde der Schlauch eingehängt – Hakenabstand etwa 80 cm – und mit einer Bindeleine über das Tragseil gezogen. Die Bauzeit pro Schlauchbrücke betrug etwa 20 Minuten.

Für die dringend notwendige Stromversorgung der Zentrale der Autobahnmeisterei wurde der neue 15-kVA-Notstromhänger des OV eingesetzt. Er kann auch über den angebauten Teleskopkurbelmast mit zwei 1000-Watt-Strahlern die Schadensstelle ausleuchten. Als Zubehör sind auf ihm verlastet: Baustromverteiler, Anschlußkabel- und Stecker, Benzinkanister.

Die Zusammenarbeit des THW mit Feuerwehr und DRK klappte sehr gut; das kam auch bei der abschließenden Übungsbesprechung zum Ausdruck. Weitere Übungen dieser Art sollen folgen. R. M.



Die Schlauchbrücke steht – deutlich sind die selbstgefertigten Haken, an denen der Schlauch hängt, zu erkennen.

Ein 20 t schwerer Steg wurde gehoben

Nach vier Stunden war alles vorbei; die Helfer des THW-OV Mühldorf hatten in dieser Zeit den Rottsteg am Kirchenweg in Neumarkt-St. Veit um 50 Zentimeter angehoben. Für das Mühldorfer THW war diese Arbeit eine Übung; für die Stadt Neumarkt-St. Veit war sie ein Beitrag für die Hochwasserfreilegung. Die Bevölkerung aber betrachtete diesen gelungenen Einsatz als Beweis für die Einsatzbereitschaft des THW.

Die Anhebung des rund 20 Tonnen schweren Betonsteges war für die THW-Männer allerdings nur eine Kleinigkeit. „Auf diese Weise könnten

wir bis zu 80 Tonnen heben“, versicherte OB Inninger, der zusammen mit GF Müller den Übungseinsatz leitete. Schwierigkeiten gab es nur bei der Standbefestigung der „Hebemandl“, weil der lockere Ufergrund beim ersten Hebeversuch nachgab. Mit einem entsprechenden Unterbau war der Rest nur noch Routine. Der angehobene Steg wurde abgesichert, dann konnten die Heber wieder entfernt werden. Ein starkes Betonfundament wird künftig den Steg in seiner erhöhten Lage festhalten. Durch die Anhebung wurde erreicht, daß Hochwasser in Zukunft ohne Stau unter dem Steg durchfließen kann.



Auf festem Unterbau wird ein Öldruckheber unter der Brücke angesetzt – die Brücke wurde um 50 cm angehoben.

OV Nürnberg unterstützt Deutsche Krebs-Hilfe

Während des vom OV Nürnberg veranstalteten „Tages der offenen Tür“, der in jedem Jahr stattfindet, wurde diesmal eine Spendenaktion zu Gunsten der Deutschen Krebs-Hilfe durchgeführt.

An den „Stationen“ der einzelnen Vorführungen, wie etwa beim Zugschnitt von Brotzeit-Tellern aus Birkenstämmen, aber auch bei der Essenausgabe – es gab Gulaschsuppe – waren für die Besucher Sammelbüchsen aufgestellt worden. Am Schluß der Veranstaltung wurde das bei der Demonstration des hydraulischen Rettungsgerätes zerlegte Auto an die Zuschauer „versteigert“.



Vor zahlreichen Zuschauern demonstrierten Helfer des THW die Anwendung von hydraulischen Rettungsgeräten an einem Unfallwagen.

Der gesamte Erlös in Höhe von DM 697,15 wurde der Deutschen Krebs-Hilfe zur Verfügung gestellt. R. F.

Leistungsschau und Leistungsdiskussion

Sein 25jähriges Bestehen nahm der THW-OV Augsburg zum Anlaß, sich mit drei Veranstaltungen der Augsburger Bevölkerung vorzustellen.

Auf dem „Plärrergelände“ beteiligte sich der OV im Rahmen der erstmals in Bayern gezeigten Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“.

Gemeinsam mit dem Roten Kreuz, dem Malteser-Hilfsdienst, der Johanner-Unfall-Hilfe, der DLRG und dem Arbeiter-Samariter-Bund gab er einen Überblick über seine Hilfsmöglichkeiten. Schirmherr dieser Veranstaltung war Oberbürgermeister Hans Breuer, der bei der Eröffnung der Ausstellung den rund 2200 freiwilligen Helfern der verschiedenen Katastrophenschutz-Organisationen in Augsburg für ihre Tätigkeit dankte.

Mitten im Herzen der Stadt, auf dem großen Rathausplatz, stellte der THW-Ortsverband seine Fahrzeuge und einen Großteil der ihm zur Verfügung stehenden Geräte der Augsburger Bevölkerung vor. Besonderes Interesse fanden – neben den technischen Geräten – die vorbildgetreu angefertigten Modelle verschiedener Steg- und Hilfsbrückenkonstruktionen.

Ein Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerhard Baum, Bundesinnenministerium, in der THW-Unterkunft beschloß die Kette von Veranstaltungen für die Augsburger Öffentlichkeit. Mit Staatssekretär Baum ergab sich eine rege und sehr offene Sachdiskussion über Fragen und Anliegen des Technischen Hilfswerks; dabei wurde aus dem Kreis der Führungskräfte des THW – Geschäftsführerbereich Mittelschwaben – so manches Problem vorgetragen.

Den zum anschließenden kleinen Empfang erschienenen Gästen – Vertretern der Regierung von Schwaben, der Stadt Augsburg, des THW-Landesverbandes Bayern und der anderen Hilfsorganisationen – servierten

Helfer des Ortsverbandes Friedberg ein auf ihrem Feldkochherd zubereitetes schmackhaftes Gulaschgericht.

K. D. S.

Übung des OV München

Lange Wochen der Vorbereitung und mehrere Abende heißer Diskussionen im „harten Kern“ – BF Peter und seine engsten Mitarbeiter – waren der Übung vorangegangen. An einem Freitagabend war es dann soweit: 73 Helfer der 2. Bergungsbereitschaft und vier Sanitäter des Roten Kreuzes waren im Hof des Zentrums für Katastrophenschutz (ZfK) angetreten. Sie harrten der Dinge, die da kommen sollten.

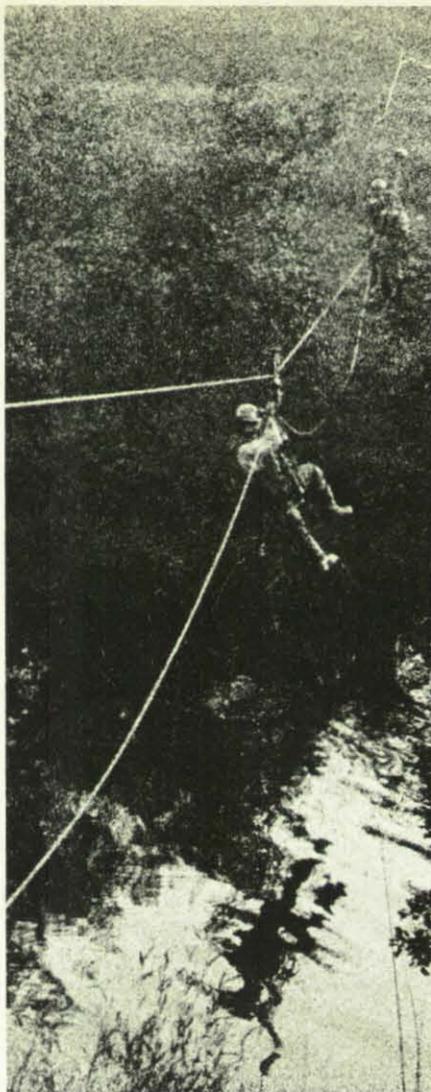
Nach einer kurzen Einführung stand zunächst „Bettenbauen“ – im ersten Untergeschoß des ZfK (Schutzraum, sonst als Tiefgarage benutzt) – auf dem Programm. Dank tatkräftiger Mithilfe aller Helfer waren die vierstöckigen Feldbetten (insgesamt 125) rasch aufgebaut; das anschließende erste gemeinsame Abendessen war redlich verdient. Ab 21.00 Uhr war Nachtruhe – die sollte allerdings nur kurz sein.

Sonderlich begeistert waren die Helfer natürlich nicht, als sie am Samstag um 1.00 Uhr über die Lautsprecheranlage mit Sirenengeheul geweckt wurden und – wegen versprühten Reizgases – die ABC-Schutzmasken angelegt werden mußten. Einige Tränen, die als Folge undichter Masken vergossen wurden, konnten die Rot-Kreuz-Helfer bald wegspülen.

Nach dem Aufsitzen auf die Fahrzeuge waren diese Widrigkeiten auch schon bald wieder vergessen; die Fahrt ging ins Übungsgelände des ehemaligen Forts Zuchering bei Ingolstadt.

Die Übungsanlage im Zuchering: „Ein Verkehrsflugzeug ist auf ein Altenheim, in dem ca. 80 Menschen lebten, gestürzt; dieses Heim ist wegen des umgebenden Wassergrabens nur schwer zugänglich. Der Oberbürgermeister von Ingolstadt löst Katastrophalarm aus; der OV München wird im Rahmen der Nachbarschaftshilfe beauftragt, die Schadensstelle auszuleuchten und den Wassergraben zu überbrücken.“

Die 2. Bergungsbereitschaft traf gegen 2.30 Uhr an der „Schadensstelle“ ein und begann sofort mit der Durchführung der notwendigen Arbeiten.



Mit Hilfe einer Seilbahn überquert ein THW-Helfer einen Fluß.

Nach dem Aufstellen der Scheinwerfer wurde der Bau eines Hängesteiges, eines Muldenfloßes und einer Materialseilbahn in Angriff genommen.

Zum Übersetzen des Baumaterials stand ein Sturmboot zur Verfügung.

Obwohl die jüngeren Helfer bisher noch keine praktische Erfahrung im Stegebau hatten, war das Übungsziel überraschend schnell erreicht.

Gegen 7.30 Uhr wurde – des entgangenen Schlafes wegen – eine Ruhepause eingelegt. Um 11.00 Uhr gingen die Helfer daran, das Gelände aufzuräumen und die Geräte zu verlasten. Inzwischen hatte die Küchenmannschaft auf dem mitgeführten Feldkochherd Wiener Schnitzel und reichlich Salat zubereitet; im Anschluß an die Arbeiten schmeckte jedem das Essen.

Gegen 12.30 Uhr führte die Fahrt weiter ins Übungsgelände bei Boblingen. Wegen des Wochenend-Fahrverbotes durften nur Landstraßen befahren werden, daher dauerte die Fahrt mit kurzem technischen Halt fast 2 1/2 Stunden.

Die Übungslage Boblingen: „Schweres Explosionsunglück in einem Großbetrieb, Teile der Fabrikanlagen wurden total zerstört, umliegende Häuser schwer beschädigt. Der Landrat von Augsburg hat Katastrophalarm ausgelöst und den OV München ersucht, bei der Bergung von Verschütteten zu helfen. Wegen der bei der Explosion freigesetzten Schadstoffe kann der Einsatz nur mit leichtem, teilweise mit schwerem Atemschutz durchgeführt werden.“

Es wurde eine Seilbahn gebaut, das Bergen aus Höhen über Leiterhebel und mit senkrecht ablassen sowie die Bergung aus Trümmern geübt.

Die Übung wurde vorzeitig beendet, so konnte die Heimfahrt nach München bereits gegen 19.00 Uhr erfolgen und der dort vorgesehene Kameradschaftsabend beginnen.

Noch ziemlich müde stolperten die Helfer am Sonntag bereits um 5.00 Uhr wieder durch die Gänge des Schutzraums, weil erneut Alarm gegeben worden war. Diesmal ging die Fahrt allerdings nur nach München-Hochbrück, wo sich ein Zug mit Mauerdurchbrüchen beschaffte und ein anderer Zug ein Schrottfahrzeug aus einem Abgrund barg.

Diese Aufgaben wurden ebenso zügig wie gut erledigt. Nach der Rückkehr ins ZfK wurde gegen 10.00 Uhr mit den allgemeinen Aufräumarbeiten und dem Abbau der Feldbetten begonnen. Um 12.00 Uhr gab es noch eine Münchner Brotzeit, die nach den Anstrengungen der vergangenen Tage allen willkommen war.

Bevor die Helfer ins verbleibende „private“ Wochenende entlassen wurden, diskutierte man noch über die absolvierte Übung. Diese Übung wurde außergewöhnlich gut aufgenommen; Kritik wurde nur an einigen kleineren organisatorischen Mängeln geübt, die sicher bei der nächsten Wochenendübung abgestellt sein werden. BF Peter verabschiedete die THW-Helfer und dankte auch den Helfern des Roten Kreuzes und dem Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München, ohne deren Hilfe die Durchführung der Übungsveranstaltung nicht möglich gewesen wäre.

H. K.

42 Jahre im öffentlichen Dienst

Regierungsamtmann Heinz Seidemann, Sachgebietsleiter für Verwaltung im Warnamt V, Linnich-Welz, schied am 26. November 1976 aus dem aktiven Dienst aus. In einer Feierstunde wurde ihm im Auftrag des Bundesministers des Innern die Ruhestandsurskunde ausgehändigt. Vor den versammelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Warnamtes V zeichnete der Warnamtsleiter in seiner Abschiedsansprache die 42 Jahre Berufsleben von Heinz Seidemann auf, die er im Staats- bzw. Bundesdienst verbracht hat.

Nach seiner Schul- und Berufsausbildung trat er im August 1934 in den – damals noch freiwilligen – Arbeitsdienst ein.

Nach Kriegsende und Gefangenschaft wurde er am 23. August 1945 als Angestellter bei der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes Jülich eingestellt. Am 1. Februar 1960 trat er vom Arbeitsamt Jülich zum Warnamt V über, wo ihm auf Grund seiner Fachkenntnisse der Aufbau und der Ausbau einer funktionsfähigen Verwaltung des Warnamtes übertragen wurde. Er war bis zu seiner Verabschiedung Sachgebietsleiter in dieser Verwaltung. RA Becker, der derzeitige Amtsleiter, dankte Seidemann im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für seine kollegiale Mitarbeit und auch dafür, daß er sein Fachwissen und seine Lebenserfahrung stets in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt hat. Für alle Anliegen seiner Mitarbeiter hatte er stets ein offenes Ohr.

Der Vorsitzende des Personalrates, Einsatzleiter Schmale, überreichte dem Scheidenden zur Erinnerung ein Abschiedsgeschenk, verbunden mit den guten Wünschen für den verdienten Ruhestand.

Der Gast aus England

Der Kommandeur hatte das „Check-Team“ angekündigt: eine Gruppe von Offizieren verschiedener NATO-Dienststellen, deren Aufgabe die Überprüfung der Luftwaffenkampfführungs-Anlage war. „Ein Flight-Lieutenant (Hauptmann) der britischen Luftwaffe“, sagte er zur mir, „möchte gerne auch die Kabine der Warn-dienst-Verbindungsstelle sehen. Sind

Sie einverstanden?“ Natürlich war ich einverstanden – bei Kommandeuren ist man immer „einverstanden“. Am Morgen des nächsten Tages kam der Hauptmann. Allerdings war das eine große Überraschung; es war kein Haupt„mann“ sondern eine Haupt„frau“! Tatsächlich. Sie war ganz reizend, sie war hübsch, hatte dunkles Haar und lustige Augen; die fliegerblaue Offiziersuniform im Kostümschnitt stand ihr ausgezeichnet. Ich hielt ihr – auf Englisch – einen ausführlichen Vortrag über die Aufgaben und die Arbeitsweise des deutschen Warndienstes, über „co-operation, co-ordination, tasks and measures, telecommunication, report of tactical air situation“, kurz über alles das, was für einen fachkundigen Besucher wissenswert ist. Ihre Fragen waren höchst sachkundig.

Nach längerer Unterhaltung sagte sie dann mit freundlichem Lächeln: „Das war ein guter Vortrag.“ Sie sagte es auf Deutsch, ohne jeden Akzent! Als ich staunte: „Wieso sprechen Sie so perfekt Deutsch?“, erhielt ich zur Antwort: „Meine Mutter stammt aus Hamburg“. Sie verstehen sicher, daß wir uns dann auf Deutsch mit: „Auf Wiedersehen“ verabschiedeten. P. S.

Ausbildungslehrgang Fernmeldewesen an der KatS-Schule Hessen

Die Angehörigen des Warnamtes VI nahmen an einem Lehrgang der KatS-Schule des Landes Hessen teil, um zu prüfen, inwieweit eine Nutzung des bereits vorhandenen integrierten Funknetzes des Landes Hessen für die Zwecke des Warndienstes – wahrgenommen durch das Warnamt VI – möglich ist. In diesem Funknetz sind alle BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) gleichberechtigte Funkteilnehmer. Es ist dadurch sichergestellt, daß die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes – die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Arbeiter-Samariter-Bund – im Einsatz durch ein bereits bestehendes gemeinsames Funknetz straff geführt werden können. Das BOS-Netz besteht aus mehreren Funkverkehrsbereichen, deren Mittelpunkt jeweils eine Funkzentrale ist.

Zu solchen Funkverkehrsbereichen sind immer mehrere Funkverkehrskreise zusammengefaßt, diese wiederum werden aus mehreren Funkstellen, die über eine Relaisstelle betrieben werden, gebildet. Für jeden der 25 hessischen Kreise bzw. für jede kreisfreie Stadt ist also mindestens ein Funkverkehrsnetz mit einer Relaisstelle vorhanden. Fester Bestandteil eines jeden Funkverkehrskreises ist u. a. eine KatS-Fernmeldezentrale HVB. Da zwischen den Funkverkehrsbereichen für den Katastrophenfall ohnehin Funkverkehr vorbereitet ist, besteht die Möglichkeit, bei Ausfall von Steuerleitungen des Warnnetzes im Einsatzfall den HVB (Kreis) über Funk eine Aufforderung zur dezentralen Auslösung von Sirenen zuzuleiten. Gegebenenfalls kann dies über die WDLMS gesteuert werden.

Die Voraussetzungen hierfür wären:

1. Ausrüstung des Warnamtes mit entsprechendem Gerät;
2. Ausrüstung der WDLMS mit entsprechendem Gerät;
3. Schaffung eines Verschleierversfahrens bzw. Verschlüsselungsverfahrens, um eine unbefugte Auslösung von Alarmen durch Dritte zu verhindern;
4. entsprechende Ausbildung des Personals und der Helfer beim Warnamt und den WDLMS.

Das BOS-Netz wird in einem Ernstfalle stark in Anspruch genommen sein. Daraus ergibt sich, daß das Netz nur zur Durchgabe von dringenden und wichtigen Nachrichten benutzt werden kann.

Eine solche Dringlichkeit wäre auf jeden Fall dann gegeben, wenn die Aufforderung an einen HVB, örtlich Alarm auszulösen, nur noch über das BOS-Netz übermittelt werden kann. H.-D. K.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb am 11. Januar 1977 infolge eines tragischen Unglücksfalles der freiwillige Helfer

Hans-Richard Heller

im Alter von fast 26 Jahren. Er gehörte seit August 1971 dem Warnamt IV als Helfer an. Durch sein immer freundliches und hilfsbereites Wesen war er bei allen geschätzt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kolleginnen und Kollegen des Warnamtes IV



Aus Anlaß des Tages der 25. Wiederkehr der Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes nach Kriegsende fand am 13. März 1977 in Fulda eine Festversammlung des DFV statt. Vor über 500 Zuhörern aus dem In- und Ausland stellte der Präsident des DFV, Architekt Albert Bürger, aus der Sicht der deutschen Feuerwehren auch Forderungen an die Politiker und die Bundesregierung, die wir im Wortlaut nachstehend veröffentlichen. Einen Bericht über die Festveranstaltung veröffentlichen wir an anderer Stelle des ZS-MAGAZIN.

Im April 1972 hat die Bundesregierung in einem Weißbuch sich zu den Notwendigkeiten und Maßnahmen in der zivilen Verteidigung programmatisch geäußert. Zwischenzeitlich mußten wir feststellen, daß die Flut an Verwaltungsmaßnahmen in Papierform unwahrscheinlich zugenommen hat, die finanziellen Mittel des Bundes demgegenüber für die Maßnahmen der Zivilverteidigung rapide im Abnehmen sich befinden. Nachdem dem Bundesminister des Innern bekannt ist, daß die vom Bund beschaffte Ausrüstung für den Brandschutzdienst im Erweiterten Katastrophenschutz, insbesondere auf dem Fahrzeugsektor überaltert ist und in den letzten Jahren bereits zu annähernd $\frac{1}{3}$ ohne Ersatzbeschaffung ausgemustert werden mußte, hatten wir gehofft, in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vor dem 8. Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1976 die neuen Vorstellungen zur finanziellen Ausstattung der Zivilverteidigung zu erfahren. Zwar hat der Herr Bundeskanzler in Ziffer 60 der Erklärung alle diejenigen ermutigt, die sich für Hilfsbedürftige einsetzen, dieses Engagement weiterzubetreiben und hat ihnen gedankt. Aber weder hier noch in seinen verteidigungspolitischen Ausführungen enthält die Regierungserklärung einen Hinweis auf die zivile Verteidigung und den Katastrophenschutz. Ich empfinde dies als eine Mißachtung der Anstrengungen der Helfer, die dem angesprochenen Engagement zuwiderläuft. Um zu verhindern, daß der Erweiterte Katastrophenschutz bei Beibehaltung dieser Finanzlage zu einem wirkungslosen Instrument absinkt, appelliere ich an die Bundesregierung und den

DVS-Präsident Albert Bürger:

Brandschutz und Katastrophenschutz gefährdet?

Bundespolitiker und Regierung schweigen

Bundesrat, das Mißverhältnis zwischen den Haushaltansätzen der militärischen und der zivilen Verteidigung zu ändern.

Im Weißbuch der Bundesrepublik Deutschland zur zivilen Verteidigung vom April 1972 war als Fernziel eines ausreichenden Zivil- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Verteidigung mit 20 : 1 angegeben. Im Gegensatz dazu haben sich die Haushaltansätze für die militärische Verteidigung im Verhältnis zur zivilen Verteidigung von 49 : 1 im Jahre 1972 auf 54 : 1 im

Jahre 1975 verändert. Im Jahre 1976 wird das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Verteidigung 57 : 1 betragen. Dies bedeutet, daß die Haushaltansätze nicht nur relativ, sondern absolut rückläufig sind; sie werden 1976 einschließlich der Mittel aus dem Konjunkturprogramm 554 Mio. DM betragen gegenüber 569 Mio. DM im Jahre 1975.

Im Interesse der Erhaltung der Effektivität des Katastrophenschutzes erwarten die Helfer aller Fachdienste eine baldige Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der künftigen Finanzierung der zivilen Verteidigung. Der Deutsche Feuerwehrverband hat gegen die Aufstellung von Führungsgruppen bei Einrichtungen des Bundes, verknüpft mit Kadereinheiten mit schwerem Räum- und Bergungsgerät solange erhebliche Bedenken, bis die Frage der Gesamtfinanzierung der zivilen Verteidigung ausreichend geklärt ist.

Mit großer Sorge stellt der Deutsche Feuerwehrverband fest, daß das Aufkommen an Feuerschutzsteuer rückläufig und dadurch ein starker Einbruch in verschiedenen Ländern in der Finanzierung der Feuerwehren und der Aufgaben des Brandschutzes eingetreten ist. Länder und Gemeinden können dadurch heute bereits Aufgaben des Brandschutzes nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Hervorgerufen wurde der Rückgang der Feuerschutzsteuer durch die Einführung des Versicherungsverbandes bei Hausrat- und Gebäudeversicherungen in Verbindung mit einer Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 11. 6. 1973, die bei Verbundversicherungen die Befreiung von der Entrichtung von der Feuerschutzsteuer erklärt. Die Bundesregierung beabsichtigt seit 3 Jahren, aus diesen Gründen das Feuerschutzsteuergesetz vom Jahre 1939 zu novellieren. Der Bundesfinanzminister hat mir mit Schreiben vom 8. Februar 1977 mitgeteilt, daß er z. Z. prüft, ob und in welcher Weise die Mindereinnahmen der Feuer-

Bereit zur Mitarbeit

In der Vergangenheit gab es seitens des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) verschiedene Gründe dafür, daß der DFV an einer Mitarbeit am ZS-MAGAZIN nicht interessiert war und diese teilweise grundsätzlich ablehnte. Eine positive Entwicklung in den letzten Monaten läßt es uns angebracht erscheinen, Einzelheiten dieser damaligen Gründe nicht mehr aufzufrischen. Das Präsidium des DFV und der Deutsche Feuerwehrausschuß konnten auf ihrer letzten Tagung am 11./12. März in Fulda zur Kenntnis nehmen, daß für eine künftige Mitarbeit des DFV am ZS-MAGAZIN eine neue Basis gefunden werden konnte. Verschiedene Gespräche zwischen den Verantwortlichen des ZS-MAGAZIN und dem DFV lassen diese neue Basis erkennen. Hierin kam zum Ausdruck, daß frühere Differenzen der Vergangenheit angehören und eine beiderseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit die Zukunft bestimmen sollte. Mit dieser Ausgabe startet der Deutsche Feuerwehrverband seine Mitarbeit am ZS-MAGAZIN, in der Hoffnung, daß es ein geglückter Start sein wird.

R. Voßmeier
Bundesgeschäftsführer

schutzsteuer ausgeglichen werden sollen. Ich meine, solche Überlegungen hätten vor dem Erlass einer Rechtsverordnung angestellt werden müssen und nicht erst dann, wenn das Kind im Brunnen liegt.

Ich fordere den Bundesfinanzminister besonders im Namen der Feuerwehren der Länder, in denen die Gebäudeversicherung nicht durch Staatsmonopol geregelt ist, auf, mit großer Dringlichkeit und in schneller Weise seine Prüfungen zum Abschluß zu bringen und das Novellierungsgesetz dem Bundestag vorzulegen. Die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren in den meisten Bundesländern ist ernsthaft bedroht. Diese Bedrohung zieht eine solche an Leib und Gut unserer Mitbürger nach sich. Zum Schluß dieses Komplexes über die Gesetzgebung möchte ich vor möglichen Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft in Fragen der Kooperationsmöglichkeiten auf dem Brandschutzsektor warnen. Von britischer Seite ist im Rahmen der Konferenz der Innenminister der EG über innere Sicherheit gefordert worden, eine Expertengruppe zu bilden, die sich mit Kooperationsfragen über den Einsatz, die Ausbildung, die Ausrüstung und Technologie der Feuerwehren beschäftigen soll. Ich halte dies für wenig sinnvoll. Bei der gesetzlichen Struktur der EG-Mitgliedstaaten über den Brandschutz ist eine solche Kooperation nur bilateral möglich. Ich bin dem Bundesminister des Innern dankbar für seine Willensbekundung in dieser Richtung. Bei den knappen Steuerkassen sollten keine neuen Brandschutzmaßnahmen eingeleitet werden auf EG-Ebene, die nur Geld kosten, Papier produzieren und nicht realisierbar sind.

Ich wende mich dem nächsten Komplex zu, dem Gebiet Brandschutzforschung, Technologie, vorbeugender Brandschutz und Normung. Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den modernsten und größten Industrienationen, verfügt über eine Feuerwehrorganisation, wie sie kaum noch zu überbieten ist und weist eine jährliche Brandschadenssumme von über 3 Milliarden DM aus. Auf alle Superlative, nur nicht auf die letztere dürfen wir stolz sein. Frage deshalb, läßt sich an der Brandschadenssumme keine Veränderung nach unten bewerkstelligen?

Offensichtlich ist der vorbeugende Brandschutz in der Bundesrepublik nicht so entwickelt, wie dies im Hinblick auf den technischen Fortschritt

in der baulichen Entwicklung der Fall sein müßte. Zwei Faktoren sind es, die einer Korrektur bedürfen. Die Gesetze, Verordnungen und Richtlinien im vorbeugenden Brandschutz sind für alle daran Beteiligten, für Architekten, Bauverwaltungsbeamte und Feuerwehraufsichtsbeamte zu einem Gebirge angewachsen, das kaum noch zu überschauen, erst recht nicht zu überschreiten ist. Hier wäre zuerst Wandel zu schaffen. Sodann wären die modernen Baustoffe, insbesondere soweit sie in ihrer Herstellung von der Petrochemie abhängig sind, vor ihrer Verwendung auf vorbeugenden Brandschutz besser zu prüfen, als dies heute im Prüfungsverfahren der damit betrauten Anstalten und Institute möglich ist. Dies aber setzt eine gezielte Brandschutzforschung voraus.

Seit Jahren bemühen sich bundesdeutsche Brandschutzfachleute, zusammengefaßt in der VFDB, um eine Verbesserung der Brandschutzforschung. Alle bisherigen Lichtblicke der letzten Jahre in der Stärkung der Brandschutzforschung haben sich als Eintagsfliegen entpuppt.

Der neuerdings seit zwei Jahren durch die Ständige Konferenz der Innenminister eingeleitete Weg zur einheitlichen Brandschutzforschung hat sich eindeutig als schwerfällig und teils egoistisch erwiesen. Neuerdings hat sich dankenswerterweise auch der Bundesminister für Forschung und Technologie in die Materie eingeschaltet. Aber niemand weiß mehr so recht, wie man den steckengebliebenen Karren wieder flott bekommt. Was ist zu tun? Wir brauchen zunächst ein zentrales Brandforschungszentrum unter der Aufsicht der Länder, als Leitstelle für Brandschutzforschung und Technologie, für Dokumentation und Aufklärung.

Diesem Brandforschungszentrum wäre auch die Koordinierung der Prüfstellen und die zentrale Verwaltungsarbeit für Forschung und Entwicklung anzugliedern. Hier bietet sich allein die bisherige Forschungsstelle für Brandschutz an der Technischen Universität Karlsruhe an, die bislang schon für die Länder im Verwaltungsabkommen tätig war. Sie muß durch die Länder auch finanziell anders ausgestattet werden. Diese Zentrale der Brandschutzforschung muß im Auftrage der Länder mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie die jährliche Forschungsprogramme festlegen und für ihre Abwicklung im Rahmen des

Bund-Länder-Abkommens über Forschung sorgen. Und dies sollte nach Jahren „guter Reden“ nunmehr schnell in die „Tat“ umgesetzt werden.

Die Brandschutzforschung sollte zwei Bereiche nebeneinander umfassen, analog der Form, die augenblicklich durch den Bundesminister für Forschung und Technologie praktiziert wird. Für den Brandschutz ist von größter Bedeutung die Forschung nach dem Verhalten der Stoffe im Feuer. Ebenso bedeutsam aber ist die Entwicklung zeitgerechter Technologien in der Brandbekämpfung und Katastrophenabwehr.

Grundlage einer solchen aufgefächerten Brandschutzforschung kann aber nur eine bundeseinheitliche Brandstatistik sein. Auch hier gilt es, in der Bundesrepublik eine längst bekannte Lücke zu schließen. Dieses Vorhaben, ich möchte es als Uraltanliegen bezeichnen, sollte von der Innenministerkonferenz unter Zurückstellung persönlicher Meinungen der Mitglieder endlich vom Tisch genommen werden. Wenn der weiter steigenden Brandschadenssumme Einhalt geboten werden soll, und daran sind wir aus ökonomischen Gründen sicherlich interessiert, dann muß in der Bundesrepublik endlich mit Brandschutzforschung ernst gemacht werden. Dies wäre auch eine Aufgabe unserer Politiker.

In sachlichem Zusammenhang mit der Forschung steht die Normung, die ja die Forschungsergebnisse insbesondere in der Technologie festzuschreiben hat. Es ist erfreulich, darauf hinweisen zu können, daß der FNFW mit seinen neun Arbeitsausschüssen eine bienenfleißige Gemeinschaft von Feuerwehrfachkräften und Industrievertretern ist. Auch sein Arbeitsfeld vergrößert sich durch das Wachsen der Technologie ständig, kann aber durchaus beherrscht werden. Probleme liegen nur im Arbeitsausschuß 3 „Fahrzeuge“ vor, wo von allen Beteiligten mehr Normentreue immer wieder verlangt werden muß, und wo, dies sage ich bewußt hier sehr deutlich, die Grenze nach oben hinsichtlich der zulässigen Gesamtgewichte bei den Löschfahrzeugen endgültig erreicht ist. Die Feuerwehren und ihre Träger können es in der Zukunft aus Kostengründen nicht mehr hinnehmen, daß die Fahrzeugentwicklung für den gewerblichen Sektor den Feuerwehren immer schwerere und je Tonnen Gewicht um 20 000 DM teurere Fahrzeuge aufzwingt.



Arend Rahner:

Unzureichende Finanzierung

ASB-Beauftragter für den Katastrophenschutz hofft auf bessere finanzielle und materielle Ausstattung

Das nachstehende Interview gab der Beauftragte für den Katastrophenschutz im ASB-Bundesvorstand, Arend Rahner, der Redaktion der ASB-Zeitschrift. Dieses Interview behandelt den Katastrophenschutz aus der Sicht des Arbeiter-Samariter-Bundes, es wurde dem ZS-MAGAZIN zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

asb:

Welchen Stellenwert hat der Katastrophenschutz unter den vielfältigen Aufgaben des Arbeiter-Samariter-Bundes? Bei welchen Katastropheneinsätzen hat der ASB in letzter Zeit mitgewirkt?

Rahner:

Der Katastrophenschutz ist für den Arbeiter-Samariter-Bund eine elementare Aufgabe. Alle ASB-Ortsverbände haben ihre schriftliche Bereitschaft gegenüber den Hauptverwaltungsbeamten (HVB) erklärt, im Katastrophenschutz mitzuwirken und haben dabei im Rahmen der örtlichen Katastrophenabwehrpläne Sanitäts-, Betreuung-, Funk- und Versorgungseinheiten aufgestellt. Dokumentiert wird diese Feststellung durch die jüngsten Einsätze, z. B. in Niedersachsen (Waldbrand), in Schleswig-Holstein (Küstenüberflutung) sowie bei Eisenbahnlücken.

asb:

Wird der Arbeiter-Samariter-Bund auch zu Auslandskatastrophen gerufen?

Rahner:

Auch für Katastrophen im Ausland ist der ASB einsatzbereit. Wir sind im Katastrophenstab der Bundesregierung vertreten und haben dort die Möglichkeit, unsere Hilfe anzubieten. Die jüngsten Einsätze haben gezeigt, daß am Wirksamsten von Helfern mit großem Spezialwissen geholfen werden kann. Wir haben deshalb eine zentrale Datenbank erstellt, in der alle Informationen über Helfer gespeichert sind, die

innerhalb von 24 Stunden für einen Katastropheneinsatz zur Verfügung stehen können und eine Fachausbildung haben. Bei einer Hilfsanforderung können die Helfer damit nach ihren Kenntnissen ausgewählt und eingesetzt werden. Die Aufstellung eines ASB-Bundeseinsatzzuges wurde vom Bundesminister des Innern nicht finanziell gefördert. Wir müssen nun neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

asb:

Können alle Gliederungen des ASB im Katastrophenschutz mitwirken oder behindern Schwierigkeiten diese Mitarbeit?

Rahner:

Meines Wissens wird es keinem ASB-Ortsverband verwehrt, Einheiten im Katastrophenschutz aufzustellen. Andere Schwierigkeiten behindern jedoch die Mitarbeit. Nach einer Denkpause von nunmehr 9 Jahren entschließen sich die meisten Bundesländer zur Zeit, Landesgesetze für den Katastrophenschutz zu erlassen. Solche Landesgesetze bestehen bereits in Bayern und Schleswig-Holstein; in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg sind sie in Vorbereitung. 1975 haben die Innenminister der Länder Leitlinien für die Regelung des Katastrophenschutzes auf Landesebene beschlossen. Von diesen Leitlinien ist in den Gesetzesentwürfen in einigen Fällen zum Nachteil der Hilfsorganisationen abgewichen worden, z. B. bei Art und Umfang der Mitwirkung, bei den Helferrechten und bei den Kostenregelungen. Weitere Schwierigkeiten gibt es bei den verschiedenartigen Auslegungen der Vorschriften und Gesetze durch die Hauptverwaltungsbeamten. Hier greift der ASB-Bundesvorstand klärend ein.

asb:

Im Rahmen des Katastrophenschutzes hat der ASB auch vom Wehrdienst freigestellte Helfer eingesetzt? Wie viele Helfer können freigestellt

werden und welche Erfahrungen haben Sie mit freigestellten Helfern gemacht?

Rahner:

Die Freistellung von Helfern mit der rechtswirksamen Folge, nicht Wehrdienst leisten zu müssen, ist für anerkannte Kriegsdienstverweigerer nach § 14 (1) Zivildienstgesetz (ZDG) und für Wehrpflichtige nach § 8 (2) des Katastrophenschutzgesetzes (KatSG) möglich. Allerdings ist die Freistellung nach § 8 (2) KatSG eingeschränkt. Der Bundesverteidigungsminister und der Bundesinnenminister treffen jeweils eine Vereinbarung über die Zahl der möglichen Freistellungen, zum anderen gilt eine Beschränkung für gewisse Berufsgruppen. Die Freistellung wird vom HVB auf Antrag vollzogen, wenn das Kreiswehrrersatzamt keine Einwände erhebt. Da jährlich sehr viele junge Leute von der Freistellung vom Wehrdienst Gebrauch machen, ist es in manchen Ortsverbänden zu einer grundlegenden Umstrukturierung der Mitgliederschaft gekommen. Der ASB befindet sich hierbei in einer permanenten Bewährungsprobe, da der Wunsch vieler Wehrpflichtiger, nicht Wehrdienst leisten zu müssen, mit den ASB-Aufgaben in Einklang zu bringen ist. Aufgabe der ASB-Ortsverbände ist es dabei, die neuen Mitglieder so zu motivieren, daß sie den unentgeltlichen Hilfeinsatz für den Nächsten als sinnvolle Alternative zum Wehrdienst ansehen. Natürlich gibt es hier auch Probleme, die nur unter entsprechender Anwendung der geltenden Bundes- und Landesvorschriften sowie nach den Satzungen und Ordnungen im ASB gelöst werden können.

asb:

Gibt es wesentliche Entscheidungen des Gesetzgebers in den zurückliegenden Jahren, die Ihre Arbeit beeinträchtigt oder gefördert haben? Wie steht es mit der Finanzierung des Katastrophenschutzes?

Rahner:

Begrüßenswert war die Verabschiedung des Katastrophenschutzgesetzes (KatSG) von 1968. Durch das KatSG wurde das von allen als negativ empfundene Nebeneinander im Katastrophenschutz – hier bundeseinheitlicher Luftschutzhilfsdienst, dort zergliederter friedensmäßiger

Katastrophenschutz – beendet. Weiterhin wurde 1976 das Gesetz über den Zivilschutz verabschiedet.

Beeinträchtigungen gab es nur durch den schleppenden Gang, mit dem die Verwaltungsvorschriften (VwV) und die Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen (StAN) erstellt wurden. Eine Vielzahl von weiteren Entwürfen von VwV und StAN verwirren unsere Organisationsstufen mehr, als daß sie zur Klärung beitragen. Es erscheint wünschenswert, daß man jetzt endlich zügig die wesentlichen Verwaltungsvorschriften verabschiedet. Dazu zähle ich insbesondere die VwV über die Jahresbeträge und die verschiedenen AusbildungsvwV. Es sei auch angemerkt, daß nicht alle Zivilschutzämter auf dem neuesten Stand der Dinge sind.

Nun zu der Finanzierung des Katastrophenschutzes, die von Bundesseite durch das KatSG geregelt ist. Der Bund trägt hierbei u. a. die Kosten auf Kreisebene für die zusätzliche Ausstattung, für die besondere Ausbildung und die Vollausbildung, sowie die Kosten für die Verstärkung des Katastrophenschutzes. Hierfür werden Jahresbeträge bereitgestellt nach Richtzahlen, die das Bundesamt für Zivilschutz im Benehmen mit den obersten Landesbehörden festsetzt.

Leider ist die Haushaltsentwicklung rückläufig. Der Bundestag hat 1972 beschlossen, ein Verhältnis von 1 zu 20 der Ausgaben für die Zivilverteidigung gegenüber der militärischen Verteidigung zu schaffen. Während 1969 dieses Verhältnis noch bei 1 zu 43 lag, lag es 1976 bei 1 zu 58. 1977 erwartet man ein Verhältnis von 1 zu 60. Eine ständige Verschlechterung also. Da im Katastrophenschutz mit überaltertem Material gearbeitet wird – viele Ausrüstungen wurden bereits 1962 bei der Flutkatastrophe in Hamburg eingesetzt – und weil starke Kostensteigerungen in allen Bereichen eingetreten sind, muß sich nun endlich bei den politisch Verantwortlichen die Ansicht durchsetzen, daß die militärische Verteidigung nur sinnvoll sein kann, wenn auch die Zivilverteidigung entsprechend ausgebaut ist.

Zur Finanzierung des Katastrophenschutzes durch die Länder, die ja für den friedensmäßigen Teil verantwortlich sind, muß ich ebenfalls einige Anmerkungen machen. Die Erfahrungen der ASB-Orts- und Landesverbände zeigen, daß die Situationen dort sehr unbefriedigend sind. Obwohl das Bundesamt für Zivil-

schutz die Innenminister aufgefordert hatte, auch ihren Beitrag zu leisten, erfolgte nur eine unzureichende Resonanz. Ich hoffe, daß die Landeskatastrophenschutzgesetze nun befriedigende Regelungen bringen. Auch die Finanzierung durch die Kommunen ist unzureichend. Nur in wenigen Fällen erhalten Ortsverbände Beträge zur notwendigen Ergänzung oder Ausstattung.

Einen wesentlichen Anteil zur Finanzierung des Katastrophenschutzes leistet der ASB selbst. Er kleidet alle Helfer ein, stattet sie mit einer Sanitätstasche aus, führt die ärztlichen Untersuchungen durch. Darüber hinaus besitzen die Ortsverbände eigene Sanitätsfahrzeuge, Feldküchen, Notstromaggregate, Funkgeräte usw. Tatsächlich wäre ein ASB-Katastrophenschutz nicht möglich ohne Eigenfinanzierung. Dies hat den negativen Folgeeffekt, daß die politischen Instanzen glauben, ihren Anteil nicht mehr beitragen zu müssen. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag ist aufgerufen, auf die Kommunen einzuwirken, sich stärker an der Finanzierung zu beteiligen.

asb:

Die Ausbildung von Katastrophenschutz Helfern ist bestimmt ein wichtiger Bereich. Wie wird die richtige Ausbildung im ASB sichergestellt?

Rahner:

Die Ausbildung wird nach einheitlichen ASB-Ausbildungsplänen durchgeführt. Alle aktiven Mitglieder erhalten eine 52stündige Sanitätshelferausbildung und, soweit sie im Katastrophenschutz mitarbeiten, eine friedensmäßige und eine allgemeine zusätzliche und besondere Ausbildung. Bei besonderer Eignung können die Helfer an einem Gruppenführerlehrgang teilnehmen. Auch die Lehrgangsangebote der Katastrophenschutzschulen der Länder und der Katastrophenschutzschule des Bundes werden in breitem Umfang genutzt. Die Landesschulen sowie die Bundesschule des ASB vermitteln besonders geeigneten Mitgliedern die Ausbildung als Transport- und Rettungssanitäter, sowie mehrstufige Ausbildungen zum Technischen Leiter oder zum Ausbilder. Die Qualität der ASB-Ausbildung zeigt sich darin, daß 1976 bei den Europameisterschaften der Unfallhilfe in Holland die ASB-Gruppe sowohl in der Einzelwertung als auch in der Mannschaftswertung einen 1. Platz erreichen konnte. Die Ausbildungspläne

und -inhalte werden ständig durch eine Lehrplankommission überarbeitet.

asb:

Im Rettungswesen wurde gegenüber den Hilfsorganisationen vielfach der Vorwurf erhoben, in einem Konkurrenzverhältnis zueinander zu stehen und sich im Einsatz gegenseitig zu behindern. Wie funktioniert denn eigentlich die Zusammenarbeit zwischen den Katastrophenschutzorganisationen in einem Ernstfall?

Rahner:

Im Ernstfall regeln landesrechtliche Bestimmungen die Zusammenarbeit zwischen den Katastrophenschutzorganisationen. Lediglich im Verteidigungsfall bestehen bundeseinheitlicher Regelungen. Diese sehen vor, daß der HVB die Einheiten und Einrichtungen alarmiert und ihren Einsatz bestimmt. Der Hauptverwaltungsbeamte bedient sich dabei eines Stabes, dem Angehörige aller Organisationen angehören. Die Mitglieder dieses Stabes beraten den HVB bei der Vorbereitung seiner Entscheidungen. Die Zusammenarbeit der Helfer der Organisationen ist von einem partnerschaftlichen Denken bestimmt, das sich durch gemeinsame Übungen und Ausbildungsveranstaltungen gefestigt hat.

asb:

Von der ausreichenden Ausstattung hängt bei allen Katastrophenschutz- und Rettungseinrichtungen das richtige Funktionieren im Einsatzfall ab. Wie ist der ASB ausgestattet? Gibt es Lücken?

Rahner:

Bereits bei Ihrer Frage nach der Finanzierung des Katastrophenschutzes habe ich die vom ASB gestellte Ausstattung angesprochen. Daneben erhalten anerkannte Einheiten eine Ausstattung durch den HVB. Dabei ist die besondere Ausstattung für bereits von den Hilfsorganisationen ausgerüsteten Einheiten zu unterscheiden von der Vollausbildung durch den Bund für seine Verstärkungseinheiten. Im wesentlichen besteht, wie oben schon ausgeführt, diese Ausstattung des Bundes aus überaltertem Material und ist trotz überdurchschnittlicher Pflege zum großen Teil aussonderungsbedürftig. Das bezieht sich insbesondere auf die Fahrzeuge. Da mittelfristig nicht mit größeren Ersatzbeschaffungen zu rechnen ist, wird sich der gegenwärtige Stand nicht halten lassen. Es bleibt zu hoffen, daß bald Sonderprogramme zur Ersatzbeschaffung verabschiedet werden.

Wenn das Unglück zur Katastrophe wird

„Man muß von der Tatsache ausgehen, daß die JUH nur ein Teil des K-Schutzes ist. Im Ernstfall müßte die JUH-Führung mit den Führungskräften anderer Organisationen in einer gemeinsamen Einsatzleitung arbeiten. Diese Abhängigkeit der Hilfsorganisationen untereinander ist einer der wunden Punkte im K-Schutz...“. Mit dieser kritischen Anmerkung lenkte der Oberbrandrat der Berufsfeuerwehr Mannheim auf einen der vielen Punkte, die der JUH Sorge bereiten.

Um diesen Sorgen den richtigen Stellen vorzutragen, inszenierte LAL Peter Fischer ein Planspiel mit dem Thema „Waldbrandkatastrophe“.

Der Schwerpunkt der Übung lag auf der noch nicht sehr helferintensiven K-Anfangsphase.

Eine Ton-Dia-Serie beschrieb anschaulich die Entwicklung vom Waldbrand zur Waldbrandkatastrophe und stimulierte das Publikum.

Dann kam der Alarmruf der Rettungsleitstelle zur Rettungswache. Nun schwirrten Informationen, Zahlen, Befehle, Organisations- und Funktionskürzel über die neun aufgebauten Telefone. Auf den Rängen des Hörsaales verfolgten die geladenen Gäste das Abrücken einer Einheit, erhielten sie Einblick in die Engpässe bei den verfügbaren Funkfrequenzen und erlebten quasi den Aufbau einer Verletzensammelstelle, eines Verbandplatzes usw. Um die Katastrophe auch optisch darzustellen, liefen Landkarten und Skizzen über einen Overhead-Projektor. Im Kurzreferat wurde die Funktion des UTM-Gitters erklärt, nach welchem die Zugführer ihre Einsatzorte ermitteln.

Bis hin zur Evakuierung konnte man die Verschiebung von Hilfsstellen und Material beobachten.

„In einer sich anschließenden Manöverkritik gelang den Johannitern das, was allen Rettungsdiensten verständ-

licherweise ein vordringliches Anliegen ist. Sie konnten den Planspielzuhörern nicht nur Antwort auf eine Reihe von Hintergrundfragen geben, sondern zugleich ihre eigenen Probleme nachhaltig beleuchten...“

Dieses Zitat des Fachjournalisten vom „Mannheimer Morgen“ trifft den Kern der K-Demonstration.

Zum Kreis der Gäste gehörten: der städtische Branddirektor, die obersten Vertreter des K-Schutzamtes, der Polizei, des BVS, der Rettungsleitstelle, des Forstamtes, der freiwilligen Feuerwehr, des THW und MHD, der Bereitschaftsführer des DRK, Stadträte beider großen Fraktionen, Vertreter der Johanniter-Unfall-Hilfe und last but not least die Journalisten der Mannheimer Zeitungen.

OB Mantel und sein Mitarbeiterstab konzentrierten sich 60 Minuten lang auf die Fragen und nahmen bei der Beantwortung kein Blatt vor den Mund.

Es wurde ganz klar herausgestellt, daß der Gemeinderat sich viel intensiver mit dem K-Schutz und seinen

Trägern befassen muß, wenn er seiner Verantwortung auf diesem Gebiet gerecht werden will.

Nicht nur dem zuständigen städtischen Amt fiel auf, daß im Falle eines Falles der Funkverkehr mangels ausreichender Frequenzen zusammenbrechen muß und somit die Sanitätsversorgung der intakten Stadtteile auch nicht mehr gewährleistet werden kann.

Der aufgezeigte Mangel an Verbandstoffen und anderen Ausrüstungsgegenständen im K-Fall rief bei allen Diskussionsteilnehmern Betroffenheit hervor. Ein weiteres in der Öffentlichkeit kaum bekanntes Dilemma ist, daß die JUH nur für die im K-Schutz integrierten Helfer finanzielle Unterstützung für die Fort- und Weiterbildung erhält. Bei einer Katastrophe steht jedoch die gesamte Helferschaft im Einsatz.

Alle hier angeschnittenen Punkte sind mit Sicherheit nicht nur ein Problem der JUH, sondern der Hilfsdienste schlechthin.



Landesübung in Rheinland-Pfalz

„Johanniter-Unfall-Hilfe mit 96 Personen und 14 Fahrzeugen auf dem Übungsplatz des Katastrophenschutzes in Lachen-Speyerdorf zur Übung eingetroffen“, lautete die Meldung, die die Johanniter an einem Samstagnachmittag an die Rettungsleitstelle abgegeben hatten.

Bei der Übung waren Einheiten der JUH aus dem Lande Rheinland-Pfalz erstmals zusammengekommen, um die Zusammenarbeit des Sanitätsdienstes zu üben. Auch die geladenen Gäste konnten sich davon überzeugen, daß sich die Helferinnen und Helfer aus Mainz, Ludwigshafen, Limburgerhof und Frankenthal gegenseitig ergänzten.

Der Samstag war zunächst einmal dem Aufbau der Unterkünfte vorbehalten. Sämtliche Teilnehmer übernachteten in Zelten, die am nächsten

Tag zur Übung wiederverwendet wurden. Am Abend waren die Johanniter Gast in der Garnison Coland Edon, wo ein zünftiger Kameradschaftsabend, der sich bei einigen Helfern noch am nächsten Tag bemerkbar machte, stattfand.

Der Sonntagmorgen begann mit einem Feldgottesdienst des pfälzischen Landespfarrers. Danach wurden 50 Jugendliche als Verletztendarsteller in ein 3 km entferntes Waldstück gebracht. Nachdem die Meldung eintraf, daß ein Hubschrauber in eine Fußgängergruppe gestürzt sei, wurde es auf dem Lagerplatz laut. Ein Einsatzstab wurde gebildet, Gruppenführer teilten ihre Helfer ein, und die Fahrer begaben sich zu ihren Fahrzeugen. Zuerst wurde die Unfallstelle abgesichert, die ersten Notmaßnahmen ergriffen und eine Verletzten-

sammelstelle eingerichtet. Von dort wurden die Verletzten mit Krankentransportwagen zum Hauptverbandplatz gebracht. Hier wurden sie in den Zelten untergebracht und weiterversorgt.

Nach 4 Stunden waren alle Verletzten geborgen und versorgt, so daß die Übung erfolgreich beendet werden konnte.

Die Helfer konnten nun ihr wohlverdientes Mittagessen einnehmen, daß die JUH-Limburgerhof mit ihrem Verpflegungstrupp und der Feldküche hervorragend zubereitet hatten.

Es gab noch eine kurze Manöverkritik und die Verantwortlichen der Johanniter-Unfall-Hilfe dankten den Teilnehmern für ihre gute Mitarbeit. Um 17 Uhr setzten sich die Fahrzeuge in Richtung Heimat in Bewegung.



Bei der Landesübung in Lachen-Speyerdorf wurden 14 Fahrzeuge eingesetzt. Die Bergung und Versorgung von 50 jugendlichen Verletztendarstellern dauerte vier Stunden.

Caritas und MHD Hilfen im Erdbebengebiet der Türkei

Wie bei allen Katastrophen im Ausland, stellte der MHD auch diesmal wieder seine erprobten Kräfte dem Deutschen Caritasverband zur Verfügung. Wenn auch ein kompletter Personaleinsatz des MHD nicht vorgesehen war, so erbat der DCV doch einen erfahrenen Delegierten, der sich an Ort und Stelle über notwendig werdende Hilfsgüter orientieren sollte.

Dem Bericht des Delegierten, Abteilungsleiter für den Auslandsdienst des MHD, Dieter Hürtgen, entnehmen wir:

Zwei Stunden nachdem ich die Order als Beauftragter des Deutschen Caritasverbandes (DCV) erhalten hatte, saß ich am 2. 12. 1976 um 18.30 Uhr in der Boeing 707 zum Start in die Türkei.

Die Maschine war vollgepackt mit Schlafsäcken und Gasöfen des DCV. Jetzt hatte ich Zeit, über den Grund meiner Reise, meines Aufenthaltes und der mir übertragenen Aufgabe nachzudenken. Der DCV hatte den MHD/A gebeten, eine kompetente Person in das Katastrophengebiet der Ost-Türkei zu senden, um:

1. festzustellen, welche lebensnotwendigen Dinge noch erforderlich waren;
 2. herauszufinden, ob die gelieferten Spenden zweckmäßig eingesetzt und auch an die Bedürftigen im Katastrophengebiet ausgeteilt werden.
- Nachdem ich in Ankara übernachtet hatte, suchte ich am 3. 12. 1976 die Deutsche Botschaft sowie den Vertreter der Vereinten Nationen (UNDRO)

auf. Anhand einer Landkarte informierte man mich über das Gebiet und Ausmaß der Erdbebenkatastrophe. Zentrum des Bebens waren die Orte Muradiye und Caldiran, 12 000 km östlich von Ankara und ca. 50 km von der iranischen Grenze entfernt.

Am Abend des gleichen Tages flog ich im Cockpit einer Transall nach Van. Auf dem dortigen kleinen Flughafen waren Soldaten der türkischen Armee in Zusammenarbeit mit der deutschen Luftwaffe damit beschäftigt, die ankommenden Maschinen zu entladen, damit die Hilfsgüter schnellstens verteilt werden konnten. Ein Krankenwagen der Bundeswehr, welcher Patienten zum Ausfliegen nach Ankara gebracht hatte, nahm mich mit zurück, und zwar zum deutschen Lazarett, wo ich in den nächsten Tagen übernachten sollte. Der Kommandeur schilderte mir kurz die Lage, um mich dann am darauffolgenden Tag in das Zentrum des Bebens zu begleiten. Auf der Fahrt dorthin sahen wir Lkw beladen mit Spendengütern, welche ebenfalls auf dem Wege in das Bebenzentrum waren. Uns entgegen kamen Fahrzeuge mit evakuierten Flüchtlingen. Seitlich der von uns befahrenen Straße hatte man größere Zeltstädte errichtet, in welchen man bereits einen Teil der Bevölkerung untergebracht hatte.

Am Ziel unserer mehrstündigen Fahrt angekommen, konnte ich mich dann selbst von dem schrecklichen Ausmaß der Katastrophe überzeugen. Ein Dolmetscher übersetzte mir, daß die Überlebenden – hauptsächlich sind es Kurden – ihre Dörfer nicht verlassen wollten. Sie müßten dann

ihr Vieh, daß ihnen mehr bedeutet als die Kinder und als Lebensgrundlage dient, zurücklassen. Man steht auf dem Standpunkt, Kinder kommen von alleine, Vieh muß man kaufen. Erst wenn man selbst die Verzweiflung in den Gesichtern dieser Menschen sieht, versucht man ihre ganze Not zu verstehen.

Die türkische Regierung hat den Bauern angeboten, ihnen das Vieh abzukaufen. Dennoch wollten die meisten ihre Dörfer nicht verlassen. Hierdurch entsteht natürlich wieder ein Versorgungsproblem, welches in den errichteten Zeltstädten wesentlich unkomplizierter wäre. Doch bei jeder Katastrophe stellen sich immer wieder Schwierigkeiten, die nicht innerhalb weniger Tage oder Wochen zu beheben sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Versorgung der dort lebenden Menschen gewährleistet ist: es gibt Magazine mit Zelten, Decken, Bekleidung und Nahrungsmitteln. Die Schlafsäcke des DCV – in denen ich selbst übernachtet habe –, sind sehr beliebt und von der Qualität her hundertprozentig ausreichend, im Gegensatz zu dem, was in negativen Berichten einiger Journalisten darüber zu lesen war. Ebenso äußerte man sich negativ über die Anschlüsse der Gasöfen, die angeblich nicht auf die türkischen Gasflaschen passen sollten. Auch diese Aussage erwies sich als falsch. Ich konnte mich selbst davon überzeugen, daß auch die Gasöfen die gewünschte Wärme mit türkischen Gasflaschen brachten. Selbstverständlich wäre es etwas unsinnig, diese Geräte in entfernte Dörfer ohne Nachschubmöglichkeiten zu bringen, jedoch in den Zeltstädten rund um Van als Nachschubbasis werden sie eine effiziente Hilfe sein. Dies habe ich auch den beiden Verteilern, und zwar der kommunalen Regierung, d. h. der türkischen Armee und dem Roten Halbmond mitgeteilt. Das Hauptproblem lastet wohl auf diesen beiden Verteilern, gilt es doch, die Spenden in abgeschnittene Dörfer zu transportieren, was aufgrund der Witterung schwierig ist. Die Temperaturen fallen bis auf 30 Grad minus.

Doch man will die 51 000 Menschen in den beiden genannten Orten und in den zahlreichen kleinen Bergdörfern, die obdachlos geworden sind, nicht im Stich lassen; schließlich



Ein neu errichtetes Obdachlosen-Lager für die erdbebengeschädigte Bevölkerung in Van.

soll es sich hierbei um ca. 25 000 Kinder im Alter unter 10 Jahren handeln. Die Zahl der Toten wurde mit 7000 und die der Verwundeten mit 4000 beziffert. Doch wie bereits erwähnt: Die Versorgung der dort lebenden Menschen ist gesichert.

„Komitee der Hilfsorganisation des Souveränen Malteser-Ritterordens“ (Internationaler Zusammenschluß der Ordenswerke)

Der 13./14. 11. 1976 wird für die Werke des Malteser-Ritterordens von ausschlaggebender Bedeutung sein, trafen sich doch an diesen Tagen, unter dem Vorsitz des Leiters des MHD-Deutschland, Ehren- und Dev. Großkreuz, Dieter Graf Landsberg-Velen, Vertreter der Ordenswerke verschiedener Nationen im Generalsekretariat des MHD in Köln-Rodenkirchen, um über die internationale Zusammenarbeit der Ordenswerke bei Katastrophen aller Art zu konferieren.

Folgende Ordenswerke waren vertreten:

Österreich:
Graf und Gräfin Waldstein-Wartenburg,
Kommandant MHDA

Großbritannien:
Gervase Elwes,
Hospitalier der Britischen Assoz.,
Alan Mc Kay, Leiter des technischen Dienstes der St. John's Brigade

Luxemburg:
Jkhr Thom von Rijkevorsel,
Delegierter des SMRO

Schweiz:
Benoit Junod,
stellv. Kommandant des Malteser-Hospitaldienstes Schweiz,
Fr. Thérèse von Sonnenberg,
Schatzmeister MHDS

Deutschland:
Georg v. Truszczynski,
Generalsekretär des MHD,
Rupert Graf Strachwitz,
Landesgeschäftsführer des MHD in Bayern.

Das Ambulanzkorps des Ordens aus Irland, CAM-Spanien und CISOM-Italien hatten sich entschuldigt.

Die Ordensregierung entsandte Ludolf v. Kotze.

Wichtigster Punkt der Tagesordnung war die gegenseitige Information

der Hilfsdienste über Personal und Ausstattung, besonders hinsichtlich internationaler Einsätze bei Katastrophen. Die Diskussionen schlossen die Möglichkeiten von koordinierten Ausbildungsrichtlinien und -hinweisen ein, sowie die Ausbildung an besonderen Ausstattungsgeräten für Rettung und Hilfe bei Naturkatastrophen.

Besondere Bedeutung galt der Entwicklung der Ordensfähigkeit in Friaul während und nach dem Erdbeben. Es wurde allgemein festgestellt, daß die Arbeiten während dieser Aktion einer noch besseren Koordination untereinander wie auch zwischen den Hilfsdiensten und dem Orden bedurften.

Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse führten zu diesem ersten Treffen der Ordenswerke mit dem Entschluß, eine Koordinationsstelle zu schaffen, wie sie bei dem internationalen Treffen im Oktober 1975 in Rom vorgeschlagen und in der Vereinbarung der Hilfswerke vom 21. Oktober 1975 vorgesehen ist.

Es waren ebenfalls Gedanken ausgetauscht worden hinsichtlich einer zukünftigen Tätigkeit des Ordens im Falle seiner Ernennung als Ersatz für eine Schutzmacht entsprechend der Genfer Konventionen. Alle Delegierten stimmten darin überein, daß die Zusammenarbeit, die bereits zwischen MHD und Caritas existiert, auch auf die anderen Dienste und deren nationale Caritas-Organisationen wie auch auf die Caritas Internationalis ausgedehnt werden sollte.

Eine ähnliche enge Zusammenarbeit mit COR UNUM – Ständige Arbeitsgruppe für Notsituationen – war auch vorgeschlagen worden.

Folgende technische Einzelheiten wurden eingehend diskutiert:

● Das Komitee wird jährlich zusammentreten; Vorsitz und Tagungsort wechseln unter den Mitgliedern ab. Die nächste Zusammenkunft wird im Oktober 1977 in Wien/Österreich stattfinden.

● Arbeitssprache des Komitees wird Englisch sein. Der MHD ist bereit, in seinem Hauptquartier das Ständige Sekretariat des Komitees einzurichten.

● Ausführliche Protokolle des Treffens werden niedergelegt und den Delegierten durch das MHD-Generalsekretariat zugesandt.

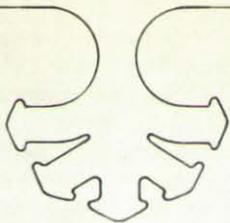
Erdbebengebiet Norditalien Die ersten Gemeindezentren vom MHD fertiggestellt

In sechs schwer vom Erdbeben zerstörten Dörfern in Norditalien baute der MHD im Auftrage der Deutschen Caritas auf Bitten der lokalen Bevölkerung und der Caritas Italiens sechs Gemeinschaftszentren. Es handelt sich um die Orte Tarcento, Osoppo, Valeriano, Venzzone, Moggio und Gemona.

Die Zentren in Tarcento, Lariano und Venzzone sind bereits bis auf kleinere Arbeiten im Innern der Gebäude fertiggestellt. Das Zentrum in Moggio ist so weit hergerichtet, daß vor einiger Zeit Erzbischof Battisti von Udine eine Einweihungsmesse zelebrieren konnte, an der die Bevölkerung in großer Anzahl teilnahm; als letztes wird im Februar das Zentrum in Gemona fertiggestellt sein.

Die Zentren dienen als Kristallisationspunkte für das Leben der betroffenen Gemeinde. Es sind Mehrzweckzentren. Man wird hier Erwachsenenbildung betreiben, der Jugend Programme und Raum für ihre Aktivitäten anbieten, kurz, sie sind der Ort, den eine Gemeinde braucht, wenn sie allgemein interessierende Veranstaltungen durchführen will. Hier kann sich die Gemeinde wieder als Ganzes finden, nachdem sie durch das Erdbeben auseinandergerissen und verstreut wurde. Auch für die Menschen, die jetzt noch in schlechten Notunterkünften leben müssen, sind die Zentren der Ort, wo sie sich erholen können. Alle Zentren sind so ausgestattet, daß man im Notfalle auch einen Kindergarten einrichten und Kranke betreuen kann. Zur Leitung der Zentren wurden geeignete Persönlichkeiten in Kursen vorbereitet. Die Planung der Zentren erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden, Pfarrgemeinderäten und dem zuständigen Bischof. Beim Aufbau der Zentren halfen einige Bautrupps des Malteser-Hilfsdienstes.

Außer den Zentren werden auch zwei Kindertagesstätten, denen ein Erwachsenenbildungszentrum jeweils angeschlossen ist, von der Deutschen Caritas errichtet. Auch hier hat sich der Fachverband der Caritas, Malteser-Hilfsdienst, bereit erklärt, die personelle Bauhilfe zu geben. Die Arbeiten an den Bauten werden Ende März 1977 abgeschlossen.



Presseschau DES INLANDS

Finanziell unzulänglich

Erst aus dem Zusammenspiel von militärischer Verteidigung und Zivilverteidigung erwächst eine wirk-same Gesamtverteidigung. In der Bundesrepublik scheint man von dieser international anerkannten These mehr und mehr abzurücken. Die Mittel, die für den Aufbau und den Unterhalt der Maßnahmen, die der Zivilverteidigung dienen, bereit-gestellt werden, werden von Jahr zu Jahr geringer.

Diese Entwicklung wäre verständlich, wenn im Laufe der letzten zwanzig Jahre in diesem Staat eine ausrei-chend einsatzfähige Zivilverteidigung aufgebaut worden wäre. Nicht nur das Bundesamt für Zivilschutz, son-derne alle Sachkundigen in der Zivil-verteidigung halten denn auch diese Beträge für absolut unzulänglich. Für die 62 Millionen Einwohner der Bundesrepublik stehen 1,1 Millionen Schutzplätze bereit. Anders in der Schweiz; dort stehen 4,7 Millionen Schutzplätze für 6,4 Millionen Ein-wohner zur Verfügung. Während bei uns im Jahre 1974 nur 9,50 DM pro Kopf der Bevölkerung für Zwecke der Zivilverteidigung auf-gewendet wurden, gab die Schweiz 50 sfr – also rund 49 DM – pro Kopf der Bevölkerung dafür aus. In der neutralen Schweiz – unserem südlichen Nachbarn – beurteilt man das Problem der Zivilverteidigung eben grundsätzlich anders.

(Bayernkurier, München)

Lücke in den Notstands-gesetzen

In unseren Notstandsgesetzen wird das Gesundheitswesen nicht er-wähnt. Über ein Gesundheits-Si-cherstellungsgesetz, welches diese Lücke schließen soll, wird bereits seit acht Jahren erfolglos verhan-delt. Nicht zuletzt deshalb, weil die gesetzlichen Kompetenzen auf drei Ministerien verteilt sind.

Die medizinischen Kompetenzen sind auf fünf verschiedene Organisations-bereiche verteilt, so daß es im Notfall eine heillose Verwirrung geben muß. Im Notfall können laut Abkommen mit dem „zivilen Sektor“ von der Bundeswehr allein 12 Prozent der Ärzte rekrutiert werden. Kranken-schwestern und technische Assisten-tinnen sind in dieses Abkommen allerdings nicht einbezogen; sie kön-nen also von der Bundeswehr-Sani-täts-Inspektion nicht erfaßt werden. Es gibt nicht einmal eine Kartei über das medizinische Fachpersonal, auf das man im Notfall zurückgreifen könnte.

Es gibt auch keine Möglichkeit, den nötigen Vorrat an Arzneimitteln, medizinischen Geräten und Ver-bandsmitteln anzulegen. Wir sind, was die medizinische Versorgung angeht, auf den Katastrophenfall nicht vorbereitet. Warum aber geht das, was in der Schweiz und in Schweden ging, bei uns nicht? Ohne das geforderte Gesetz wird man nichts ausrichten können.

(Die Welt, Bonn)

Geringe Bereitschaft zum Schutzraumbau

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Zi-vilbevölkerung in einem ungeheuren Ausmaß in das Kriegsgeschehen einbezogen. In einem Kriege in der Zukunft werden sowohl Kämpfende als auch Nichtkämpfende in glei-chem Maße betroffen sein. Zwar stecken die im Jahre 1965 von der damaligen Bundesregierung verab-schiedeten Gesetze, die den Schutz der Zivilbevölkerung betreffen, den Rahmen für mögliche Schutzmaß-nahmen ab, doch bleibt kritisch zu prüfen, ob dieser Rahmen auch aus-gefüllt wurde.

„Im Zivilschutz sind wir gegenüber ... anderen Ländern weit zurück“, gibt der Landesstellenleiter des Bun-desverbandes für den Selbstschutz für Hamburg und Schleswig-Holstein, F. Beiter, unumwunden zu ... Es sei, meint er, in unserer materiell abgesicherten und verhältnismäßig friedlichen Zeit, in der niemand an einen Krieg denke, ... sehr schwer, mit der Bevölkerung zu sprechen und sich öffentlich für den zivilen Selbstschutz einzusetzen. Es fehle daher das Engagement der Politiker und der Verwaltung. ... „Der Selbstschutz beruht bei uns auf Freiwilligkeit, für den einzelnen

Bürger gibt es keine gesetzlich ver-ankerte Selbstschutspflicht.“ Zu gering ist die Bereitschaft – so Beiter – etwa bei privaten oder be-hördlichen Neubauten Schutzräume einzuplanen, an die heute natürlich ganz andere Maßstäbe anzulegen seien als etwa im Zweiten Weltkriege. „Wir bemühen uns, die Bevölkerung überall da anzusprechen, wo wir sie in einer bestimmten Größenordnung erreichen können, also in Schulen, Verbänden, Vereinen und Betrieben.“ Mehr als drei Millionen Deutsche haben bisher an Grundlehrgängen teilgenommen, mehr als 500 000 wur-den in Selbstschutz-Fachlehrgängen ausgebildet.

(Flensburger Tageblatt)

Neukonzeption der Zivilverteidigung

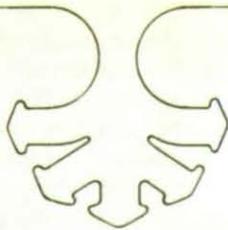
Die veränderte strategische Situa-tion zwingt zum Umdenken; es muß für den Fall eines Krieges vorge-sorgt und der Zivilbevölkerung das Gefühl vermittelt werden, es werde mehr für die Sicherheit dieser Zivil-bevölkerung getan. Im April will Bundesinnenminister Maihofer dem Bundeskabinett eine Neukonzeption für die Zivilverteidigung vorlegen.

Intern war die Bonner Politik in die-sem Bereich ins Gerede gekommen, als die enormen sowjetischen An-strengungen für den zivilen Bevölke-rungsschutz bekannt wurden. Den neuen Überlegungen in Bonn ging eine Diskussion über die Möglichkeit eines räumlich und zeitlich begrenz-ten Krieges voraus. Bundesinnenmi-nister Maihofer reagierte mit seinen Ankündigungen auf den Vorwurf der Opposition, die Regierung ent-ziehe sich durch Schweigen ihrer Verantwortung.

Die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Verteidigungsanstrengungen unterstrich der hessische CDU-Vorsit-zende Dregger mit Hinweisen auf beachtliche Zivilschutzleistungen in Norwegen, der Schweiz und in China, das riesige Tunnelsysteme unter seinen Städten angelegt habe. Er zitierte aus einem sowjetischen Standardwerk für Strategie:

„... kann man durch Kenntnis und Einsatz moderner Schutzmaßnahmen dafür sorgen, daß sie nicht Massen von Menschen vernichten, sondern lediglich diejenigen, die das Studium, den Gebrauch und die Beherrschung dieser Schutzmaßnahmen vernach-lässigen.“

(Die Rheinpfalz, Ludwigshafen)



Presseschau DES AUSLANDS

Industrie-Bereitschafts- planung in Norwegen



Für die Bereitschaftsplanung auf dem Industriebereich ist in Norwegen das Industrieministerium zuständig. In einer Krisensituation obliegt diesem Ministerium die Verantwortung für die Industrieproduktion und den Rohstoffverbrauch. Das Ziel der Planung soll eine maximale Ausnutzung aller vorhandenen Ressourcen sein, um eine möglichst weitgehende Dekkung des militärischen und zivilen Kriegsbedarfs zu erreichen. Der organisatorische Aufbau im Bereich der Industrie-Bereitschaft ist durchgeführt. Die notwendigen Arbeitsverfahren usw. sind in großen Zügen festgelegt. Für die Industrie werden jetzt konkrete Produktionspläne auf der Grundlage der geschätzten Bedarfsangaben erstellt. Ist ein solcher Produktionsplan vom Industrie-Bereitschaftsausschuß genehmigt, dann werden den einzelnen Betrieben besondere Produktionsaufträge mitgeteilt.

Für pharmazeutische Präparate hat man vier Produktionseinheiten vorbereitet, für die Herstellung von Narkose-Äther sind zwei Anlagen geplant.

(Oslo, Nr. 2/1976)

Bestrahlter Reis im Kampf gegen den Welthunger

DIE WELTWOCHEN

Seit Jahren bemühen sich die Pflanzenzüchter, durch Kreuzungen bessere Getreidesorten zu schaffen. Für eine beschleunigte Ausbildung der neuen Zuchtmerkmale sorgt jetzt die Bestrahlung von Samenkörnern.

Die in Frankreich entwickelte Reiszuchtform „Cesariot“, die in Ungarn als eine von vielen Sorten angebaut wurde, erwies sich als die gegen Krankheiten widerstandsfähigste, hatte jedoch den Nachteil, in kühlen Sommern nur geringe Erträge zu bringen oder gar nicht auszureifen, weil die Reifezeit zu lang war. Die ungarischen Behörden ließen den „Cesariot“-Reis in Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO im österreichischen Atomreaktor Seibersdorf mit Gammastrahlen und schnellen Neutronen bestrahlen.

Das ungarische Nationalinstitut für Agrobotanik züchtete aus den in den Erbanlagen veränderten Pflanzen einen neuen Reisstamm „Early Cesariot“ heran, der alle guten Eigenschaften der Mutterpflanze „Cesariot“ aufweist und – das ist das Wichtigste – zwei bis drei Wochen früher reift. Jetzt soll die neue Zuchtform überall in Ungarn angebaut werden.

In Indonesien hat man nach dem gleichen Prinzip bereits Reisformen gezüchtet, die vier Wochen früher reifen als die normalen Sorten. Die Widerstandsfähigkeit der neuen Arten gegen Pflanzenkrankheiten sichert einen höheren Ertrag an Reis, der für die Hälfte aller Menschen das Grundnahrungsmittel ist.

(Bern, Nr. 45/1976)

Von der Armee in den Zivilschutz

Zivilschutz
Protection civile
Protezione civile
Protecciuu civila

Mit dem Jahresende 1976 wurden rund 12 000 Wehrmänner des Jahresganges 1976 aus der Wehrpflicht entlassen. Sie treten nach Ablieferung von Waffen und Uniform in den Zivilschutz über. Das veränderte Kriegsbild, welches die Zivilbevölkerung immer stärker bedroht, hat den Zivilschutz zu einem der wichtigsten Pfeiler der Abwehrbereitschaft werden lassen. Das hat zu Überlegungen geführt, die militärische Wehrpflicht von 60 auf 50 Jahre herabzusetzen, um so 10 Jahrgänge für die Aufgaben des Zivilschutzes in den Gemeinden freizumachen. Es hat im letzten Jahrzehnt erhebliche Anstrengungen ge-

kostet, die Wehrmänner davon zu überzeugen, daß sie nach dem Eintritt in einen Zweig der örtlichen Zivilschutzorganisation im Rahmen der Landesverteidigung eine Verpflichtung übernehmen, die nicht weniger wichtig ist, als ihre frühere militärische Aufgabe.

Im Artikel 36 des Gesetzes ist festgelegt, daß bei der Einteilung ehemals Dienst- oder Hilfsdienstpflichtiger in eine Zivilschutzorganisation deren militärische Erfahrungen zu berücksichtigen sind.

Die Entlaßfeiern aus der Armee werden heute vielfach zu Übertrittsfeiern in den Zivilschutz umgestaltet.

(Bern, Nr. 1/77)

Symposium „Überleben in Schutzräumen“



CIVILT FÖRSVAR

Das Reichsamt für Zivilverteidigung plante im Jahre 1975 die Durchführung eines Symposiums in der Zivilschutzschule in Rosersberg, welches unter dem Titel „Überleben in Schutzräumen“ stehen sollte. Dieses Symposium sollte gemeinsam mit der Universität Santa Clara, USA, durchgeführt werden. Es war beabsichtigt, Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Überlebenschancen in Schutzräumen auszutauschen.

Von den 30 Ländern, die die ersten Informationen erhielten, beteiligten sich 11 Länder. Auf den ersten Blick erscheint das wenig, doch ist zu bedenken, daß – wie sich aus dem Programm ergibt – Fachleute aus fast allen Interessengebieten vertreten waren.

Es ist selbstverständlich zu früh, bereits jetzt die intensive dort geleistete Arbeit zusammenzufassen; einige Schlußfolgerungen können jedoch schon jetzt gezogen werden. Schwedens Zivilverteidigung liegt weit vorn. Andere Länder berücksichtigen jedoch weit mehr, daß man für Menschen plant; hier kann Schweden von der Schweiz, von Norwegen und von Finnland noch viel lernen. Wichtig sind die Kontakte, die geknüpft wurden. Das Reichsamt betonte dazu, daß sich Vertreter des Ostens und des Westens in Rosersberg treffen konnten. Die Auswertung wird noch einige Zeit auf sich warten lassen.

(Stockholm, Nr. 7/1976)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Öl von Wasser trennen und rückgewinnen

In dreijähriger, vom Land Baden-Württemberg geförderter Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet der Gewässerreinigung haben das Institut für Textiltechnik, Reutlingen, und eine Hildener Firma ein Verfahren entwickelt, mit dem es möglich ist, Öl fast restlos von Flüssigkeiten abzuscheiden.

Das Verfahren arbeitet nach dem Skimmer-System und kann schwimmend und stationär betrieben werden. Es basiert auf den folgenden Eigenschaften spezieller Fasern:

- hohes Öladsorptionsvermögen der Faseroberflächen,
 - hohes Ölspeichervermögen in Millionen kleinen Poren,
 - häufige Regenerierarbeit durch Auspressen des gespeicherten Öls.
- Bei dem neuartigen Skimmersystem saugen kontinuierlich umlaufende Förderbänder, aus speziellen Fasern hergestellt, das schwimmende Öl aus mehreren Metern Umkreis selbsttätig auf und geben es erst in der Abquetschzone wieder ab. Die Lebensdauer der Bänder beträgt ca. 100 Betriebsstunden, entsprechend 25 000 Regenerationsvorgängen. Der Wasseranteil im abgeschiedenen Öl beträgt ca. 1-2 %. Der Bandwechsel kann mit wenigen Handgriffen ohne Demontage schnell durchgeführt werden.

Die Skimmer sind nach dem Baukastenprinzip konstruiert. Weitgehender Korrosionsschutz ist durch Verwendung von Aluminium, Edelstahl und beständigem Kunststoff garantiert.

Frost schadet Konserven

Vor dem Genuß aufgetauter Nahrungsmittel aus Konservendosen hat die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gewarnt. Konserven, die im Freien gelagert

werden, zum Beispiel auf dem Balkon, auf Wintercampingplätzen, in Wohnungen oder in Autos auf der Fahrt in den Skiurlaub, können einfrieren. Die gefrorenen Lebensmittel, so die Verbraucherzentrale, sind meistens gesundheitsschädlich.

Flüssigkeiten dehnen sich aus, wenn sie gefrieren. Dadurch kann die Konservendose beschädigt werden, so daß sie nicht mehr keimfrei verschlossen ist oder daß aus der schadhaft gewordenen Dosenwand Metall in die Lebensmittel übergeht. Ohne Fachkenntnis sei so etwas in den seltensten Fällen zu erkennen, sagen die Verbraucherberater. Nach dem Auftauen veränderten sich Konsistenz, Geschmack und Geruch des Doseninhalts. Man müsse mit Fäulnisbildung, Gärung und giftigen Substanzen rechnen.

Anforderungen an Rettungshubschrauber bundesweit vereinheitlicht

Nach den vom Bund-/Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ aufgestellten Grundsätzen sowie den Empfehlungen des Internationalen Hubschrauber-Symposiums vom 3. bis 5. Oktober 1972 in Mainz, den Erfahrungen aus Modellstudien und solchen aus der Norm DIN 75 080 über Krankenkraftwagen hat der Normenausschuß Rettungsdienst und Krankenhaus im DIN den Norm-Entwurf DIN 13 230 Teil 1 erarbeitet.

Die Anforderungen erstrecken sich u. a. auf die Qualifikation des Flug- und Begleitpersonals, auf die Flugleistungen des Rettungshubschraubers, die Innen- und Außengeräusche, die technische und räumliche Ausstattung, auf Heizung, Lüftung und Beleuchtung sowie auf den einheitlichen Innen- und Außenanstrich.

Die rettungsmedizinische Ausstattung und die Prüfung sollen später festgelegt werden.

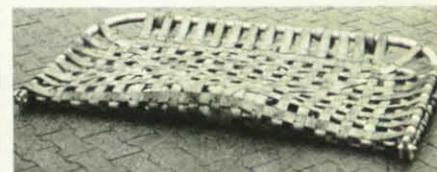
Hubschrauber-Rettungsnetz

In Anlehnung an die in den USA gebräuchlichen Rettungsnetze für den Hubschraubereinsatz hat jetzt auch eine deutsche Firma ein solches Netz hergestellt. Es dient in Verbindung mit einem Hubschrauber zur Bergung und Rettung von in Not befindlichen Personen. Der Einsatz kann sowohl über Wasser, Land und im Gebirge als auch bei Hochhaus-

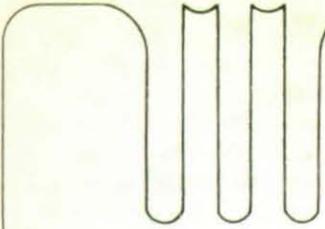
bränden oder in anderen Notsituationen erfolgen. Die Größe des Rettungsnetzes ist so ausgelegt, daß 10 erwachsene Personen stehend darin Platz haben. Die Praxis hat ergeben, daß es zweckmäßig ist, eine im Umgang mit dem Netz erfahrene Person im Rettungsnetz zu stationieren, die dann in Verbindung mit dem Piloten notwendige Anweisungen empfangen oder geben kann. Ebenso kann sie z. B. bei bewegungsunfähigen Personen notwendige Hilfestellung leisten.



Das Rettungsnetz besteht aus einem unteren Rohrrahmen 1650x1650 mm mit stark abgerundeten Ecken. Der Rahmen hat Gelenke und ist zusammenklappbar. Der Rahmen ist mit einem dichten Netz von 45 mm breiten Nylon-Gurten versehen.



Der obere Rohrrahmen 660x660 mm mit stark abgerundeten Ecken ist mit 16 Nylon-Gurten, 45 mm breit und 2200 mm lang, mit dem unteren Rohrrahmen verbunden. Ferner sind 4 Nylon-Gurte, 45 mm breit, mit einem Ring zum Anschluß an den Lasthaken des Hubschraubers angebracht. Das Rettungsnetz hat 4 Eingänge, die jeweils mit einem Gurt verschlossen werden können. Das komplette Rettungsnetz wiegt ca. 23 kg.



neue BÜCHER

Gnom Europa Notruf-Telefonverzeichnis

Erschienen bei Wilhelm Söhngen GmbH.

Taunusstein-Wehen

47 Seiten stark; Brieftaschenformat

Das Netz der Hilfs- und Rettungsdienste in den europäischen Ländern ist in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut worden. Der Verleger hat sein nützliches Taschenbüchlein aus diesem Grunde nach dem Stand von 1975 völlig überarbeitet und ergänzt.

Die Länder wurden nach den Nationalitätszeichen für Kraftfahrzeuge geordnet. Es ist sicher, daß das kleine Nachschlagewerk eine Orientierungslücke schließt. Neben allgemeinen Hinweisen für Kraftfahrer und Reisende enthält es alle wichtigen Alarmzentralen und Notrufnummern der Hilfs-, Sanitäts- und Rettungsdienste in den europäischen Ländern einschließlich der Sowjetunion.

Außerdem werden angegeben: Hubschrauberrettungsdienste; Rettungszentren für schwere Verbrennungen; Standorte von Überdruckkammern; Informations- und Behandlungszentren für Vergiftungen; deutsche Botschaften im Ausland, europäische Automobilclubs. „Gnom Europa“ sollte in jedem Kraftfahrzeug, in der Hausapotheke und vor allem auch bei den Hilfsorganisationen greifbar sein.

Für Ärzte wird außerdem eine Übersichtskarte „Arzt unterwegs“ mit wichtigen Krankenhausangaben und dem Standort der Rettungshubschrauber herausgegeben. Eine Empfehlung an den Herausgeber: Einen Plastik-Einband.

Unfall-Vorsorge

Von Dr. med. Ellwanger
Hippokrates-Verlag GmbH, Stuttgart
Taschenbuch in Plastikumschlag

Bereits im Schulunterricht sind für alle Altersgruppen regelmäßige Turnstunden vorgesehen; Millionen Jugendliche treiben heute als aktive Mitglieder in Vereinen und Verbänden Sport, Tausende fahren zum Skiurlaub in die Berge oder treiben Wassersport. Die Beherrschung der Technik eventuell notwendig werden der Hilfsmaßnahmen ist unter diesen Umständen für alle Verantwortlichen bei Freizeit, Sport und Spiel geradezu eine dringende Notwendigkeit geworden.

Daß aus einem Unfall nicht auch noch ein Unglück wird, dazu soll dieses Handbuch beitragen. Im ersten Teil des Buches schreibt der Verfasser über die zu fordernde persönliche Qualifikation des verantwortlichen Gruppenleiters oder Lehrers. Dieser Abschnitt umfaßt auch die lebensrettenden Sofortmaßnahmen.

Breitester Raum aber ist der Sorgfaltspflicht und den vorbereitenden Maßnahmen für die verschiedensten Arten von Freizeitgestaltung und Sport gewidmet. Es geht bis in die Einzelheiten, etwa die Vergütung für den Arzt – gezielt auf die Veranstaltungen in Sportvereinen abgestellt. Im Anhang ist u. a. auch das Muster eines Alarmplanes gegeben. Wichtig: die versicherungstechnischen Hinweise.

Feuerlöschmittel

Von Kaufhold/Rempe
Kohlhammer-Verlag, Stuttgart

Bisher weist die moderne Brandschutzliteratur nur wenige Veröffentlichungen auf, in denen die Feuerlöschmittel in ihrer Gesamtheit umfassend behandelt werden. Diese Darstellungen gehen zudem von überwiegend theoretischen Aspekten aus – sie setzen also entsprechende Vorkenntnisse voraus.

Das vorliegende Buch behandelt die Feuerlöschmittel in ihren Eigenschaften, ihrer Wirkung und ihrer Anwendung. Zunächst werden die physikalisch-chemischen Grundlagen der

verschiedenen Löschwirkungen in allgemeinverständlicher Form dargestellt. Im Hauptteil des Buches werden dann die Löschmittel, die heute zur Verfügung stehen, nach ihren physikalischen, chemischen und physiologischen Eigenschaften, ihrer speziellen Wirkung und ihrer zweckmäßigen Anwendung sehr eingehend beschrieben. Die Gefahren einer unsachgemäßen Behandlung werden dabei besonders herausgestellt. Das Buch soll in erster Linie als Lehr- und Handbuch für den Praktiker im Brandschutz dienen. Der ausführliche Text wird durch zahlreiche bildliche und schematische Darstellungen ergänzt.

Treffend verdeutscht

Von Karl Peltzer
Ott-Verlag, Thun

Die deutsche Sprache besitzt eine so starke Ausdruckskraft wie kaum eine andere Sprache; keine aber macht auch so viele Anleihen bei anderen Sprachen wie sie.

Unmittelbar nach der französischen Revolution war der fremdsprachliche Einbruch in die deutsche Sprache sehr stark, es hat einige Jahrhunderte gedauert, bis diese Fremdwörter wieder verdrängt wurden.

Der zweite große Fremdwortereinbruch hat in unseren Tagen stattgefunden. Schrittmacher solcher Tendenzen sind die Technik und die Mode, aber auch die Presse und vor allem die von der Jugend so geschätzten modernen Lieder.

Das Buch „Treffend verdeutscht“ will Hilfestellung geben, denn nicht immer sind Fremdwörter auch am Platze; besonders dort, wo es auf allgemeinverständliche Formulierungen ankommt, wird man es dankbar aufschlagen.

Wer Fremdwörter verwendet, sollte sie zudem richtig schreiben und aussprechen, vor allem aber sollte er ihren Sinn kennen.

Wer versucht ist, viele Fremdwörter zu verwenden, sollte einfach einmal nachschlagen; möglicherweise entscheidet er sich dann doch für ein besser verständliches deutsches Wort.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Gefahren durch Abfälle

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . sich gegenwärtig das Hausmüllaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland auf etwa 18 Mio. Tonnen jährlich beläuft? Darüber hinaus fallen hausmüllähnliche Gewerbeabfälle in einer Menge von 5 bis 6 Mio. Tonnen pro Jahr an. Produktions- und Verbrauchsprognosen zufolge ist bis 1980 eine jährliche Mengensteigerung der vorgenannten Abfälle von 2 bis 3 % zu erwarten.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . auch im industriellen und gewerblichen Bereich jährlich viele Millionen Tonnen Abfälle „produziert“ werden, die nur teilweise wieder der Verwertung in einem Produktionsprozeß zugeführt werden? Wertloser Abfall findet zumeist in den Betrieben wenig Beachtung. Doch es gibt gerade unter den Abfällen viele Stoffe, deren Lagerung wichtiger genommen werden muß als die der zur Verarbeitung kommenden Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Die kontinuierliche Beseitigung und Beachtung der Vorschriften für Lagerung und Transport sind deshalb besonders wichtig.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . leicht brennbare Abfälle, wie Hobel- und Sägespäne, Papierschnitzel, Faserstoffe und dergleichen täglich mindestens einmal, auf jeden Fall aber bei Schluß der Arbeit oder bei Schichtwechsel, aus den Arbeitsstätten zu entfernen sind? Dies schreiben die „allgemeinen Sicherheitsvorschriften der Feuerversicherer für Fabriken und gewerbliche Anlagen“ zwingend vor. Sie verlangen ferner, daß diese Art Abfälle in besonderen, mindestens feuerhemmend abgetrennten und nicht durch Öfen beheizten Räumen, die in den zum Ausgang bestimmten „Brandverhütungsvorschriften für Fabriken und gewerbliche Anlagen“ genau zu bezeichnen sind, zu lagern sind. Bei brennbaren oder explosiblen Stäuben sind mindestens die in besonderen Verwaltungsvorschriften verlangten Reini-

gungsfristen einzuhalten. Brennbare Flüssigkeiten dürfen nicht in Ausgüsse oder Abwasserkanäle geschüttet werden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . ölgetränkte Abfälle, insbesondere Putzlappen zur Selbstentzündung neigen? Sie sind deshalb immer in Eisenbehältern mit Deckel aufzubewahren, die nach Betriebsschluß außerhalb des Gebäudes so unterzubringen sind, daß bei einer etwaigen Selbstentzündung kein Schaden entstehen kann. Die Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften schreiben vor, daß das Anhäufen von gebrauchtem Putzmaterial, von selbstentzündlichen und feuergefährlichen Abfällen in den Arbeitsräumen verboten ist. Zum vorübergehenden Aufbewahren sind gut gekennzeichnete unverbrennliche Behälter mit dichtschießendem Deckel aufzustellen. Diese dürfen aber nicht in explosionsgefährdeten Räumen aufgestellt werden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Lackrückstände aus Spritzständen und Spritzkabinen nur mit nicht funkenreißendem Werkzeug entfernt werden dürfen? Diese Abfälle sind ebenfalls in geschlossenen eisernen Behältern zu sammeln und gegebenenfalls in gefahrloser Weise im Freien zu vernichten. Auf keinen Fall dürfen Lackrückstände wegen der damit verbundenen Explosionsgefahr in Feuerungen verbrannt werden. Aber auch andere Abfälle, wie ungesättigte Kohlenwasserstoffe und damit getränkte oder durchsetzte Abfälle (z. B. ölhaltige Metallspäne), Elektronstaub und -späne, Lederstaub, Schleifereiabfälle u. ä., bedürfen besonderer Sicherungen. Wegen der Anhäufung von Abfällen aus Packmaterial, wie Papier, Pappe, Stroh, Holzwole und Kunststoff-Folien besteht in den Packräumen von Gewerbebetrieben und Warenhäusern und dergleichen erhöhte Brandgefahr.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . mit der Verabschiedung des Abfallbeseitigungsgesetzes im Jahre 1972 eine Neuerung eingeleitet wurde, die auch die Grundlage für eine sichere Erfassung und schadlose Beseitigung der Abfälle bietet? Besondere Anforderungen werden an die Beseitigung von Sonderabfällen gestellt. Diese können häufig nicht zusammen mit dem Hausmüll beseitigt werden. Sie sind in dafür zugelassenen Sonderabfallanlagen zu behandeln und/oder zu deponieren. Die zunehmende Nutzung der Kernenergie und der vermehrte Umgang mit radioaktiven Stoffen führen zu einem ständig steigenden Anfall radioaktiver Abfälle. Ihrer Wiederaufbereitung und sicheren Beseitigung, z. Z. ein zentrales Thema nicht nur in der Bundesrepublik, wird größte Bedeutung beigemessen und gilt als eine primäre Aufgabe und Voraussetzung für den Umweltschutz und die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Bundesregierung von 1971 bis 1975 für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft mehr als 50 Mio. DM an Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt hat? Die Förderung umfaßte gemäß „Umweltbericht 76“ folgende Schwerpunkte:

- Entwicklung neuartiger Sammel- und Transportsysteme
- Entwicklung von Verfahren der Müllverbrennung
- Rückführung von Abfällen in den biologischen Kreislauf (Kompostierung)
- Behandlung von Abwässerschlämmen
- Ablagerung von Abfällen und davon ausgehende Umweltbelastungen
- Sortierung von Abfällen
- Nutzung des Energiegehaltes von Abfällen
- Verwertung von Abfällen als Rohstoff im Produktionsprozeß.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Hochbunker - dem Stadtbild angepaßt

(zu unserem Bericht auf der Umschlagseite 2)

